

DER KAMPF

Jahrgang 5

1. Jänner 1912

4. Heft

Karl Renner: Ueber Innsbruck hinaus!

Einem Schwarm von Millionen Bienen gleicht eine Nation und vieltausendfältig sind die Fragen, welche sie bewegen: über das nationale Problem im ganzen und obenhin zu reden ist immer gefährlich. Die Geister der Streitenden werden durch die Leidenschaften vom Hundertsten ins Tausendste geschleift, schwankende Begriffe schillern in allen Regenbogenfarben, ein Feuerwerk brennt ab, Schall hallt nach und Rauch bleibt zurück. Will man ernsthafte Frucht aus solchen Diskussionen gewinnen, dann heisst es dem Denken nüchterne und harte Zucht anlegen.

Es bestand in Innsbruck grosse Gefahr, dass man über die konkrete Einzelfrage der Gewerkschaftsorganisation den ganzen Sturzbach des nationalen Problems ausgiesst und alle Teilnehmer statt aufklärt bloss verwirrt. Wenn zum Beispiel Hueber die Tatsache begrüsst, „dass man die Gewerkschaften in dem Kampfe, der nicht ein Gewerkschaftskampf ist, endlich einmal unterstützt“,* so meinte er wohl nicht, dass er den Kampf gegen den Separatismus nicht als Gewerkschafter geführt habe. Wer gewerkschaftlich denkt, kann sich diese Kampforganisation niemals anders als unionistisch denken. Ich sage ausdrücklich: unionistisch im Gegensatz zu separatistisch. Denn der Gegensatz von Trennung (Separation) ist Einigung, organische oder organisierte Einheit (Union). Die Unionen, die wir besitzen, sind schon heute nicht zentralisiert, sondern dezentralisiert und die Unionen waren bereit, die denkbar grösste Dezentralisation vorzunehmen, jede Form der Dezentralisation wurde abgelehnt und auf der Souveränität der tschechoslawischen Gewerkschaften, somit auf der Trennung bestanden. Wäre der Kampf auch von den Tschechoslawen gewerkschaftlich, aus Gründen der Gewerkschaftspraxis oder Gewerkschaftstheorie geführt worden — so wie die unionistischen Verbände ihn tatsächlich geführt haben — man hätte sich verständigen müssen. Es war die Verfehlung und Schuld der Separatisten, dass sie in das nüchterne, enge Gefäss der Gewerkschaften den lodernden Schwall der nationalen Phrasen geschüttet und so das Gefäss gesprengt haben. Wir haben den Fehler nicht nachgemacht und obwohl nicht Gewerkschafter, sondern Parteimänner und ausschliesslich Parteimänner einer Nation gesprochen haben, urteilten sie — und darin liegt der moralische Wert des Urteils, seine Kraft und Autorität — immer nur so: Ihr habt gewerkschaftlich recht und darum müsst ihr als Gewerkschafter siegen.

Die Frage ist noch lange nicht zu Ende erörtert und darum kann man nicht genug auf Achtsamkeit und Genauigkeit in der Wahrung der Standpunkte drängen. Wenn Hueber (Seite 234) ausführt: „Ich ziehe nicht den Schluss wie Adler, der sagt: „Wir können uns politisch noch so selbständig organisieren, deshalb müssen doch zentrale Gewerkschaften“ — besser hiesse es Gewerkschaftsunionen — „möglich sein“, so hat nach meiner Meinung Hueber unrecht und Adler recht.

Machen wir uns doch die Sachlage an einigen Parallelen klar. Die tschechischen und deutschen Agrarier sind bisher die schärfsten politischen und nationalen Gegner gewesen — hat sie das an dem Ausbau gemeinschaftlicher wirtschaftlicher Organisationen ernsthaft gehindert? Vor einem und zwei Jahrzehnten konkurrierten noch tschechische und

* Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, abgehalten zu Innsbruck. Wien 1911. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Seite 233. Soeben erschienen.

deutsche Zuckerfabriken und Spiritusbrennereien, heute verkauft die Kreditanstalt allein und ohne jeglichen Unterschied deutschen, tschechischen, polnischen Spiritus, die Zuckerzentrale liberiert allen Zucker, ob er vom polnischen Fürsten Lubomirski, von einer tschechischen Bauerngenossenschaft oder von deutschen Kapitalisten stammt. Solche Wirtschaftsgemeinschaften zu einem begrenzten Zweck werden alltäglich über alle nationalen und Kronlandsgrenzen abgeschlossen, sie sind bei der heftigsten nationalen Gegnerschaft für die Kapitalistenklasse gewöhnlich geworden. Und nicht nur wirtschaftliche Zweckgemeinschaften so enger Art überbrücken die breiteste Kluft nationaler Gegensätze: Zwei Nationen können mitten im leidenschaftlichsten Kriege stehen und dennoch in derselben Kirchengemeinschaft verharren; sind doch die Zeiten der Propaganda für Nationalkirchen längst vorbei. Unzählige solcher einzelner, kleinerer oder grösserer Zweckgemeinschaften bauen sich heute über den Nationen auf und nur verblendete Toren können behaupten, es liege im Wesen der Nation eine Separation auf der ganzen Linie. Die Tschechoslawen aber haben den Gipfel dieser Narrheit erklimmt, wenn sie als angebliche Sozialdemokraten und Internationale behaupten, gerade die rein wirtschaftliche Zweckgemeinschaft der Gewerkschaften könne unmöglich bestehen, ohne die Nation zu verkürzen. Welch jammervolles Zerrbild der Internationalität bei Proletariern, welche für sich als unmöglich halten, was gegen sie die ganze kapitalistische Welt täglich ausübt!

Diese Verblendung der Tschechoslawen ist darum doppelt bedauernswert, weil die kapitalistischen Bourgeoisien und Agrarparteien heute den Höhepunkt der nationalen Gegensätze längst überschritten haben. Deren eigene Deklamationen täuschen nicht einmal mehr sie selbst; sie gähnen, wenn sie die alten Kraftphrasen dreschen, sie essen die kalten Reste der nationalen Fastnacht am Aschermittwoch. Während sie auf der Tribüne noch Wolf und Choc spielen, verstehen sie sich im Couloir und Ministerzimmer und ziehen paarweise im gleichen Regierungsjoch. So unorientiert über die Zeitläufte sind die Separatisten, dass sie die abgeworfene, verstaubte Schur des böhmischen Löwen als funkelneue Tracht umnehmen und so ihrem Publikum zu gefallen hoffen, das heute an hohen Frucht- und Fleischpreisen mehr Freude und Aerger hat als an Königskrönungen und anderen historischen Aufzügen. So wenig sind sie als Sozialisten geschult, dass sie mit den abgelegten Kleidern ihrer Kapitalisten Prunk und Staat machen. Seit Jahren sind sie allen sozialistischen Problemen ausgewichen und derart ausschliesslich einem einzigen Idol, der Minoritätenfrage, nachgelaufen, dass sie für die Klassenlage der Majorität ihres Volkes keinen Sinn mehr haben. Die nationalen Kleidungsstücke sind ihnen alles, die wirtschaftlichen Gegensätze und Gemeinschaften aber nichts mehr. Und doch sind diese heute stärker als je. Die Gewerkschaftsunionen sind eine Notwendigkeit, wie immer die politischen Parteien des Proletariats zueinander stehen, sie werden sich auch durchsetzen unter allen Umständen. Die Frage, die Schicksalsfrage ist nur, ob mit den Parteien, abseits von den Parteien oder gegen sie!

Deshalb hat auf die Teilnehmer wohl ein Wort Huebers tief gewirkt: „Als Gewerkschafter sind wir zu einem gewissen Grad befriedigt, aber nicht ganz als Sozialdemokraten.“ „Wie aber ist dies so gekommen? Die Auswüchse zu beurteilen und zu verurteilen ist leicht. Unsere Aufgabe als Sozialdemokraten ist es, tiefer zu sehen, die Ursachen zu suchen“, warum der Gewerkschaftskampf nicht ein Gewerkschaftskampf geblieben, warum das tausendfältige nationale Problem in die Umfriedung der Gewerkschaftsunionen eingebrochen ist und also wohl auch einbrechen musste. Und hier erhebt sich die Frage, die Hueber als Behauptung hinstellt: „Auch wir selbst sind an den Zuständen, die unerträglich werden, teilweise mitschuldig.“

Was die Mitschuld betrifft, sei vorweg konstatiert: Unbefriedigt waren alle, nicht nur die Tschechoslawen, sondern auch die Deutschen von der nationalen Haltung des Gesamtverbandes im ersten Volkshaus. Unzufrieden sind wir — auch abgesehen von den Gewerkschaften — mit dem gegenwärtigen Zustand der Partei in nationalen Dingen. Die Enttäuschung, die uns Deutsche höchstens verstimmt und uns zum Nachdenken antreibt, hat die Tschechoslawen ausser Rand und Band und um den Verstand gebracht, so dass sie in der Meinung, uns zu treffen, die Gewerkschaften zerschlagen haben. So zwingt sich uns das nationale Problem im ganzen, das wir in Innsbruck ausscheiden

mussten, hinterher bei der Erforschung der Ursachen und bei dem Suchen nach Ziel und Ende des Kampfes wieder auf: Haben wir in Innsbruck die eine Frage, die wirtschaftliche, für sich behandelt, so bleibt die andere Frage, die politische, noch zu entscheiden. Hier klafft die Lücke. Nach Innsbruck — zurück auf Brünn!

„Aus dem Brüner Programm muss mehr gemacht werden“, erklärte in Innsbruck Hueber. Liegt also vielleicht darin ein Verschulden der deutschen Genossen, dass sie das Programm der nationalen Autonomie nicht eingehalten oder ausgebaut haben? Haben sie sich geweigert, diese Arbeit mit den Tschechen gemeinsam zu verrichten?

Es ist nunmehr an der Zeit, der Parteiöffentlichkeit mitzuteilen, dass dies zu wiederholtem Male von den deutschen Genossen in Angriff genommen wurde. Fraktionsmitglieder, insbesondere solche aus Böhmen, sind in einer Kommission zusammengetreten, Bauer hat Vorschläge formuliert, sie wurden diskutiert und amendiert. Da sie handschriftlich vorliegen, wäre es angemessen, sie alsbald zu veröffentlichen. Jedesmal haben die Deutschen auf Beschlussfassung gedrängt, die Tschechoslawen sind ihr ausgewichen. Sie haben niemals abgelehnt, niemals auch zugestimmt, so verlief die Aktion im Sande. Damals entstand in uns zum erstenmal die Befürchtung, dass mit einer solchen Vertretung der tschechischen Arbeiter nichts anzufangen sei; denn sie hatte niemals den Mut, etwas prinzipiell zuzugestehen, etwas abzulehnen, noch weniger, etwas nach aussen auch zu vertreten. Sie bekannte sich zum Teil gegen, zum Teil für die nationale Autonomie, sie wusste im ganzen überhaupt nicht, was sie programmatisch vertreten wolle oder könne, sie war theoretisch ungeschult und im allgemeinen ununterrichtet. Gleich doch die innere Fraktionstätigkeit ganz und gar einer politischen Kinderschule, in welcher sich namenlose Geduld mit dem störrischen Unverstand der Separatisten abmühte, um nur den grössten Unsinn von Tag zu Tag zu verhüten.

Je geflissentlicher die Tschechoslawen jedem prinzipiellen Beschluss auswichen, um so beharrlicher versteiften sie sich auf die „Gerechtigkeit“ jedes nächstbesten Einfalls, den irgendein bürgerlicher oder agrarischer oder klerikaler Tscheche im Haus produzierte. Der jeweils bevorstehende Antrag Choc oder Staněk versetzte sie in die grösste Unruhe. Zuweilen mussten ihnen deutsche Genossen einen halben Tag lang zureden, einen unsinnigen Antrag zu unterlassen, den sie bloss stellen wollten, um irgendeinem Fresl zuvorzukommen — dem war es gar nicht eingefallen, einen solchen Antrag einzubringen. Es war oft zum ärgern, meist zum erbarmen.

Wenn wir die heutige Tätigkeit im Deutschen Klub jenem Zustand entgegenhalten, überkommt alle ein Gefühl der Erlösung. Endlich sind wir in der Lage, soziale Gesetzentwürfe sachlich zu prüfen, die wirklichen Arbeiterfragen durchzubesprechen, Anträge auch inhaltlich vorzubereiten! Für derlei Arbeit hatten die Tschechoslawen nur verschwindend geringes Interesse.

Das lebhafteste nationale Interesse also, von dem sie beherrscht waren, bezog sich niemals auf das nationale Problem im ganzen, auf die Rechtstellung der Nationen zum österreichischen Staat, die nur durch eine Verfassungsrevision zu ändern ist. Ihr Denken ging niemals über die jetzige jämmerliche Staatsorganisation hinaus. So hängten sie sich denn an jeden nächsten nationalen Zwischenfall, wie die Komenskyschule, die Brüner Universität, eine einzelne Minoritätsschule in Böhmen und beschworen uns: Wozu ist die Sozialdemokratie da, wenn sie uns nicht in jedem Einzelfall die „Gleichberechtigung“ schafft? Niemals wollten sie begreifen — sie teilen diesen Mangel an Einsicht leider mit vielen deutschen Genossen — dass man Pflaumen nicht pflücken kann, bevor man den Baum gesetzt hat. Die heutige bürokratische Staats-, Aemter- und Schulordnung kann dem nationalen Problem nicht beikommen. Es steht damit wie seinerzeit mit der Wahlordnung, und das Verlangen der Tschechoslawen ist ebenso kindisch, wie seinerzeit die Forderung gewesen wäre, man solle auf der Basis des Kurienwahlrechts den Proletariern Abgeordnete einräumen und nur Bosheit könne diese zweifellose Gleichberechtigung der Klassen versagen! Solange zum Beispiel der Landesfürst, der § 14-Minister und sein Statthalter die Gewalt über das Amt haben, kann es die Nation nicht zugleich haben, ist ein gesichertes Recht der Nation auf das Amt undenkbar. An Stelle des Rechtes der Nation auf das Amt tritt dann der Einfluss der Parlamentspartei auf den Minister, Stimmenkauf und Erpressung. Diese Mittel mögen Kramář und

Choc recht sein, sie verbieten sich jedoch einer sozialdemokratischen Partei, die nicht in die Regierung eintreten kann. Ihr bleibt nichts als der Kampf um die Demokratie im Amte, die Kritik der bürgerlichen Erpressungs- und Erschleichungsmethoden, die Kritik so lange und so gründlich, bis sich die Verwaltungsreform ebenso selbst versteht wie seinerzeit die Wahlreform. Das kann zehn und zwanzig Jahre, kann ein Menschenalter dauern, aber führt allein zum Ziel. Die Tschechoslawen aber hatten bald nur die eine Sorge des Kramař: dass genug tschechische Minister ins Kabinett kommen. Sie neigten zur Obstruktion, um dies mit durchzusetzen, und hätten doch am nächsten Tag den heiss ersehnten Minister als Gegner des Proletariats bekämpfen müssen! Dabei hätten sie es leicht gehabt, an der absoluten Unfruchtbarkeit der bürgerlich-tschechischen Prätorianertaktik die Richtigkeit der proletarischen Auffassung nachzuweisen. Denn was haben denn die Kramařleute erreicht? Wo ist die Brüner Universität, wo sind die Minoritätsschulen, wo ist die Doppelsprachigkeit in Böhmen? Nichts mehr ist in Oesterreich auf dem Weg der Etappenpolitik zu erreichen, alles aber auf dem Weg der Verfassungspolitik!

So überschlug sich denn die Taktik der Tschechoslawen in den revisionistischsten Purzelbäumen und, da alles vergebens war, da sie uns auf den Weg der Einzelkonzessionen nicht locken konnten, konzentrierte sich ihr ganzer Aerger auf uns.

Ein Schulbeispiel dafür war ihr Vorgehen im Falle des Antrags Staněk. Sie sagten: „Wir fordern Gleichberechtigung für unsere Minoritäten und daher euer Eintreten für Staněk!“ Wir dagegen: „Ihr seid nicht die einzigen, die schutzlose Minoritäten haben. Auch wir Deutsche haben Minoritäten, für welche der Staat nicht vorsorgt, für welche bei der Bourgeoisie gebettelt werden muss (Schulverein), wobei sich diese Bourgeoisie berechnenderweise politisch Stimmen kauft. Die Minoritätsschulfrage ist eine allgemeine, keine Nation ist von ihr frei. Als internationale Partei können wir die Aufgabe nur für alle zugleich stellen und erfüllen.“ Und so schlugen wir den Antrag Adler vor. Nach langwierigen Verhandlungen äusserten sie ihre Zustimmung und Némec erklärte, dass sie nunmehr Rekrimationen gegen uns nicht mehr erheben würden. Dabei unterliessen sie nicht, für Staněk zu stimmen und organisierten dann einen Feldzug von Rekrimationen!

Natürlich ist durch ihr Votum für Staněk nichts herausgekommen, weder für sie noch für uns. Hätten sie zur Stange gehalten, hätte der geeinigte Verband durch zwei, drei Jahre dieselbe gemeinsame Forderung immer wiederholt, er hätte sich zweifellos bei allen Nationen durchgesetzt. So sind es gerade die kurzsichtigen, erfolghaschenden, demagogischen Separatisten gewesen, welche die Lösung der Minoritätsschulfrage auf lange Zeit vereitelt haben.

Nach meiner Meinung also liegt die Schuld der politischen Entfremdung an den Tschechoslawen, die sich jeder prinzipiellen Lösung entzogen und statt gemeinsame Verfassungsarbeit zu leisten, einseitige Konzessionen von uns gefordert haben.

Bis zum Fanatismus beherrscht sie der nationalistische Kardinalirrtum, es lasse sich einer anderen Nation durch Leidenschaftlichkeit oder Verschlagenheit etwas abtrotzen oder ablisten. Diese Zeiten sind längst vorbei. Was einzig und allein geschehen kann, ist die einverständliche Lösung der Frage im Ganzen und im Interesse aller durch die soziale Demokratie!

Wenn man noch heute dies in voller Ruhe des Gemütes niederschreibt, ist man des zweifelnden Kopfschüttelns, wenn nicht des lauten Spottes aller sicher! Wir stehen heute in nationalen Dingen dort, wo wir 1901 in der Wahlreform standen: Niemand will mehr an die Lösbarkeit des Problems glauben, alles ist enttäuscht, entmutigt, verzweifelt. Wer da noch glaubt, ist genötigt, das Narrengewand Solons zu nehmen, um unbehelligt zu passieren. So will ich es denn abermals wagen zu hoffen, wo so viele kleinmütig werden, und nicht nur zu hoffen, sondern meine volle, ruhige Zuversicht zu bekennen. Eher wäre ich geneigt, über diese sonderbaren Oesterreicher zu lächeln, die heute himmelhoch jauchzen und morgen zu Tode betrübt sind, heute tatsächlich das Allerschwerste bezwingen wie die Wahlreform und morgen über das Kleinste verzagen. So sind sie heute alle schrecklich enttäuscht — und ist doch alles schnurgerade so gekommen, wie es kommen musste. Aber darüber ein andermal.

Freilich muss man wissen, was man sich unter der Lösung der nationalen Frage vorzustellen habe. Wer darunter die Herstellung eines Zustandes erwartet, wo es keine nationalen Verschiedenheiten mehr gibt, oder wo die Nationen durch feste Grenzen abgehegt sind, oder weiss wunder was, der kann sich eine Lösung nicht denken.

Wie kompliziert jede Lösung sich ins einzelne verästelt, so basiert sie doch auf einem einzigen Grundgedanken, wie der Baum auf einem Stamm.

Jede Nation erstrebt ein Staat zu sein, sie allein, ein Staat für sich.

Damit ist das Problem für das bürgerliche Denken abgeschlossen. Die Erde ist in Nationalstaaten abgeteilt, der Staat ist die höchste denkbare Gemeinschaft, die oberste Inkarnation des Rechts. Darüber hinaus gibt es nichts Höheres: Europa, die Menschheit — das sind Phantome. Ueber dem Staat, zwischen den Staaten gibt es kein Recht als die Gewalt und den Krieg.

Also ewiger Krieg zwischen den Nationen, Eigennutz und Gewalt, keine Gemeinschaft — die Theorie des Nationalismus.

Hier in dieser Grundauffassung weicht der Sozialist sofort von dem Nationalisten ab. Er sieht das tausendfache Band, das heute die abendländische Welt, ja bald die ganze Menschheit umschliesst, er fühlt die innige Kulturgemeinschaft der Nationen und nimmt dankbar in sich auf, was Shakespeare und Goethe, Rousseau und Kant, was St. Simon und Fichte, was Marx, Bebel, Jaurès ihm bringen. Er bewundert die Gemeinschaft des Verkehrs, er staunt über die wunderbaren Wirkensmöglichkeiten des ganzen vollen Menschen, der heute nur Deutscher, Franzose, Engländer und Russe in einer Person sein kann. Und über alles bisher gegebene Ideale, Grosse, Gewaltige, Erhabene hinaus wächst die schaffensgewaltige Vorstellung dieses ganzen Menschen.

Und Schmerz erfüllt ihn, dass sich dieser Mensch nicht zur tätigen Neugestaltung der Erde, wozu er die Kraft besässe, in sich sammelt, sondern sich selbst herabsetzt in neidigem Gegeneinander, sich selbst zerfleischt in Kriegsrüstung und Krieg.

So stellt der Sozialist gegen den Nationalismus den Internationalismus, darum ist er gegen Militarismus und Krieg, darum ist ihm jeglicher Chauvinismus ein barbarischer Greuel, eine Sünde an der Menschheit, darum ist ihm die sogenannte patriotische Tugend blosser Partikularismus. Und dieser nationale Partikularismus ist im Zeitalter der Weltwirtschaft und Weltkultur ebenso reaktionär, wie mit Recht vor hundert Jahren dem deutschen Nationalbewusstsein das bayrische oder hessische oder oldenburgische Vaterlandsgefühl reaktionär galt.

Und nun tritt die Oberflächlichkeit der Gedankenlosen sofort auf den Plan und zetert: Also ein kulturloser Völkerbrei, ein ekliges Gemisch von Weissen, Gelben und Schwarzen, der rettungslose Untergang aller Eigenart, die Walze sozialistischer Gleichmacherei und was derlei Banalitäten mehr sind! Diese Leute wissen nicht, dass die Welt und das Denken seit dem vagen Kosmopolitismus des Aufklärungszeitalters etwas dazugelernt hat.

Der Internationale ist kein Kosmopolit.

Die Spaltpilze sind auch Organismen, sie wuchern auch zu grossen Gebilden heran, indem sich Milliarden Zellen nebeneinander lagern, eine wie die andere. So stellt sich der liberale Kosmopolit die Menschheit vor — ein Haufe gleichbeschaffener Individuen.

Der Menschenkörper ist ebenso ein Organismus, auch er besteht aus Zellen. Aber wie ungeheuer reich differenziert sind sie, von der starren Knochenzelle bis zur sensiblen Zelle der Haut, von der Muskelzelle bis zu der wundervollen Gehirnzelle. Der Mensch ist ein Organismus von Organismen. Und diese Einzelorganismen sind wunderbar gegliedert in Organe, die sich in verblüffendster Weise durcheinander weben. Die Bewegungsorgane sind geschieden in Arme und Beine, aber durch alle hindurch geht das Organsystem der Blutadern, der Nerven. Sind Kopf, Rumpf, Arme, Beine Staaten nebeneinander, ein räumliches Organsystem, so sind die Adern ein System von Schiffahrtskanälen durch alle Staaten, die Nerven ein Telegraphensystem durch alle Staaten, somit Organsysteme, die einheitlich durch die räumlichen Trennungen durchgehen.

Sichtbarlich ist die abendländische Welt heute ein solch wunderbarer Organismus, aber er kann nur verstanden werden — nicht etwa als blosses Menschenaggregat — als Organismus von Organismen.

Diese anschaulichen Bilder sollen uns erschliessen, was denn Internationalismus bedeute. Hebt er die Nation auf? Löscht er sie von der Erde aus? Schafft er einen babylonischen Sprachenturm? Ersäuft er die nationalen Kulturen in dem chemisch destillierten Gewässer des Esperanto?

Er erkennt in den Nationen lebendige Organismen, er erkennt sie als solche an, liebt und erhält ihre Eigenart. Aber er sieht sie nicht mechanisch nebeneinander gelagert wie die Algenfäden im Teichschlamm, sondern er baut aus ihnen den allergrössten Organismus auf, die Menschheit — der stolzeste, kühnste Gedanke, der jemals Menschengehirne beschäftigt hat. Welches Glück, in einer Epoche geboren zu sein, die berufen ist, den Gedanken nicht nur nachzuträumen, sondern schaffend zu verwirklichen!

Und nun kehren wir aus jenen Höhen, in denen der Sozialismus seine Heimat hat, zurück in die armselige Wirklichkeit dieses Oesterreich: Können wir denn anders denn als Sozialisten unser Denken und Streben anwenden auf die Materie, dort, wo sie am härtesten ist, wo sie uns aber gerade als Sozialisten herausfordert?

„Wir Sozialisten wollen die Welt erobern und wir sollen nicht imstande sein, uns mit unseren Brüdern zu vereinigen?“ Mit Recht ruft uns das Hueber in Erinnerung.

Jede der Nationen Oesterreichs ein Organismus, aber diese Organismen nicht nebeneinander, nicht separiert, wie die Separatisten es wollen und zum Dogma gemacht haben, sondern alle vereint zu einem höheren Organismus, zu einer Organisation der Organisationen.

Ich höre ja die Praktiker spotten: Diese schönen Abstraktionen sagen mir gar nichts in Sachen der Komenskyschule.

Richtig, aber sie sagen mir sofort anderes, im Augenblick noch wichtigeres: Wer nationaler Separatist ist, kann nicht Sozialist und Internationaler sein, der scheidet für mich in der Praxis aus, weil ich mich nie und nimmer mehr mit ihm in unseren österreichischen Fragen verständigen kann. Eingliederung organischer Glieder ins Ganze — das ist die Grundweisheit des Sozialismus, sein A und O; wer sie ins Gegenteil verkehrt, kann nicht mit mir arbeiten, er ist für mich verloren.

Man beachte nur, wie sie die nationale Autonomie auffassen*.

Wir wissen schon, dass die Glieder ihr Eigenleben haben müssen, wenn das Ganze bestehen soll — der ganze Mensch ist ein Krüppel, wenn seine Arme und Beine lahm sind! Aber derselbe Mensch ist tot, wenn ich das Eigenleben der Glieder so verstehe, dass ich Kopf, Rumpf und Glieder separiere.

Wir wollen und brauchen das Eigenleben aller Nationen wie aller Proletariate in Oesterreich und das ist uns begrifflich die nationale Autonomie. Das Wort Autonomie sagt relative Selbständigkeit in dem unierten Ganzen, aber es hebt die Verbindung nicht auf, zerschlägt das Ganze nicht in separierte Teile. Jede Autonomie ist Freiheit und doch zugleich Unterordnung.

Das, was die Separatisten wollen, trägt in der Rechtswissenschaft einen anderen Namen, das heisst Souveränität, und ist jene Bezeichnung, welche der Nationalist auf seinen isolierten Nationalstaat anwendet; das ist jene Souveränität, welche überall Rüstung und Krieg, Militarismus und Imperialismus zur Folge hat.

Der nationale Chauvinismus kann sich seine Nation nicht anders denken als souverän, niemand angegliedert, keinem höheren Geweinwesen eingeordnet. Für ihn gibt es nichts Höheres auf Erden als seine Nation. Er kennt keine Abstufung und duldet keine. Er denkt nur in dem Dilemma: Nationalität oder Kosmopolitismus, die Souveränität oder Nullität der Nation.

* Natürlich können obige Ausführungen nicht über die obersten Grundsätze hinausgehen. Zur Bewährung derselben für die Praxis im einzelnen wird später Gelegenheit sein.

Aus jeder einzelnen Pressäusserung der Separatisten spricht diese chauvinistische Auffassung. Internationalismus heisst bei ihnen nicht Verbindung, sondern loses Nebeneinander der Nationen, für welches Nebeneinander sie Formeln der „Gleichberechtigung“ ersinnen. Die tschechischen Gewerkschaften müssen auch souverän sein, die Tschechen können anderen nicht hörig und botmässig sein. Ueberall das Dilemma: Souveränität oder Nullität. Sie haben nicht das leiseste Verständnis dafür, dass auch wir deutschen Sozialdemokraten, indem wir uns der österreichischen Internationale eingliedern, auf unsere Souveränität verzichten und der höheren Organisation „botmässig“ und „hörig“ werden, wofür wir andererseits an der erhöhten Macht des Ganzen mitprofitieren. Jeder, der in eine Gemeinschaft eintritt, bindet sich; nur wer in der Isolierung bleibt, ist souverän, darum ist die Souveränität auch das Schibboleth des Anarchismus.

Ihre andere Auffassung der Autonomie hat die deutschen Genossen bald belehrt, dass mit dieser dermaligen Vertretung der tschechischen Arbeiterschaft absolut nichts anzufangen und für das gesamte österreichische Proletariat nichts zu gewinnen ist. Denn die österreichische Arbeiterschaft vermag nicht das geringste durchzusetzen, wenn ihre Teile die organisierte Kampfgenossenschaft im Prinzip ablehnen.

Man mag es drehen und wenden, wie man will: Der Separatismus ist das gerade Gegenteil vom Sozialismus und so ist auch die Vorstellung, die sich die Tschechoslawen von der nationalen Autonomie gemacht haben, ihr Gegensatz: nationale Souveränität, Leugnung jeder Gesamtorganisation und damit die Unfähigkeit, sie zu schaffen. Denn sie durchzusetzen fordert ja einen gemeinsamen prinzipiellen Kampf vieler, vieler Jahre gegen die Nationalisten aller Zungen: Welche Kampfgenossen wären die Tschechoslawen bei dieser ihrer geistigen Verfassung?

Die Nationen in Oesterreich sind staatlich nicht organisiert, dieser Organismus ist erst zu schaffen. Welch gewaltige Verfassungsarbeit! Diese Teilorganismen sind nicht als souveräne Körper, sondern als autonome unter Eingliederung in die gesamte Staatsorganisation herzustellen. Welch weise, massvolle Verfassungsarbeit! Und wie viel redliches politisches Studium setzt das voraus! Ueberschaut man die gestellte Aufgabe, so erkennt man, dass die tschechischen Proletarietmassen in schwieriger Auslese sich eine neue, bessere Vertretung geben müssen. Die Erfahrung, dass der nationale Separatismus sie in Oesterreich völlig einflusslos macht, dass er die nationale Bourgeoisie nicht gewinnt und zugleich alle anderen Nationen abstösst, dass der nationale Chauvinismus, auch wenn er den letzten Mann ergreift, dem Tschechentum nicht eine einzige Stimme mehr Macht im Parlament gibt und dass es für die nationalen Bedürfnisse einzig und allein darauf ankommt, wie viele Andersnationale sie teilen; diese Erfahrung wird die tschechische Arbeiterschaft instinktiv dahin führen, entweder andere Männer zu suchen oder diese Männer anders zu erziehen. Ist es doch ein offenes Geheimnis, dass die einsichtsvollsten Männer im separatistischen Lager sich nur mit halbem Herzen der grossmäuligen Konfusion der Némec und Konsorten gebeugt haben.

Unseres Amtes aber ist es jetzt, da wir aller diplomatischen Rücksichten auf den Unverstand der Separatisten ledig sind, mit der Propaganda und dem Ausbau des Brünner Programms nicht mehr zurückzuhalten. Nicht „reine Alldeutsche“ sind wir geworden, wie die separatistische Presse sich vor ihren kritisch gewordenen Lesern herauslügen möchte, wir sind und bleiben Internationale — trotzdem und erst recht! Jeder deutsch sein und bleiben, aber alle Kraft des Denkens und Handelns zusammennehmen, um die brüderliche Solidarität mit den Arbeitern aller Zungen im Kampfe für das Proletariat und in der Organisation der freien Gemeinschaft freier Völker zu betätigen und zu verwirklichen, um uns allen jene internationale Verfassung zu geben, die wir zur Hebung der Arbeiterklasse brauchen — das ist der Weg, den wir nach Innsbruck gehen müssen und der uns über Innsbruck hinausführt.

Ludo M. Hartmann: Zur nationalen Debatte*

Wenn es der Würde des Parteitages nicht widersprochen hätte, hätte ich mich in Innsbruck nach dem Schlusse der Separatistendebatte zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet und hätte ungefähr folgendes ausgeführt: „Gegenüber einigen Vorrednern berichte ich tatsächlich, dass die Nationen wirklich existieren — was erstens notorisch ist und zweitens auch aus den theoretischen Büchern der Genossen Renner und Bauer herausgelesen werden kann.“ Um aber ernst zu sprechen, scheint mir in der Tat immer wieder übersehen zu werden, dass die tatsächliche Verschiedenheit der Nationen die Wirkung haben kann, dass die national-verschiedenen Proletariate eine Organisationsform erheischen, welche auf die Tatsache ihrer Verschiedenheit Rücksicht nimmt. Das „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ kann unmöglich bedeuten, dass alle Proletarier aller Länder und aller Nationen eine unterschiedslose Masse bilden sollen. Vielmehr müssen sie, um kampffähig zu sein, sich organisieren und, „obgleich nicht dem Inhalt, doch der Form nach ist der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muss natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.“ Wenn auch in diesen Sätzen des Kommunistischen Manifestes bei dem Worte „national“ in erster Linie an die staatlichen Grenzen gedacht ist, so gelten sie doch nichtsdestoweniger und aus ähnlichen Gründen auch für das, was wir unter „national“ zu verstehen gewöhnt sind.

Die staatsweise Organisation, von der das Kommunistische Manifest spricht, ist bedingt durch die besonderen staatlichen und rechtlichen Verhältnisse in jedem einzelnen Staate, ebenso wie die nationale Organisation herauswächst aus der Verschiedenheit der nationalen Bedingungen. Gewiss ist das Entstehen jener staatlichen wie dieser nationalen Bedingungen historisch-materialistisch zu erklären und sie widersprechen in keiner Weise der Wahrheit, dass das historische Werden nur aus Klassenkämpfen zu begreifen ist. Allein gerade deshalb kann weder die Existenz noch die historische Berechtigung der nationalen Organisation geleugnet werden. Dies tun nun, wie mir wohl bekannt ist, theoretisch weder Renner noch Bauer, und die österreichische politische Partei ist ja in der Tat national organisiert. Aber man könnte es als ein vulgär-sozialistisches Vorurteil bezeichnen, dass Nation und Nationalitätenkampf möglichst aus der ursächlichen Betrachtung der politischen Kämpfe ausgeschaltet werden, ein Vorurteil, das dadurch genährt wird, dass in der westlichen Heimat des Sozialismus, im Gegensatz zu uns armen Oesterreichern, für die sozialistische Literatur wenig Nötigung vorhanden ist, sich mit nationalen Dingen zu befassen.

Nun ist Genosse Renner selbstverständlich genötigt zuzugeben, dass es auch innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie einen Kampf gibt: „Wir haben Streit mit den tschechischen Separatisten zunächst in zwei Fragen: über die Gewerkschaften und die Minoritätsschulen.“ — Dieser „konkret begrenzte Streit“ ist doch offenbar ein nationaler Streit und Genosse Renner wendet sich nur dagegen, dass Genosse Leuthner ihn angeblich aufbauscht und die „Argumentationsweise des Kampfes der Nationen auf der ganzen Linie“ hineinträgt. Es scheint mir aber zunächst gleichgültig zu sein, ob der Streit, der ein nationaler ist, weil es sich eben um nationale Dinge handelt, sich zunächst auf zwei oder mehrere Fragen bezieht. Wichtig ist, dass ein nationaler Streit überhaupt innerhalb der bisher einheitlich vorgehenden sozialdemokratischen Parteien entstanden ist, und wichtig ist daher das Problem, in welcher Weise die staatliche Organisation beschaffen sein muss, welche einen nationalen Kampf für die Zukunft innerhalb des Proletariats ebenso unmöglich machen würde, wie etwa zwischen den deutschen Arbeitern des Deutschen Reiches auf der einen und den französischen Arbeitern Frankreichs auf der anderen Seite. Eine absolute Beseitigung des nationalen Streites ist möglicherweise überhaupt undenkbar, solange „der unmögliche, naturwidrige Staat bleibt, der all dieses Jammers trübe Quelle ist“ (Austerlitz).

Und auch da wird man Renner recht geben müssen, wenn er sagt, dass das Erste, was geschehen müsse, die selbständige Konstituierung der Nation ist. Und in diesem Punkte wird man ihm recht geben, ob man nun an die Ewigkeit dieses naturwidrigen Staates oder an seinen baldigen Zerfall glaubt. Aber der Grund, weshalb Renner meines

* Vergleiche den Aufsatz von Renner im „Kampf“, V., 3 (1. Dezember 1911).

Erachtens trotzdem sich in die Neugestaltung und die neuen Notwendigkeiten der nationalen Verhältnisse nicht hineinfinden kann, ist, wie mir scheint, dass er immer noch an dem von ihm geistreich konstruierten, aber die Realitäten nicht in Betracht ziehenden Personalitätsprinzip als Grundlage der nationalen Einteilung festhält.

Denn das, was in beiden aktuellen Streitfragen einer Austragung hemmend in den Weg tritt, ist eben das Personalitätsprinzip. Die sogenannten Zentralisten in den Gewerkschaften haben nichts anderes gewollt, als vernünftig verwalten, um eben die Zwecke der Gewerkschaften auf die ökonomischste Art fördern zu können. Die Ansprüche der Separatisten lassen sich darauf zurückführen, dass sie das Personalitätsprinzip durchführen wollten, indem sie überall dort, wo sich innerhalb des sonst deutschen Sprach- und Verkehrsgebietes auch mehr oder weniger tschechische Arbeiter befinden, für diese eine Extrawurst verlangten. Sie haben also — Genosse Renner möge mir das harte Wort verzeihen — eine zweckmässige Verwaltung zugunsten ihrer nationalistischen Aspirationen zerstört und an Stelle einer territorialen Organisation mit weitgehendem Entgegenkommen in sprachlicher Beziehung eine personale Organisation ohne Rücksicht auf die durch das territoriale Nebeneinander bedingten Notwendigkeiten zu setzen versucht. Genosse Renner sagt ganz mit Recht: „In einer Kürschnerwerkstatt in Wien arbeiten Deutsche, Tschechen und Polen zusammen — sie müssen ein Regiment sein“; sie müssen, wenn sie nämlich ihren Zweck gegen den gemeinsamen Klassegegner erreichen wollen. Daraus, scheint mir eben, muss auch der Schluss gezogen werden, dass sie eine Regimentssprache haben müssen. Es ist nicht richtig, dass es „hier auf die Zunge nicht ankommt, sondern auf die Hand, auf den Geldsack“. Denn eben wenn die Hand ihre Rechte erobern will, müssen sich die Inhaber dieser Hände untereinander verständigen, um sich zu organisieren, müssen sie mit den Gegnern einheitlich verhandeln und ihre Gewerkschaft einheitlich verwalten, und all dies ist nur durch die Zunge, das heisst durch die Sprache möglich.

Nicht wesentlich anders steht es in der Frage der Minoritätsschulen. Ich will hier nicht eine philosophische Diskussion über den Begriff der allgemeinen Zweckmässigkeit anschneiden, noch auch darüber richten, wer mehr Rationalist ist, Renner mit seiner Konstruktion eines Ideal-Zukunfts-Oesterreich, oder ich, der ich die naturgesetzliche Notwendigkeit der bestehenden Minoritätsschulen und ihres weiteren Ausbaues nicht einsehe, sondern an die naturgesetzliche Notwendigkeit der nationalen Assimilation im geschlossenen Sprachgebiet glaube, an der allerdings weder die Flüche noch der grosse Bann der tschechischen Separatisten etwas ändern können — wenn, wie ich meine, die Tatsache dieser Assimilation historisch nachgewiesen werden kann. Gerade deshalb aber, lieber Genosse Renner — nehmen Sie mir's nicht übel — scheinen mir die folgenden Sätze Ihres Artikels eine kleine Entgleisung. Sie schreiben: „Die Assimilation ist nicht geeignet als Parteiprogramm, ob man dafür oder dagegen ist. Sie vollzieht sich gesellschaftlich ohne und gegen den Willen der Betroffenen.“ Ja, gerade deshalb gehört sie ja ins Parteiprogramm. Oder wollen Sie zum Beispiel die Vergesellschaftung der Produktionsmittel vielleicht aus dem Parteiprogramm streichen? Vollzieht sie sich vielleicht nicht gesellschaftlich ohne und gegen den Willen der Betroffenen? Und ist es nicht unser Stolz, dass unser Parteiprogramm die Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung enthält? Darauf beruht ja unsere Stärke und unsere Siegeszuversicht. Und unsere Taktik besteht darin, dass wir unsere politische Tätigkeit, die Auswahl der Mittel nach diesen festgesetzten Zielpunkten richten.

„Die Assimilation ist ein gesellschaftlicher Naturprozess, der sich ohne menschlichen Eingriff vollzieht.“ Gut. Aber daraus folgt eben, dass, wo er sich vollzieht — und er dürfte sich doch unbestrittenermassen an einigen Orten von Oesterreich vollziehen — keine Minoritätsschulen im bisherigen Sinne errichtet werden sollen; denn die Errichtung von Minoritätsschulen ist doch unzweifelhaft, man mag nun ihre Wirksamkeit höher oder niedriger bewerten, ein „menschlicher Eingriff“, ja sogar ein „obrigkeitlicher Eingriff in die nationalen Verhältnisse“, der nach Renner jedenfalls von Uebel ist. Mit dieser Argumentation wird man die Minoritätsschulen nicht retten können. Deshalb dient als anderes Argument die Behauptung, dass „das Recht des nationalen Bekenntnisses“ ein „individuelles Grundrecht“ sei. Es mag sich ein jeder persönlich zu

jeder beliebigen Nation bekennen und soll in seiner persönlichen Freiheit des Bekenntnisses nicht eingeschränkt werden. Aber es ist doch wohl eine andere Frage, ob der Gesellschaft oder dem Staate daraus Verpflichtungen erwachsen können, dass sich an einem Orte 10 oder 40 oder 100 Personen zu irgendeiner Sprache bekennen, auch wenn vielleicht an diesem Orte die Assimilation eine naturgesetzliche Notwendigkeit ist, die Errichtung einer Minoritätsschule sich als ein menschlicher Eingriff in den gesellschaftlichen Naturprozess darstellt. Ich glaube nicht, dass diese Förderung gesellschaftswidriger Tendenzen mit der sozialistischen Ideenwelt vereinbar ist, sondern eher, dass diese Argumentation aus dem individuellen Grundrecht nationalistischen Gedankengängen entspricht.

Diese nationalistischen Gedankengänge, wie sie heute insbesondere von den Tschechen begangen werden, gehen dahin, dass nationale Minoritäten durch die Errichtung von Minoritätsschulen künstlich und im Gegensatz zur naturgesetzlichen Entwicklung, welche zur Einheitlichkeit der Sprache im einheitlichen Verkehrsgebiete hindrängt, auch in den folgenden Generationen erhalten werden sollen, um der eigenen Nation schliesslich neues Gebiet hinzuzuerobern oder altes, durch deutsche Kolonisation verlorenes nach Jahrhunderten wieder zu erobern. Das führt in Böhmen zum Beispiel in letzter Linie zum böhmischen Staatsrechte. Schon vor 60 Jahren wurden die folgenden Sätze niedergeschrieben, die sich auf die slawischen Nationalitäten in Oesterreich — allerdings nicht „sterbende Nationalitäten“, wie der Autor meinte — bezogen; diese „hatten versucht, die allgemeine Konfusion von 1848 zur Wiederherstellung des politischen Status quo auszunutzen, der im Jahre des Herrn 800 bestand. Die Geschichte eines Jahrtausends müsste ihnen gezeigt haben, dass ein solcher Rückschritt unmöglich war; dass, wenn das gesamte Gebiet östlich der Elbe und Saale einst von einer Reihe miteinander verwandter slawischer Völker bewohnt war, diese Tatsache nur die historische Tendenz und gleichzeitig die physische und intellektuelle Kraft der deutschen Nation anzeigte, ihre alten östlichen Nachbarn zu unterwerfen, aufzusaugen und sich zu assimilieren....; dass diese Tendenz erst dann aufhören könne zu wirken, wenn der Prozess der Germanisierung an der Grenze grosser, geschlossener, ungebrochener Nationen anlangte, die fähig sind, ein selbständiges nationales Leben zu führen“ u. s. w. Der Autor dieser Auseinandersetzung ist kein anderer als Karl Marx („Revolution und Konterrevolution“, deutsch von Kautsky, 1907, S. 98 f.) und wenn auch die Annahme, dass die Tschechen eine „sterbende Nation“ seien, unrichtig ist, so hat sich Marxens Anschauung doch insofern als richtig bewährt, als der Prozess der Germanisierung in der Tat dort zum Stillstande gekommen ist, wo die Deutschen an die Grenzen des geschlossenen tschechischen Sprachgebietes gekommen sind und in dem Zeitpunkte, in dem die Tschechen zu einer geschlossenen, ungebrochenen Nation geworden waren. Und auch die weitere Behauptung, dass „die ersten Bedingungen nationalen Lebens“ „grosse Volkszahl und Geschlossenheit des Gebiets“ sind, muss als richtig anerkannt werden.

Die Auffassung von der Assimilation und ihren Konsequenzen, die hier vertreten wird, scheint mir in der Tat im eminenten Sinne sozialistisch zu sein und nicht nationalistisch. Und auch als „revisionistisch“ wird sie nur bezeichnen können, wer seine eigenen Schlussfolgerungen aus den Prinzipien der Sozialdemokratie als die allein seligmachenden betrachtet und vergisst, wie viele subjektive Momente beinahe notwendig bei der Beurteilung derartiger Dinge mitunterlaufen.

Otto Bauer: Galizische Parteitage

Der Innsbrucker Tagung der deutschen Sozialdemokratie folgen die Parteitage der anderen sozialdemokratischen Parteien in Oesterreich. Die tschechoslawische Sozialdemokratie wird erst zu Weihnachten ihren Parteitag abhalten. Heute liegen uns nur die Berichte über die Parteitage der polnischen und der ruthenischen Sozialdemokratie vor. Auch diese Parteitage haben über die Krise der österreichischen Gesamtpartei, die der tschechische Separatismus hervorgerufen hat, verhandelt. Ihre Verhandlungen und

ihre Beschlüsse zu verstehen, müssen wir uns der besonderen Kampfbedingungen der polnischen und der ruthenischen Sozialdemokratie bewusst werden. Sie den deutschen Arbeitern, denen die wirtschaftlichen, politischen und nationalen Probleme Galiziens nicht vertraut sind, begreiflich zu machen, ist heute unsere Aufgabe.

* * *

Der ukrainischen Sozialdemokratie* fehlt noch die Basis eines organisierbaren industriellen Proletariats. Nach der Berufszählung im Jahre 1900 zogen von der ruthenischen Bevölkerung Galiziens und der Bukowina 93·3 Prozent aus der Land- und Forstwirtschaft, dagegen nur 2·5 Prozent aus dem Gewerbe und der Industrie, 1·7 Prozent aus dem Handel und dem Verkehrswesen ihre Nahrung. Die Ruthenen sind also noch ein reines Agrarvolk mit ganz geringer industrieller Bevölkerung. Die Zahl der ruthenischen Industriearbeiter ist daher sehr klein. Im Jahre 1900 waren 13.198 ruthenische Arbeiter und 2311 ruthenische Tagelöhner im Gewerbe und in der Industrie, 3670 ruthenische Arbeiter und 10.176 ruthenische Tagelöhner im Handel und im Verkehrswesen beschäftigt. Das ganze industrielle Proletariat der ruthenischen Nation zählt also nicht mehr als rund 30.000 Köpfe. Aber selbst von diesem an Volkszahl so rückständigen industriellen Proletariat ist ein grosser Teil der sozialdemokratischen Agitation und Organisation nicht erreichbar. Denn die ruthenischen Arbeiter sind auf eine Unzahl kleingewerblicher Werkstätten verteilt; ist doch die Zahl der Selbständigen ruthenischer Nationalität nicht viel kleiner als die Zahl der Arbeiter. So stehen im Gewerbe und in der Industrie 13.198 Arbeitern 11.784 Selbständige, im Handel und im Verkehrswesen 3670 Arbeitern 4910 Selbständige gegenüber. Die Basis der ukrainischen Sozialdemokratie ist also ein an Volkszahl kleines, auf eine grosse Zahl ganz kleiner Werkstätten verteiltes kleingewerbliches Proletariat. Im ruthenischen Sprachgebiet fehlen daher noch alle Vorbedingungen für einen proletarischen Klassenkampf westeuropäischer Art.

Einen Ersatz für das Fehlen des industriellen Proletariats sucht und findet die ukrainische Sozialdemokratie in der Bauernschaft. Die Wirtschaft des ruthenischen Bauern ist noch überwiegend Naturalwirtschaft: der ruthenische Bauer produziert nicht für den Markt, sondern für den Eigenbedarf. Er hat daher kein Marktinteresse, kein Interesse an hohen Preisen der Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Viehzucht. Es besteht also noch kein Interessengegensatz zwischen dem Proletarier in der Stadt und dem Bauern auf dem Lande. Dagegen ist der Bauer gezwungen, sich als Lohnarbeiter dem Grossgrundbesitzer zu verdingen: da er die Erträgnisse seiner eigenen Wirtschaft nicht verkauft, sondern selbst verzehrt, muss ihm der auf dem Herrenland erworbene Arbeitslohn bringen, was er braucht, um die Steuern bezahlen, Salz und Geräte kaufen zu können. Der ruthenische Bauer ist also zugleich Lohnarbeiter und dadurch wird er dem städtischen Proletarier näher gerückt. Der Klassengegensatz zwischen dem Bauern und dem Grossgrundbesitzer beherrscht das Denken des Landvolkes. Der Ruf zum Klassenkampf findet im ruthenischen Bauerndorf empfängliche Seelen. Die Frage des Eigentums findet im Bauernvolk unschwer Verständnis: der Jahrhunderte alte Kampf zwischen Grundherren und Bauern um Wald, Weide und Wasser ist dort noch nicht abgeschlossen, der ausgedehnte Grossgrundbesitz steht dem Landhunger des Landvolkes im Wege, die Forderung nach der Enteignung des Grossgrundbesitzes, der Ueberführung des Bodens in das Eigentum des Volkes findet lauten Widerhall. So keimt im Osten ein bäuerlicher Sozialismus, der dem Bauernsozialismus russischer Bauernparteien näher steht als dem proletarischen Sozialismus der internationalen Sozialdemokratie.

Neben der Bauernschaft stellt auch die Intelligenz der ukrainischen Sozialdemokratie manchen Kämpfer. Das Denken der ruthenischen Intelligenz ist durch das eigenartige nationale Problem der Ukraina beeinflusst. Nur ein kleiner Teil der ruthenischen Nation lebt in Oesterreich; die überwiegende Mehrheit des ruthenischen Volkes — etwa 22·4 Millionen Menschen — wohnt in Russland. Dort aber führt die Nation einen Kampf nicht etwa nur um einzelne nationale Rechte oder Anstalten, sondern um ihre Existenz als besondere Nation überhaupt. Denn die ruthenische Sprache ist mit der gross-

* Ukrainer = Ruthenen = Kleinrussen.

russischen nahe verwandt, näher vielleicht als die oberdeutschen den niederdeutschen Mundarten. Die russische Regierung will daher den ruthenischen Volksstamm zwingen, in der russischen Nation vollständig aufzugehen. Sie bedient sich zu diesem Zweck der brutalsten Mittel, über die die zarische Gewaltherrschaft verfügt. Der Gebrauch der ukrainischen Sprache in den Schulen und in den Aemtern ist verboten. Bis zur Revolution war es sogar verboten, Bücher in ukrainischer Sprache zu drucken und ukrainische Bücher aus dem Ausland einzuführen. „Eine ukrainische Sprache gibt es nicht, hat es nicht gegeben und wird es nicht geben“, verkündet ein Dekret des russischen Ministeriums für Volksaufklärung aus dem Jahre 1876. Gegen diese Politik der russischen Regierung wendet sich die ganze Leidenschaft der ukrainischen Intelligenz. Ihre Hoffnung ist die russische Revolution. Sie wird, so hoffen die Ukrainer, der ruthenischen Nation ihr Dasein als selbständige Nation und der Ukraina ihre politische Autonomie bringen. Die Führung der revolutionären Bewegung in Russland liegt aber in den Händen der Sozialdemokratie. Darum nähern sich die ukrainischen Intellektuellen dem Sozialismus. Er ist ihnen der Führer der revolutionären Bewegung, die der grossen Mehrheit ihres Volkes die nationale Befreiung bringen werde. Darum hat der Sozialismus auf die ruthenischen Intellektuellen stets grosse Anziehungskraft ausgeübt. Sie nennen sich Sozialdemokraten, weil sie Revolutionäre sind.

So trägt der ruthenische Sozialismus andere Charakterzüge als der Sozialismus der west- und mitteleuropäischen Nationen. Er ist ein Gemenge des proletarischen Sozialismus eines nicht zahlreichen, noch überwiegend kleingewerblichen Proletariats mit dem Bauernsozialismus einer noch naturalwirtschaftlich lebenden Bauernschaft und mit der revolutionären Ideologie der Intelligenz.

Dieser eigenartige Sozialismus empfängt von den Klassen, die sich dem Proletariat angliedern, eine nationale Färbung. Auf dem Lande fällt der nationale Gegensatz mit dem Klassengegensatz zusammen; denn in ganz Ostgalizien steht dem ruthenischen Bauern der polnische Grundherr gegenüber. Und die Intelligenz schliesst sich der Sozialdemokratie ja gerade darum an, weil sie von ihrem Kampfe gegen den Zarismus die nationale Befreiung erhofft. Bauernschaft und Intelligenz geben dem ukrainischen Sozialismus sein nationales Gepräge.

Die nationale Färbung des ruthenischen Sozialismus hat ihn aber nicht gehindert und muss ihn nicht hindern, in engster Gemeinschaft mit der polnischen Sozialdemokratie zu wirken. Im Kampfe gegen die Nationalitätenpolitik der russischen Regierung sind ja die Polen die natürlichen Bundesgenossen der Ukrainer. Diese Interessengemeinschaft der beiden Nationen in Russland erleichtert ihre Verständigung in Oesterreich. So haben unsere Genossen in Galizien oft darauf hingewiesen, welche lebhaftes Interesse die Polen daran haben, dass Ostgalizien das „ruthenische Piemont“ werde. Wenn in Ostgalizien eine lebendige ruthenische Kultur entwickelt wird, werde sie über die Reichsgrenze hinüber auf die Ukrainer den stärksten Einfluss gewinnen und das Aufgehen der 22 Millionen Ukrainer in der russischen Nation verhindern. Dadurch würden die Grossrussen in Russland zu einer Minderheit und es würde die Russifizierung der anderen unterdrückten Nationen Russlands, vor allem auch der Polen, verhindert. Das Erstarken der ukrainischen Bewegung sei also ein Interesse der Polen. Andererseits müssen auch die Ukrainer die Bundesgenossenschaft der stärksten und wehrfähigsten unter den von Russland geknechteten Nationen, der polnischen Nation suchen*. Diese nationale Ideologie, am wirksamsten von dem ruthenischen Genossen Nikolaus Hankewytsch vertreten, hat ruthenische und polnische Sozialisten einander genähert. Die Beziehungen zwischen den beiden Parteien sind so eng, dass führende ruthenische Genossen (Nikolaus Hankewytsch, Melen), deren Arbeitskraft die noch unentwickelte ruthenische Parteipresse nicht vollständig zu beschäftigen vermag, als Redakteure polnischer Parteiblätter tätig sind.

* Nach der Volkszählung von 1897 leben in Russland: 55·7 Millionen Grossrussen, 22·4 Millionen Ruthenen, 7·9 Millionen Polen, während die anderen Nationen — es sind ihrer mehr als zwanzig — zusammen 37·3 Millionen Volksgenossen zählen. Die Grossrussen bilden 43·3, die Ruthenen 17·4 vom Hundert der Bevölkerung. Die Grossrussen sind also eine Minderheit; gelingt es aber, die Ruthenen zur Annahme der russischen Sprache zu bewegen, dann bilden die Russen 60·7 vom Hundert, also eine starke Mehrheit der Bevölkerung des Reiches.

In jüngster Zeit machte sich jedoch im Schosse der ruthenischen Partei eine Opposition gegen diese engen Beziehungen zur polnischen Sozialdemokratie bemerkbar. Die starke nationale Färbung des ruthenischen Sozialismus musste manchen seiner Vertreter die nationalistischen Bestrebungen der tschechoslawischen Sozialdemokratie sympathisch erscheinen lassen. Einige jüngere Genossen begannen das glorreiche tschechoslawische Beispiel nachzuahmen. Sie begannen darüber zu klagen, dass die polnischen Genossen den Ruthenen in den Gewerkschaften und in den Krankenkassen nicht den entsprechenden Anteil an der Verwaltung gönnen, dass sie ihre sprachlichen Bedürfnisse nicht befriedigen, dass sie ihre nationalen Forderungen nicht genügend unterstützen. Nach berühmten Mustern steigerte sich die Agitation gegen die polnischen Genossen zu der Anklage, dass die polnische Sozialdemokratie die ruthenischen Arbeiter in „Botmässigkeit und Tributpflichtigkeit“ erhalten wolle. Die heftigsten Anklagen wurden gegen jene Genossen gerichtet, die, obwohl Ruthenen, als Redakteure polnischer Parteiblätter zugleich auch im polnischen Proletariat wirken; man sprach von ihnen, wie etwa die tschechischen Separatisten von dem Genossen Viktor Stein zu reden pflegen. Der separatistischen Auffassung des Internationalismus scheint es ja unzulässig, dass ein Genosse auch den Arbeitern einer anderen Nation seine Arbeitskraft widmet. Die ganze Agitation gipfelte in einer von leidenschaftlichstem Hasse erfüllten Broschüre Baczinskyjs. Die Seelenverwandtschaft dieser Agitation mit dem tschechischen Separatismus offenbarte sich darin, dass die tschechoslawische Presse eine Uebersetzung dieser Broschüre mit Vergnügen in ihre Spalten übernahm.

Dass die ruthenischen Genossen stärkere Berücksichtigung in den gemeinsamen Organisationen verlangen, ist ja begreiflich. Bedenklich ist nur die Art der Agitation, der Geist, der sie erfüllt. Man versteht zum Beispiel sehr wohl, dass die ruthenischen Genossen von den Zentralverbänden die Gründung möglichst vieler ruthenischer Fachblätter verlangen. Aber man begreift auch, dass die Zentralverbände diese Forderungen nicht erfüllen können. Das Zentralorgan der ruthenischen Partei hat eine Auflage von 2000 Exemplaren; wie gross könnte die Auflage ruthenischer Fachblätter sein? Und welcher Gewerkschaftskassier könnte es verantworten, wenn für ein paar Dutzend ruthenischer Mitglieder ein besonderes Fachblatt erhalten würde? Der Nationalist wird die nationale Forderung stellen, obwohl er die Unmöglichkeit ihrer Erfüllung kennt; der internationale Sozialdemokrat wird auch eine solche Frage nicht vom Standpunkt des nationalen Sonderinteresses, sondern vom Standpunkt der internationalen Gesamtorganisation aus beantworten. Er wird von der Gesamtorganisation das Erreichbare fordern; er wird aber auch gegen die Genossen seiner Nationalität das Interesse der Gesamtorganisation vertreten, die Unerfüllbares nicht erfüllen kann. So schieden sich auch in der ukrainischen Sozialdemokratie die Richtungen: Während die Genossen N. Hankewytsch, Melen und Wityk die Erhaltung der freundschaftlichsten Beziehungen zu den Genossen der anderen Nationen, insbesondere zu den polnischen Genossen, wünschen, forderte die von Lewinskyj, Baczinskyj und Ostapczuk vertretene Richtung eine „schärfere Tonart“ gegen die polnische Sozialdemokratie.

Der Parteitag, der am 3. und 4. Dezember in Lemberg stattfand, musste zwischen den beiden Richtungen entscheiden. Lewinskyj referierte. Auch er, der Vertreter der nationalistischen Richtung, lehnte es ab, so weit zu gehen wie die tschechoslawische Sozialdemokratie. Der moralische Eindruck des Kopenhagener Schiedsspruches und die praktische Notwendigkeit der gemeinsamen gewerkschaftlichen Organisation — eine Notwendigkeit, die die noch so schwachen ruthenischen Kompagnien der internationalen Gewerkschaften natürlich stärker empfinden als die starken tschechischen Bataillone — veranlassten selbst den Wortführer der nationalistischen Richtung in seiner Resolution auszusprechen, dass der ruthenische Parteitag auf dem Boden der Kopenhagener Resolution stehe, dass er daher den gewerkschaftlichen Separatismus ablehne. Die Streitfrage reduzierte sich also darauf, ob der Parteitag die in der Broschüre Baczinskyjs geforderte „schärfere Tonart“ gegen die polnischen Genossen billigen wolle. Diese Frage wurde verneint: die Mehrheit nahm einen Antrag des Genossen Melen an, die die Broschüre Baczinskyjs als der Partei schädlich verurteilt. Damit hatte die Mehrheit des Parteitages gegen die nationalistischen Tendenzen, für das

brüderliche Einvernehmen mit den Genossen der anderen Nationen entschieden. So bedeutet dieser Beschluss einen Sieg des Gedankens der Internationalität.

Die nationalistische Minderheit hat gegen diesen Beschluss demonstriert, indem sie den Parteitag verliess, und sie schickt sich nun an, eine neue Partei zu gründen! Also eine Parteispaltung — nicht wegen eines prinzipiellen Gegensatzes, nicht wegen eines Problems der Organisation — den Separatismus hat ja auch Lewinsky abgelehnt — sondern wegen der Frage, ob die Ruthenen ihre Forderungen den Polen und den internationalen Gewerkschaften gegenüber mit grösserer oder mit geringerer Entschiedenheit vertreten, ob sie ihre Beziehungen zu den Genossen der anderen Nationen etwas mehr oder etwas weniger intim gestalten sollen. Frivoler ist noch nie eine Partei gespalten worden! Die Gefahr des Vordringens nationalistischer Ideen ist also für die ukrainische Sozialdemokratie noch nicht abgewehrt; haben doch diese Strömungen in der ganzen Struktur des ruthenischen Sozialismus einen fruchtbaren Nährboden. Es wird die Aufgabe der anderen sozialdemokratischen Parteien in Oesterreich und insbesondere in Galizien sein, die ruthenischen Genossen in ihrem Kampfe gegen die nationalistische Strömung zu unterstützen. Nur wenn wir alle den Sozialismus von nationalistischer Verderbnis frei zu erhalten vermögen, werden wir auch den schwächeren Truppen der Internationale mörderische Bruderkämpfe ersparen.

* * *

Neben der polnisch-ruthenischen Frage beschäftigt das jüdische Problem die galizische Sozialdemokratie. Von den 1,225.000 Juden, die in Oesterreich leben, wohnen 811.000 in Galizien. Sie bilden mehr als 11 Prozent der Bevölkerung des Landes. Ist die Volkszahl der Juden in Galizien weit grösser als in den anderen Ländern, so ist auch ihre soziale Gliederung eine andere. Der grösste Teil der jüdischen Bevölkerung Galiziens besteht aus armen Kleinbürgern, ein nicht geringer aus kleingewerblichen Arbeitern und Heimarbeitern. Die Judenfrage hat schon darum für die Sozialdemokratie in Galizien eine weit grössere Bedeutung als in den anderen Ländern. Ueberdies aber gewinnt die Judenfrage dort dadurch ein ganz anderes Aussehen, weil die Juden in Galizien noch eine besondere Nation mit besonderer Sprache — dem sogenannten „Jargon“ — besonderen Sitten und Traditionen bilden.

Die Juden waren einmal in allen Ländern eine besondere Nation, durch Sprache, Sitten, Religion von den Völkern, in deren Mitte sie lebten, verschieden. In West- und Mitteleuropa werden aber diese Unterschiede allmählich verwischt. Die Juden nahmen die Sprache und die Sitten des Volkes, in dessen Mitte sie leben, an, sie werden ihm „assimiliert“. Dieser Prozess der Assimilation ist noch nicht abgeschlossen, noch haben die Juden sich überall manche Besonderheit in Sprache und Sitten bewahrt, aber diese Besonderheiten schwinden von Generation zu Generation immer mehr. Die Juden gehen allmählich in den „Wirtsvölkern“ vollständig auf.

Anders in Osteuropa. Dort hat sich die Mehrheit der Juden ihre nationalen Eigentümlichkeiten noch bewahrt. Der jüdische Arbeiter in Galizien spricht weder polnisch noch ruthenisch, er kennt nur den „Jargon“. Sprache, Kleidung und Lebensführung scheiden ihn von den beiden Nationen des Landes. Diese Besonderheit des osteuropäischen Judentums ist eine Wirkung der wirtschaftlichen Rückständigkeit seiner Siedlungsgebiete. Die kapitalistische Entwicklung wird auch das osteuropäische Judentum zur Assimilation zwingen. Ein grosser Teil der osteuropäischen Judenschaft wird seine Heimat verlassen und in West- und Mitteleuropa, in den Vereinigten Staaten von Amerika oder in Südafrika eine neue Heimat suchen müssen, in der er natürlich assimiliert werden wird. Heute schon zwingt ja jeder neue Konsumverein, jede neue landwirtschaftliche Genossenschaft viele jüdische Händler und Wucherer zur Auswanderung. Der Rest der Judenschaft, der im Lande zurückbleiben wird, wird das Ghetto verlassen, sich über das Land verteilen, neue Berufe aufsuchen müssen, um sich zu behaupten; die veränderten wirtschaftlichen Beziehungen werden auch ihn zu allmählicher Assimilation zwingen. Das vollständige Aufgehen des Judentums in den

„Wirtsvölkern“ wird also das unvermeidliche Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung sein. Jeder Versuch, die Assimilation künstlich zu hindern und eine der Assimilation feindliche Ideologie in der Judenschaft zu züchten, ist entwicklungsfeindlich, reaktionär*.

Heute aber steht Galizien erst am Anfang dieser Entwicklung. Die galizischen Juden bilden noch eine Nation mit eigener Sprache und Gesittung. Die galizische Sozialdemokratie muss mit dieser Tatsache rechnen, wenn sie die jüdischen Arbeiter organisieren will.

Die polnische Sozialdemokratie hat dieser Tatsache zunächst dadurch Rechnung getragen, dass sie innerhalb ihrer Organisation eine besondere „jüdische Sektion“ geschaffen und ihr die Aufgabe übertragen hat, die der polnischen Sprache noch nicht mächtigen Arbeiter zu organisieren. Diese Sektion bediente sich in ihrer Agitation, in ihrer Presse und Literatur des jüdischen Jargons. Ausserdem aber bildete sich ausserhalb der polnischen Partei eine selbständige „Jüdische Sozialdemokratie“. Diese Partei wurde von der polnischen Sozialdemokratie nicht als sozialdemokratische Bruderpartei anerkannt und in die österreichische Gesamtpartei nicht aufgenommen. Trotzdem war die Entwicklung dieser Partei ein nicht unbedeutendes Hindernis für die galizische Sozialdemokratie. Bei den letzten Reichsratswahlen bestand die Gefahr, dass diese jüdische Partei der polnischen Sozialdemokratie im Wahlkampf ernste Schwierigkeiten bereiten werde. Um dieser Gefahr zu entgehen, entschloss sich die polnische Sozialdemokratie, ihr Verhältnis zu der Jüdischen Sozialdemokratie zu ändern. Die „jüdische Sektion“ der Polnischen Sozialdemokratie wurde mit der Jüdischen Sozialdemokratie verschmolzen und Verhandlungen über die Anerkennung der Jüdischen Sozialdemokratie durch die polnische Partei und durch die österreichische Gesamtpartei wurden eingeleitet.

Die Schwierigkeiten der Eingliederung der jüdischen Arbeiter Galiziens in die Sozialdemokratie werden damit freilich nicht beseitigt. Zunächst besteht die Gefahr, dass die Jüdische Sozialdemokratie der Herd einer nationalistischen, der Assimilation feindlichen Agitation werden könnte. Halten wir die Assimilation der Juden für ein naturnotwendiges Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung, so werden wir nicht die Forderung unterstützen, dass durch Errichtung besonderer jüdischer Schulen, die den Jargon als Unterrichtssprache gebrauchen, die Assimilation erschwert werde. Zweitens aber besteht die Gefahr, dass das Bestehen einer autonomen jüdischen Sozialdemokratie die Kräfte der Arbeiterbewegung in Galizien noch mehr zersplittern werde. Die Juden haben kein geschlossenes Siedlungsgebiet; sie leben im ganzen Lande mit Polen und Ruthenen in einer Stadt. Eine vollkommen selbständige jüdische Arbeiterpolitik ist also nicht denkbar; das jüdische Proletariat kann nur im Rahmen der gesamten galizischen Arbeiterbewegung seinen Kampf führen. Die Einheit dieses Kampfes kann nicht gesichert werden, wenn die jüdische Partei der polnischen vollkommen selbständig gegenübersteht, mit ihr von Macht zu Macht verhandelt. Die Einheit des Klassenkampfes auf gemeinsamem Territorium erfordert die organisatorische Verknüpfung aller proletarischen Kräfte, ihre Zusammenfassung in gemeinsamen Organisationen, ihre Vertretung durch gemeinsame Organe. Das gilt freilich für alle nationalen Minderheiten und es war gewiss das schwerste Gebrechen des Organisationsstatuts, das die Gesamtpartei sich im Jahre 1897 gegeben hat, dass für eine feste organisatorische Verknüpfung der nationalen Minderheiten mit den Organisationen der Mehrheit ihres Wohngebietes nicht gesorgt wurde**;

aber es gilt für die Juden doch in ganz besonderer Masse, weil sie kein eigenes Siedlungsgebiet haben, also eine Nation sind, die nur aus nationalen Minderheiten besteht (woran natürlich der Umstand nichts ändert, dass sie in dem einen oder dem anderen Landstädtchen nicht Minderheit, sondern Mehrheit sind).

Die galizische Sozialdemokratie hat dieses schwere Problem noch nicht gelöst. Der ruthenische Parteitag hat die Jüdische Sozialdemokratie einfach als „proletarische Bruderpartei und als gleichberechtigtes Mitglied der österreichischen Internationale“ anerkannt, ohne den besonderen Verhältnissen des jüdischen Proletariats weitere Beachtung zu schenken. Der polnische Parteitag hat die Jüdische Sozialdemokratie als Vertreterin

* Vergleiche Otto Bauer „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“, Wien 1907. § 23

** Vergleiche meine „Nationalitätenfrage“. § 32.

derjenigen jüdischen Arbeiter Galiziens anerkannt, die noch nicht polnisch sprechen und sich nicht als Polen fühlen; aber die Aufgabe ihrer Eingliederung in die Gesamtorganisation hat der Parteitag einer besonderen Kommission übertragen. Ob diese Kommission ihre Aufgabe wird lösen können, ist noch nicht zu erkennen.

Die westösterreichische Sozialdemokratie ist von dieser Frage nicht unmittelbar berührt. Die Wirksamkeit der Jüdischen Sozialdemokratie wird sich ja natürlich auf die nicht assimilierten Juden Galiziens beschränken. Die jüdischen Arbeiter in Westösterreich haben sich selbstverständlich auch in Zukunft der Organisation derjenigen Nation anzuschließen, deren Sprache sie sprechen und deren Kultur sie allmählich erwerben; denn sie gehören zwar zur semitischen Rasse, aber nicht zur jüdischen Nation, die nur diejenigen umfasst, die sich der jüdischen Sprache bedienen und an den eigenartigen Sitten und Traditionen des osteuropäischen Judentums Anteil haben. Aber sind wir von dieser Frage auch nicht unmittelbar berührt, so ist es doch ein Interesse der Gesamtbewegung und darum auch unser Interesse, dass die Anerkennung der Jüdischen Sozialdemokratie die nationalen Schwierigkeiten der Arbeiterbewegung nicht vermehre. Die Deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich kann, so scheint mir, die Jüdische Sozialdemokratie nur dann anerkennen, wenn sie sich der galizischen Gesamtbewegung organisatorisch eingliedert, wenn Gewähr geleistet wird, dass sie nicht ein Herd nationalistischer Agitation wird und wenn vor allem dafür gesorgt wird, dass die nationale Autonomie auf politischem Gebiete die Einheit der gewerkschaftlichen Organisation nicht stört.

* * *

Eine weit höhere Entwicklungsstufe der proletarischen Bewegung als die ukrainische und die jüdische repräsentiert die polnische Sozialdemokratie. Vor allem in den polnischen Gebieten Schlesiens hat sie in der dort gehäuften, von Jahr zu Jahr schnell wachsenden Arbeiterschaft der Berg- und Hüttenwerke eine starke Basis. Aber auch die kleingewerbliche Arbeiterschaft und die Eisenbahner der grossen Städte Galiziens stellen ihr kampffähige proletarische Truppen. Daneben ist freilich auch in der polnischen Partei die sozialistische Intelligenz weit stärker vertreten als in der deutschen oder in der tschechischen Sozialdemokratie; auch im polnischen Gebiete übt der Sozialismus als der Vorkämpfer der Revolution in Russisch-Polen auf die junge Intelligenz eine starke Anziehungskraft aus.

In Russisch-Polen lebt der zahlreichste und höchstentwickelte Zweig des polnischen Proletariats. Das Schicksal Russisch-Polens beeinflusst am mächtigsten das politische Denken der polnischen Intelligenz. So wirken starke Einflüsse von Russisch-Polen her nach Galizien und Schlesien. Wer die Ideologie des polnischen Sozialismus in Oesterreich verstehen will, muss sich der politischen Probleme Russisch-Polens erinnern.

Furchtbarer Druck lastet auf Russisch-Polen. Der Zarismus verweigert den Bürgern des unterworfenen Königreiches alle Bürgerrechte. Die Polen in Russland haben kein Vereinsrecht, kein Versammlungsrecht, keine Pressfreiheit, kein Koalitionsrecht, keine Selbstverwaltung in der Gemeinde, ein wirkungsloses Scheinwahlrecht für die Duma. Die Willkür des russischen Beamten ist höchstes Gesetz. Die besten Männer des Landes sterben in der Verbannung, in Sibirien, im Gefängnis, am Galgen. Dieses Schicksal teilt Polen mit den anderen Provinzen des Zarenreiches. Aber zur politischen und sozialen gesellt sich hier die nationale Unterdrückung. Der Zarismus verweigert den Polen die nationale Schule — nicht etwa nur polnische Hoch- und Mittelschulen, sondern auch polnische Volksschulen, nicht etwa nur für die Minderheiten, sondern auch für die Polen des geschlossenen polnischen Sprachgebiets! Man kann die ganze Brutalität der zarischen Nationalitätenpolitik recht ermessen, wenn man sich erinnert, dass in Oesterreich selbst im 18. Jahrhundert, als der Absolutismus bewusst germanisieren wollte, die Volksschule sich doch der Volkssprache bediente! Und dieser nationale Druck trifft dort eine Nation mit entwickelter Volkswirtschaft, mit einem stolzen Adel, einer reichen Bourgeoisie, einem zahlreichen industriellen Proletariat.

Solcher Druck muss nationalen Gegendruck erzeugen und alle Klassen der Nation mit starken nationalistischen Strömungen erfüllen. Auch die Entwicklung des Sozialismus in Russisch-Polen ist durch das nationale Problem stark beeinflusst. Der Kampf um das

Verhältnis des Sozialismus zum Nationalismus hat die sozialistischen Kräfte Russisch Polens in drei Parteien gespalten, die einander leidenschaftlich bekämpfen.

Diese Einflüsse wirken auch auf den polnischen Sozialismus in Oesterreich ein. Sie geben auch ihm eine lebhaftere nationale Färbung. Auch in der polnischen Sozialdemokratie in Oesterreich gibt es verschiedene Richtungen, die die Auffassung der nationalen Probleme scheidet. Auch auf dem Parteitag, der am 8. Dezember in Lemberg zusammentrat, trat dieser Gegensatz hervor. Insbesondere der Genosse Haase (Boryslaw) tadelte die polnische Parteivertretung, dass sie den Kampf gegen den Nationalismus nicht energisch genug geführt und sich in einzelnen Fällen, so bei der Grunwaldfeier, in die Nachbarschaft der Nationalisten begeben habe. Doch stand die überwiegende Mehrheit des Parteitages offenbar auf der Seite der Parteivertretung.

Aber gerade die starke nationale Färbung des polnischen Sozialismus gibt seiner Entscheidung gegen den Separatismus nur um so stärkeres Gewicht. Denn so energisch die polnischen Sozialdemokraten ihre nationale Autonomie innerhalb der internationalen Sozialdemokratie hervorheben und so leidenschaftlich sie den Kampf um die Befreiung Polens von russischer Gewaltherrschaft für ihre eigene Sache erklären, so entschieden haben sie doch den tschechoslawischen Separatismus verurteilt, so entschieden haben sie sich für die Einheit der gewerkschaftlichen Organisation und des gewerkschaftlichen Kampfes erklärt, so rückhaltlos haben sie bekannt, dass die Autonomie der nationalen Glieder der politischen Gesamtpartei die Einheit des Klassenkampfes für die gemeinsamen proletarischen Interessen nicht stören dürfe.

Mit Recht wurde auf dem Parteitag hervorgehoben, dass der Kampf gegen den Separatismus die eigensten Interessen der polnischen Arbeiterbewegung berührt. Im Westen, in Schlesien, stossen die polnischen Bergarbeiter auf tschechische und deutsche Klassengenossen; sie fühlen dort die mörderischen Wirkungen des tschechischen Separatismus am eigenen Leibe. Gerade die schlesischen Delegierten haben am entschiedensten den Separatismus bekämpft. Im Osten Galiziens leben die polnischen Proletarier mit ruthenischen und jüdischen Arbeitern zusammen; sie fühlen es, wie sehr die noch schwachen Kräfte der Arbeiterbewegung in dem wirtschaftlich rückständigen Lande durch die nationale Zersplitterung geschwächt werden würden. So war das Urteil gegen den Separatismus diktiert durch die Lebensnotwendigkeiten der polnischen Arbeiterbewegung selbst.

In der Verurteilung des Separatismus waren alle Delegierten eines Sinnes. Nur zwei Streitfragen tauchten auf. Der Genosse Moraczewski wünschte, dass der Parteitag nicht nur die Spaltung der Gewerkschaften durch die tschechischen Separatisten, sondern auch die Spaltung der tschechoslawischen Partei durch die tschechischen Zentralisten verurteilen solle. Dass dieser Wunsch auftauchte, ist ja begreiflich: der polnische Sozialismus in Russisch-Polen hat unter der Spaltung so schwer gelitten, dass man wohl begreift, dass den polnischen Genossen die Einheit der Partei ein kostbares Gut ist, dass sie jede Parteispaltung tief beklagen. Aber gegen den Wunsch Moraczewskis spricht, was in Innsbruck gegen die ursprüngliche Fassung der Resolution Adler eingewendet wurde. Die tschechischen Zentralisten haben sich als Partei erst konstituiert, nachdem ihre besten Männer und ihre stärksten Organisationen aus der separatistischen Partei hinausgedrängt worden waren; nicht sie, sondern die Separatisten belastet also die Verantwortung für die Parteispaltung. Die Verurteilung der Tat, zu der sie gezwungen waren, wäre nicht nur ein Unrecht gegen sie, sie wäre auch Hilfe für den Separatismus! Noch weiter als Moraczewski ging Liebermann. Er beklagt es, dass die deutschen Abgeordneten im Parlament kein Bedürfnis fühlen, Arm in Arm mit Vaněk und Tusar aufzutreten, und sieht auch darin nationalen Separatismus. Offenbar meint der Genosse Liebermann, der Internationalismus gebiete die engste Gemeinschaft mit Nationalisten! Man sollte den Genossen Liebermann einmal in eine unserer Gewerkschaftsversammlungen einladen; wenn er dort schlichte Arbeiter reden hören wird, wenn er sehen wird, wie erbittert die Menschen sind, deren Organisation, das Werk jahrzehntelanger Arbeit, durch das Treiben der Separatisten zerstört, deren Kampf um ein Stückchen mehr Brot in dieser Zeit des Elends durch das Ver-

schulden der Separatisten unendlich erschwert wird, dann wird er begreifen, warum die deutschen Arbeiter es nicht ertragen würden, ihre Vertrauensmänner in Gemeinschaft mit den Organisationszerstörern zu sehen. Dieser Tatsache hat sich auch der polnische Parteitag nicht verschlossen. Mit allen gegen nur drei Stimmen wurden die Anträge Liebermanns und Moraczewskis verworfen. So deckt sich das Urteil des Lemberger Parteitages über den Separatismus in allen wesentlichen Punkten mit dem Beschluss des Innsbrucker Parteitages.

Man hat uns zuweilen den Vorwurf gemacht, dass wir die nationale Ideologie polnischer Sozialdemokraten nicht ebenso eifrig bekämpfen wie den tschechischen Separatismus. Dieser Vorwurf beruht auf völliger Verkennung des wesentlichen Unterschiedes zwischen dem Nationalismus polnischer und tschechischer Sozialisten. Schon die Ideologie des polnischen Nationalismus ist von der des tschechischen völlig verschieden. Der polnische Nationalismus ist, wie immer man ihn sonst beurteile, unleugbar revolutionär; sein eigentlichster Inhalt ist der Glaube an eine Epoche gewaltiger Revolutionen, in der der Zarismus zusammenbrechen und ein unabhängiges Polen wiedererstehen werde. Der tschechische Nationalismus ist kleinbürgerlich-reformistisch bis zur Kleinlichkeit: er wendet die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen immer ausschliesslich hier auf den Kampf um eine Minoritätsschule, dort auf den Streit um ein paar Eisenbahntafeln und führt dadurch zu dauernder Kampfgemeinschaft mit bürgerlichen nationalistischen Parteien. Viel wichtiger aber als dieser Gegensatz der Ideologien ist der Gegensatz in der praktischen Wirksamkeit. Das nationale Ideal eines unabhängigen Polen hat die polnischen Sozialdemokraten in Oesterreich nie gehindert, im ersten gewerkschaftlichen und politischen Kampf treue Waffenbrüderschaft mit den Arbeitern der anderen Nationen zu halten. Der tschechische Separatismus dagegen hat zur Zertrümmerung der Gewerkschaften, zur Zerschlagung der Gesamtpartei, zur Schwächung der Kraft des Proletariats geführt. Auch wir meinen, dass Sozialisten bei einer Grunwaldfeier nichts zu suchen haben; aber hundert Grunwaldfeiern fügen der Sache des Proletariats weniger Schaden zu als die Zertrümmerung der Gewerkschaft in einer einzigen Fabrik. In den Streit der Ideologien innerhalb der polnischen Partei können wir uns nicht mit Erfolg einmengen. Der Kampf um die Organisation, den die Tschechoslawen entfesselt haben, berührt das ganz unmittelbare Klasseninteresse des Proletariats aller Nationen; hier müssen wir Partei ergreifen. Und dass wir in diesem Kampf um die Einheit der proletarischen Organisation auf die treue Kampfgenossenschaft der polnischen Sozialdemokratie rechnen dürfen, ist das wichtigste Ergebnis des polnischen Parteitages.

So dürfen wir mit den Ergebnissen der galizischen Parteitage zufrieden sein. Sie haben gezeigt, wie mannigfaltig die Kampfbedingungen des Proletariats in Oesterreich sind, wie verschieden die Ausgestaltungen des Sozialismus innerhalb der einzelnen Nationen. Sie erinnern daran, dass die österreichische Gesamtpartei diesen Verschiedenheiten Rechnung tragen, den einzelnen Zweigen der Internationale, die unter so ganz verschiedenen Bedingungen zu kämpfen haben, in der politischen Organisation und im politischen Kampf eine breite Sphäre der Autonomie zugestehen muss. Aber sie zeigen auch, dass die Arbeiterschaft aller Nationen eins bleiben kann und will und muss im Kampf um das, was alle vereint: im Kampf gegen die Kapitalistenklasse und den Klassenstaat. Der tschechische Separatismus ist vollständig isoliert. Alle lebensfähigen Kräfte der proletarischen Bewegung streiten vereint gegen ihn.

Adolf Braun: Reichstagswahlen

Der deutsche Reichstag von 1907, bei dessen Wahl schärfer als jemals seit 1887 gegen die Sozialdemokratie gekämpft wurde, der Reichstag, bei dessen Wahl die Sozialdemokratie „niedergeritten wurde“, der Reichstag, der ein Triumph des Bülow-Blocks sein sollte, der Reichstag, bei dessen Wahl der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sein Meisterstück geleistet hat, der Reichstag, der den bürgerlichen

Parteien, der dem Liberalismus so vieles zu versprechen schien, ist ruhmlos verschieden. Am 12. Jänner werden die Wähler an die Urnen schreiten; die Meinung von mehr als vierzehn Millionen Wählern wird zum Ausdruck gelangen in einem neuen Reichstag, der für fünf Jahre gewählt wird, um nicht nur Politik, Staatswirtschaft, Gesetzgebung und bis zu einem gewissen Grade auch Volkswirtschaft und Verwaltung des Deutschen Reiches zu bestimmen, um auch mitzubestimmen die Wirtschaftspolitik aller Staaten des europäischen Kontinents und um auch die Handelspolitik Grossbritanniens und seiner zahlreichen Kolonien wie der Vereinigten Staaten zu beeinflussen. Von der Zusammensetzung des deutschen Reichstages wird es abhängen, ob die Hochschutzzollpolitik weiter die Welt beherrsche. War bis zum Frankfurter Frieden die Zollpolitik Frankreichs ausschlaggebend für die Handelspolitik der europäischen Staaten, und zeigte sich die Nachwirkung der napoleonischen Zollpolitik bis zum Ende der 1870er Jahre, so beginnt 1879 der entscheidende Einfluss der Zollpolitik des Deutschen Reiches deutlich sichtbar zu werden. Die gleiche Kurve zu steigenden Zöllen bis zum Ausgang des Bismarckschen Systems, von da sinkend in der Periode der Caprivischen Handelsvertragsära und dann wieder ansteigend bis zu den heute geltenden Hochschutzzöllen lässt sich für alle europäischen Staaten, aber vor allem für Oesterreich-Ungarn verfolgen. Bringen die Reichstagswahlen, wie es das deutsche Proletariat erwartet, eine Niederlage der Hochschutzzöllner, so wird das sicherlich die deutsche Reichsregierung bei der Ausarbeitung des autonomen Zolltarifs beeinflussen, der in baldiger Frist dem Reichstag zur Beschlussfassung vorgelegt werden muss. Wenn man bisher von Vorbereitungen für diese wichtigste und dringendste Gesetzesvorlage nichts hörte, so erklärt sich das aus der Unsicherheit des Reichskanzlers über seine und des Reichstages Zukunft und auch aus der Furcht, dass die Klarstellung der Tendenzen der verbündeten Regierungen eine ungünstige Einwirkung auf das Ergebnis der Reichstagswahlen hervorrufen könnte. Sobald der Reichstag gewählt sein wird, wird man mit dem grössten Eifer an die Vorarbeiten für den autonomen Zolltarif gehen. Alle, die dabei mitzuraten, mitzubestimmen, zu beeinflussen haben, werden durch die Zusammensetzung des Reichstages Richtung und Eifer erhalten.

Nicht bloss für die äussere Handelspolitik, die immer mehr der Untergrund der ganzen auswärtigen Politik wird, erscheinen die nächsten Reichstagswahlen von höchster Bedeutung. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass der letzte deutsche Reichstag keine kräftige Garantie für die Erhaltung des Weltfriedens, für die guten Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Grossbritanniens bot. Verschiebungen zwischen den Parteien des Deutschen Reichstages könnten dem Weltfrieden viel nützen. Auch hier liegt für alle Staaten ein ausserordentlich grosses Interesse an dem deutschen Wahlergebnis vor.

Die Beziehungen zwischen den Staaten, die gegenseitigen Anregungen ihrer Gesetzgebungsarbeit werden immer enger und bedeutungsvoller. Naturgemäss muss die Gesetzgebung eines so mächtigen und hochentwickelten Industriestaates, wie es das Deutsche Reich heute ist, in weit stärkerer Weise Richtung geben, wie die der anderen Staaten des europäischen Kontinents. Zwingt die Zusammensetzung des deutschen Reichstages zu einer die Interessen der Arbeiterklasse berücksichtigenden Gesetzgebung, so wird dies, wenn auch nicht sofort, auch anderen Wirtschaftsgebieten zum Vorteil gereichen.

Uns als Sozialdemokraten ist das Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen besonders wichtig. In allen sozialistischen Parteien löst nächst dem Schicksal der eigenen Partei das der deutschen Sozialdemokratie die lebhafteste Anteilnahme aus. Sicherlich gilt dies in besonders starkem Masse von der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. Stärker selbst als die Wirrungen unserer heimatlichen Politik werden in der ersten Hälfte des Jänner die Wahlaussichten der deutschen Sozialdemokratie die Aufmerksamkeit und die Anteilnahme unserer Arbeiterschaft auf sich lenken.

Gewaltig war der Jubel unserer Gegner am Wahltag. Fürst Bülow hielt den sich vor dem Reichskanzlerpalast Angesammelten eine Rede über den Sieg, der gegen die Sozialdemokratie erfochten wurde, Kronprinz und Kronprinzessin begrüsst die sich hierauf durch die Strasse Unter den Linden heranwälzenden deutschnationalen Handlungs-

gehilfen und Studenten, die lallend über den Sieg jubelten. Und auch der Kaiser stieg zum Volk herab und in einer Begeisterung, die der Tag geboren hatte und die Jahre bald wieder zu Essig werden liessen, sagte er: „ . . . und das Wort, das der Reichskanzler zu Ihnen gesprochen hat, wird wahr: Deutschland kann reiten, wenn es will. (Stürmischer Beifall.) Ich bin der felsenfesten Ueberzeugung, wenn, wie bisher, alle Stände, hoch und niedrig, alle Konfessionen (erneuter Beifall), einig zusammenstehen, dann werden wir nicht nur reiten, sondern alles niederreiten, was sich uns entgegenstellt. (Andauernde Hurra-rufe!) Lassen Sie diese feierliche Stunde nicht als eine vorübergehende Welle patriotischer Begeisterung verrauschen, sondern bleiben Sie fest bei der eingeschlagenen Bahn. Ich will nun schliessen mit den Worten, welche der grosse Dichter Kleist im „Prinzen von Homburg“ sprach, als Kottwitz dem Grossen Kurfürsten gegenübertritt:

Was kümmert dich, ich bitte dich, die Regel,
Nach der der Feind sich schlägt: wenn er nur nieder
Vor dir mit allen seinen Fahnen sinkt.
Die Regel, die ihn schlägt, das ist die höchste!
Die Kunst jetzt lernten wir, ihn zu besiegen,
Und sind voll Lust, sie fürder noch zu üben.“

Wird Wilhelm II., dessen Politik nun sogar sein Sohn entgegengetreten ist, auch eine Rede halten, wenn die Reichstagswahlen zum Abschlusse gelangt sein werden? Die Niedergerittenen sitzen heute fester im Sattel denn je; die sich mit Stolz brüsteten, dass sie niedergeritten haben, sind uneins, sie wissen, dass das Volk gegen sie ist, sie rechnen alle mit der Niederlage, sie hoffen nur, dass sie nicht gar zu grausam sein werde. Die dauernde Parteigruppierung, die man vor fünf Jahren erhofft hat, war nicht von Bestand. Die Feinde von ehemals sind Freunde geworden und der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist heute nicht mehr siegesbewusst. Die Geschichte der letzten fünf Jahre des deutschen Reichstages schafft Vorbedingungen grosser Erfolge der Sozialdemokratie bei den kommenden Wahlen, die Geschichte des Bülow-Blockes ebenso wie die Geschichte des Schwarz-Blauen Blockes. Wie schnell wir leben, wie rasch die Entwicklung vor sich geht, und wie schnell dem sieggeschwellten Jubel des Bürgertums über die Niederlage der Sozialdemokratie der bösartigste Katzenjammer folgt, das lehrt der Vergleich des Enthusiasmus nach dem letzten grossen Wahltage mit der Erwartung des kommenden Wahltages. Die Stimmung hat völlig umgeschlagen. Der Führer des Bürgertums wie des Junkertums in der Wahlschlacht, Fürst Bülow, der die Sozialdemokratie niedergeritten zu haben wähnte, ist heute fern vom Wahlkriegsschauplatz, nicht lange blieb er Reichskanzler in der Legislaturperiode des Reichstags, den er geschaffen zu haben wähnte. Das Bündnis der bürgerlichen Parteien, das den Erfolg des Wahltages einheimste, ist längst zerfallen, es gehört ruhmloser Geschichte an. Eine neue Aera sollte beginnen, weil von der süddeutschen Volkspartei, durch alle Schattierungen des Liberalismus bis zu den Konservativen aller Art, ja bis zu den allerärmsten Junkern ein kraftvolles Bündnis geschlossen wurde gegen das Zentrum und vor allem gegen die Sozialdemokratie. Heute ist das Zentrum der Verbündete der Konservativen und heute ist die Sozialdemokratie umworben von den Liberalen. Aufgelöst wurde der Reichstag, weil sich keine Mehrheit für die Kolonialforderungen des Herrn Dernburg ergab. Herr Dernburg, der Wahlmacher, ist längst ausser Dienst, in Ungnade wurde er entlassen, und auch sein Nachfolger im Kolonialamt gehört nun zu den verbrauchten Männern. Auch er ist entlassen, weil ihm der Reichskanzler zu wenig Kolonialpolitik machte. Was der Weisheit höchster Schluss gegenüber dem Reichstag in den Jahren 1906 bis 1908 war, ist längst zum alten Eisen geworden. Man bescheidet sich nun in der Kolonialpolitik.

Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die seit den letzten Reichstagswahlen ununterbrochen vorwärts marschierte. Und diese Sozialdemokratie ist vorwärts marschiert seit den Wahlen vom Jahre 1881, bei denen sich zum ersten Male, aber auch zum letzten Male im Wahlergebnis die Wirkungen des Sozialistengesetzes zeigten. Es wird gut sein, sich nun ins Gedächtnis zu rufen die Ergebnisse der Reichstagswahlen für die deutsche Sozialdemokratie.

Es erhielten unsere Genossen im Reiche am:

	Stimmen	Abgeordnete
3. März 1871	123.975	2
10. Jänner 1874	351.952	9
10. Jänner 1877	493.288	12
30. Juli 1878	437.158	9
27. Oktober 1881	311.961	12
28. Oktober 1884	549.990	24
21. Februar 1887	763.128	11
20. Februar 1890	1.427.289	35
15. Juni 1893	1.786.738	44
16. Juni 1898	2.107.076	56
16. Juni 1903	3.010.771	81
24. Jänner 1907	3.259.020	43

Betrachten wir einige Hauptzahlen der vier letzten Reichstagswahlen:

	1893	1898	1903	1907
	in Tausenden			
Bevölkerung	49.428·5	52.279·9	56.367·2	60.641·3
Wahlberechtigte	10.628·3	11.441·1	12.531·2	13.352·9

Bei den ersten ordentlichen Wahlen abgegebene Stimmen:

	1893	1898	1903	1907
	in Tausenden			
Abgegebene Stimmen, gültige	7.674·0	7.752·7	9.495·6	11.262·8
„ „ „ ungültige	28·3	34·0	38·2	40·7

Von gültigen Stimmen entfielen auf:

Sozialdemokraten	1.786·7	2.107·1	3.010·8	3.259·0
Zentrum	1.468·5	1.455·1	1.875·3	2.179·8
Nationalliberal	997·0	971·3	1.317·4	1.630·6
Deutschkonservativ	1.038·3	859·2	948·5	1.060·2
Freisinnige Volkspartei	666·4	558·3	538·2	736·0
Deutsche Reichspartei (Freikonservativ)	438·4	343·6	333·4	471·9
Polen	229·5	244·1	347·8	453·9
Freisinnige Vereinigung	258·5	195·7	243·2	359·3
Antisemiten	263·9	284·3	244·5	248·5
Deutsche Volkspartei	166·8	108·5	91·2	138·6
Elsässer	114·7	107·4	101·9	103·6
Welfen	101·8	105·2	94·3	78·2
Dänen	14·4	15·4	14·8	15·4
Andere Parteien	70·4	291·0	267·1	319·1
Unbestimmt und zersplittert	58·7	106·5	67·2	208·7

Bedeutungsvoll für die Beurteilung der Wahlaussichten ist auch das Ergebnis der Nachwahl seit den letzten allgemeinen Wahlen vom 24. Jänner 1907. Von 48 Reichstagsersatzwahlen sind 30 für die Partei, die im Besitz des Mandats war, erfolgreich gewesen, 18 haben mit einem Verlust des Mandats geendet. In 18 Wahlkreisen ist also seit 1907 eine Parteiverschiebung erfolgt.

Die Konservativen und Christlichsozialen erzielten nicht einen einzigen Gewinn, verloren aber vier Mandate: Emden-Norden und Labiau-Wehlau an die Fortschrittliche Volkspartei, Siegen und Oletzko-Lyck an die Nationalliberalen. Die Antisemiten gewannen gleichfalls nirgends ein neues Mandat, verloren aber zwei Wahlkreise: Eisenach und Zschopau-Marienberg an die Sozialdemokraten. Das Mandat des Bundes der Landwirte für Alzey-Bingen ging nach dem Tode des Abgeordneten Keller an das Zentrum über.

Neben diesem Mandatsgewinn hatte das Zentrum drei empfindliche Verluste zu verzeichnen: es verlor Immenstadt und Konstanz an die Nationalliberalen, Düsseldorf an die Sozialdemokraten. Die Polen hatten weder Verluste noch Gewinne zu verzeichnen. Die Welfen eroberten Syke-Hoya-Verden von den Nationalliberalen.

Die Nationalliberalen gewannen vier Mandate: Siegen von den Christlichsozialen, Oletzko-Lyck von den Konservativen, Immenstadt und Konstanz vom Zentrum. Sie büßten aber sechs Mandate ein: an die Welfen Syke-Hoya-Werden und an die Sozialdemokraten Landau, Cannstatt, Koburg, Friedberg-Büdingen und Frankfurt-Lebus.

Die Fortschrittliche Volkspartei verlor an die Sozialdemokraten Ueckermünde-Usedom-Wollin und Halle, gewann aber von den Konservativen Emden-Norden und Labiau-Wehlau.

Die Sozialdemokraten endlich gewannen zehn Mandate: zwei von den Antisemiten (Eisenach und Zschopau-Marienberg), zwei von der Fortschrittlichen Volkspartei (Ueckermünde-Usedom-Wollin und Halle), fünf von den Nationalliberalen (Landau, Koburg, Friedeberg, Cannstatt, Frankfurt-Lebus) und schliesslich vom Zentrum Düsseldorf.

Wir sehen ein ununterbrochenes Wachstum der sozialdemokratischen Partei. Während von 1893 bis 1907 die Sozialdemokraten in Tausenden von 1787 auf 3259 gestiegen sind, so dass an einer Verdoppelung der Stimmen nicht mehr viel fehlte, stiegen die nichtsozialdemokratischen Stimmen in den vier Wahlgängen, die wir in der obigen Tabelle nebeneinander gestellt haben, von 8841 auf 9334, sie sanken dann auf 9220 und stiegen dann in den letzten Wahlen, in denen die Sozialdemokratie angeblich niedergelitten wurde, auf 10.094. Man sieht schon hieraus, dass die Steigerung eine recht unerhebliche war. Um rund ein Achtel ist das anti-sozialdemokratische Gemenge gewachsen, und zwar auch nicht ununterbrochen und in gar keinem Verhältnis mit dem Wachstum der Sozialdemokraten. Hermann Friedemann bespricht rein statistisch in der Nummer des „März“ vom 5. Dezember 1911 (Seite 406 und 407) die Wahlaussichten der Sozialdemokratie. Er findet, dass von der Volksvermehrung, dem Städtezuwachs und der Industrialisierung die Sozialdemokraten von dem Zufluss der Wählerzahl bisher immer rund 70 Prozent profitiert haben. Er schliesst aus seinen interessanten Nachweisungen, dass etwa 70 Prozent von 100 der neu hinzugekommenen Stimmberechtigten den Sozialdemokraten zuzuzählen seien. Infolge der veränderten Altersgliederung der Bevölkerung innerhalb des Deutschen Reiches wächst die Zahl der Stimmberechtigten relativ etwas schneller wie die Gesamtbevölkerung, gegenwärtig schätzungsweise um 240.000 Wähler jährlich, 160.000 bis 170.000 davon entfallen nach seinen Berechnungen auf die sozialistische Mannschaft, sie wird demnach in den kommenden Wahlen voraussichtlich mit 4 bis $4\frac{1}{4}$ Millionen Wählern an die Urnen schreiten.

Für keine andere Partei kann man derartige Nachweisungen in ähnlicher Weise anstellen. Die Entwicklung der Sozialdemokratie ist leichter vorherzusagen als die Entwicklung der anderen Parteien. Alle anderen Parteien sind Spielfarben der Gesamtheit der herrschenden Klassen mit einem leider noch recht starken, aber sich immer mehr mindernden proletarischen Einschlag. Wie sich innerhalb dieser bürgerlichen Parteien der geringe Anteil, der ihrer Gesamtheit von der Bevölkerungsvermehrung zufallen wird, verteilen wird, wie sich diesen Parteien ihre gegenseitigen Grenzen verschieben werden, ist niemand möglich vorauszusagen. Die Stosskraft der Parteien hängt nicht nur von ihrem Willen ab. Sicherlich möchten die Sozialdemokraten aller Schattierungen vor allem die Konservativen und das Zentrum auf eine möglichst geringe Wählermenge und Vertreterzahl zurückdrängen. Aber mit diesem Willen allein ist es nicht geschehen. Es wird natürlich alle Kraft gegen Konservative und Zentrum angewandt werden, aber das Zentrum hat eine grosse Anzahl von Wahlkreisen, in denen seine Mehrheit in diesem und im nächsten Wahlgange nicht erschütterbar scheint. Auch dort, wo die Konservativen ihre Hauptsitze haben, ist die Angriffskraft der Sozialdemokraten vielfach noch gering. Die Sozialdemokraten haben den grössten Teil ihrer Mandate zu verteidigen, und sie haben bedeutsame Wahlaussichten wegen der Zusammenballung des industriellen Proletariats dort, wo ihnen Liberale verschiedener Art gegenüberstehen. Deshalb ist der Gedanke des Grossblocks der Linken, der den Kampf gegen den schwarzblauen Block führen soll, ein Gegenstand sehr interessanter Erörterungen vor dem Beginn der Wahlbewegung gewesen, aber es setzte mich nicht in Erstaunen, dass von diesem so schön in den Zeitungsblättern abgezielten strategischen Aufmarsch nicht mehr gesprochen wird, seitdem der Kampf wirklich mit vollem Ernst und mit Berücksichtigung der Interessen aller Wahlkreise geführt werden muss. In einer grossen Anzahl von Wahlkreisen stehen sich Liberale aller Art und Sozialdemokraten gegenüber. Auch der Gedanke, dass auf Zählkandidaturen in Kreisen verzichtet werden soll, die den ausgesprochenen Liberalen oder den Sozialdemokraten keine Aussichten bieten, war in

der Theorie die Rede, in der Praxis, bei den tatsächlichen Aufstellungen der Kandidaturen ist nichts hiervon zu bemerken. So wird der Wahlkampf von den Sozialdemokraten geführt wie es immer gewesen ist und wie es dem ganzen Wesen der Sozialdemokratie entspricht, als ein Kampf der Proletarierklasse gegen die besitzende Klasse. Die Anstrengungen der Sozialdemokratie sind bestimmt durch das Streben, nicht nur möglichst grosse Erfolge in Bezug auf die Vertretung der Arbeiterklasse zu sichern, sondern auch möglichst viele Arbeiter zu gewinnen für die Sozialdemokratie. In der Wählerzahl soll zum Ausdruck kommen die Erfüllung der Arbeiter mit Klassenbewusstsein und mit dem Gegensatz gegen alle politischen Erscheinungen, in die sich die Verteidigung der herrschenden Ordnung kleidet. Es ist ein Interesse der Sozialdemokratie, von Wahl zu Wahl zu beweisen, dass der Wunsch einer immer geringeren Zahl von Deutschen auf die Erhaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet ist, dass die Sozialdemokratie immer rascher dem Punkt entgegensteilt, wo sich die Mehrheit der Bevölkerung des Deutschen Reiches für sie entschieden hat.

Von tausend erwerbstätigen Deutschen gehörten nach der Betriebs- und Berufsstatistik vom Jahre 1907 nur 223 in die Gruppe der Selbständigen, also mehr wie drei Viertel aller Erwerbstätigen waren Abhängige, freilich 53 von 1000 noch Beamte verschiedener Art, die vielfach noch nicht erkannt haben, dass ihre Interessen durchaus verschieden sind von denen der Selbständigen. 724 von je 1000 waren aber Arbeiter, sie bildeten also bereits die gewaltige Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung im Deutschen Reich. Aber noch sind nicht alle Schichten der Arbeiterschaft Deutschlands von der Sozialdemokratie erfasst. Noch stimmen Millionen von Landarbeitern, Hunderttausende von Industriearbeitern für die Feinde der Arbeiterschaft. Wäre das nicht der Fall, wären diese Arbeiter nicht die Stützen und die tatsächlichen Erhalter der Staats- und Gesellschaftsordnung, so würde diese nicht weiter bestehen können. Neben der unermüdlichen systematischen Agitation der deutschen Sozialdemokratie dienen die Wahlen der Aufklärung dieser Massen. Immer mehr Schichten des Proletariats fallen der Sozialdemokratie zu; in den im feindlichen Lager zurückgehaltenen Arbeitermassen liegt das Hauptrekrutierungsfeld für die Sozialdemokratie. So geht auch bei diesen Wahlen der Kampf um die Arbeiter.

Die bürgerlichen Parteien höhnten die Sozialdemokraten, weil sie in der ihr eigenen Offenheit diskutierten über die Bedeutung der Mitläufer für die bei den Wahlen festgestellte Stärke ihrer Partei. Aber die Zahl dieser Mitläufer ist bei den Sozialdemokraten weit geringer als bei irgend einer anderen bürgerlichen Partei. Die Millionen von Arbeitern, die den bürgerlichen Parteien Heerfolge leisten, sind Mitläufer, die die bürgerlichen Parteien auf die Dauer nicht an sich fesseln können, was diese ganz wohl wissen, ohne es einzugestehen. Wie gering ist diesen Millionen Proletariern gegenüber, die den Schwanz der bürgerlichen Parteien bilden, die Zahl der Besitzenden, die nicht aus Ueberzeugung, sondern aus Unzufriedenheit und oppositioneller Stimmung den Kandidaten der Arbeiterpartei ihre Stimme geben. Sicherlich war die Zahl dieser Mitläufer bei keiner der Wahlen seit 1893 so gering wie im Jahre 1907.

Der gewaltige Erfolg des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bestand nicht in einer Minderung der sozialdemokratischen Stimmen, sondern in der Vertreibung der Mitläufer aus den Reihen derer, die mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel zur Wahlurne schritten. Tatsächlich nahm die Sozialdemokratie zwar an Stimmen auch bei der Wahl vom Jahre 1907 zu, aber ihr Stimmenzuwachs war geringer als man es sonst zwischen zwei Wahlen gewöhnt war. Das Wahlergebnis vom Jahre 1907 war die fast vollkommene Feststellung der stets und treu, aus Ueberzeugung und werktätiger Sympathie zur sozialdemokratischen Sache Haltenden, während die Mitläufer, die sich, sonst einige hunderttausend Mann stark, uns für den Gang zur Wahlurne und nur für diesen anschlossen, damals fehlten. Nun ist die Frage, ob sich bei den Wahlen vom 12. Jänner 1912 die Mitläufer in grösserer Zahl zu den aus sozialdemokratischer Ueberzeugung Abstimmenden gesellen werden. Vereinzelte Demokraten — es ist dies eine ganz neue, an Zahl aber nicht beträchtliche Parteibildung — haben in einigen Wahlkreisen ihren Anhängern empfohlen, im ersten Wahlgang für

die Sozialdemokratie zu stimmen. Es mag auch sonst manche Wähler geben, die aus der Unzufriedenheit mit der politischen und geistigen Entwicklung in Deutschland dem Vaterlande einen Dienst leisten wollen, indem sie ihrer Opposition den schärfsten Ausdruck verleihen durch die Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel. Aber bei den gewaltigen Massen, die im Wahlgang des 65 Millionenreiches die Entscheidung bringen werden, vermögen für die Sozialdemokraten diese Grüppchen von Demokraten und die Eingänger in der Politik keine Bedeutung zu gewinnen. Im Gegenteil spricht alles dafür, dass mit der Verschärfung der Klassengegensätze im Deutschen Reich eine immer geringere Anzahl schwankender, mit ihren Klassengenossen Unzufriedener der Sozialdemokratie ihre Stimme geben wird. Auch in Deutschland gilt die Tatsache, die wir in Oesterreich hundertfältig beobachten, wenn wir sie uns auch nicht genügend oft eingestehen, dass die Mitglieder der besitzenden Klasse weit mehr Klassengefühl, Klassensolidarität, Klassengegensatz und Klassenhass besitzen wie die Proletarier. Die klassenbewussten Proletarier sprechen viel von den Prinzipien des Klassenkampfes, die Besitzenden bringen ihren Standpunkt ohne viel davon zu sprechen zum klaren, rücksichtslosen Ausdruck. Für die Besitzenden ist das Gleichgewicht ihrer Handlungen, Gedanken und Strebungen mit ihrem Klassenstandpunkte weit mehr ein fast instinktiver Ausdruck als ein Ergebnis besonderer Ueberlegung. So erklärt es sich, dass auch bei den kommenden Wahlen im Deutschen Reich trotz der jahrzehntelangen und gründlichen und nie ermüdenden Erziehungs- und Aufklärungsarbeit Millionen von Proletariern für bürgerliche Parteien ihre Stimmzettel abgeben werden, während nur wenige tausende zum Bürgertum gehörende Wähler aus unklarer Stimmung, ungenügender Ueberlegung und momentaner Unzufriedenheit die Sozialdemokratie durch ihre Abstimmung am Wahltage stärken werden. Die gewaltige Masse der Wähler der Sozialdemokraten stammt aus dem Proletariat, ist mit dem Proletariat auf das engste durch ihr Klasseninteresse verbunden, während keine bürgerliche Partei ohne erzwungene oder scheinbar freiwillige Stimmen von Proletariern auch nur annähernd ihre Wählerzahl erreichen könnte.

So selbstverständlich es wäre, dass man auf die Millionen Arbeiter, die noch im feindlichen Lager stehen, die ganze Kraft der Agitation verwendet, so sehr wird nur zu häufig ein Uebermass von Kraft aufgewendet, um Kleingewerbetreibende, kleine Händler und andere Splitter des Bürgertums bei den Wahlen an sich zu ziehen. Diese psychologisch nicht unbegreiflichen Bemühungen, die wir ja auch nur zu häufig bei den Wahlen in Oesterreich beobachten können, sind auch bei den deutschen Reichstagswahlen, auch bei den nun vorbereiteten zu beobachten. Aber die Wahlbewegung wirkt, das kann uns beruhigen, ganz automatisch zur Erweckung der bisnun indifferenten Arbeitermassen. Dies wird kaum von irgend einer Wahl in so hohem Masse gelten wie von der Jännerwahl von 1912.

Die Massen sehen die Wirkungen des letzten Reichstages und sie fürchten die Fortsetzung der Politik, die sie in den letzten Jahren so überaus schwer geschädigt hatte. Die wirtschaftlich-politische Bedeutung der Reichsfinanzreform wird man wohl bei den kommenden Wahlen deutlich erkennen. Geradezu verheerend haben in vielen Erwerbszweigen die neuen Steuern gewirkt, sie haben zu der auch in Deutschland so stark fühlbaren allgemeinen Teuerung zum erheblichen Teil beigetragen. Die kleinen und mittleren Bierbrauereien, die Tabakindustrie und die Zündholzindustrie haben schwer durch die Reichsfinanzreform gelitten, sie hat nicht nur diese Industrien und die von ihnen beschäftigten Arbeiter aufs schwerste in ihren Erwerbsgelegenheiten beeinträchtigt, sie hat auch in hohem Masse die grossen Massen als Konsumenten geschädigt. Bei jedem Streichhölzchen, das der Arbeiter anzündet, bei jeder Zigarre, die er raucht, bei jedem Glas Bier, das er trinkt, bei jedem Gläschen Schnaps, das er sich zuführt, merkt er, wie schlecht beraten die Mehrheit der Wähler am 24. Jänner 1907 gewesen war. Und mit Hass und Verachtung werden sich — so hoffen wir — hunderttausende Wähler abwenden von den bürgerlichen Parteien, die in schamlosem Egoismus die Steuern abgelehnt oder wirkungslos gemacht haben, durch die die besitzende Klasse an der Reichsfinanzreform mitwirken sollte. Die Erbschaftssteuer wurde von den Konservativen im Verein mit dem Zentrum erfolgreich hintertrieben. Auch andere direkte

Steuern wurden verhindert, verhasste Steuern, wie die Zuckersteuer, die Fahrkartensteuer, wurden erhalten. Alle diese Belastungen, die der Arbeiter jeden Tag spürt, müssen ihn von den bürgerlichen Parteien, die er bisher gefördert hat, müssen ihn von der Verantwortung, die er für diese Steuern getragen hat, abwenden, müssen ihn trennen von den bürgerlichen Parteien, die er in seiner Verblendung gestützt hat, müssen ihn führen zur Sozialdemokratie. In den Flugblättern, die die Konservativen und das Zentrum dem Arbeiter in die Hand drücken, wird verlangt die Erhaltung des bisherigen Zollsystems wie der indirekten Steuern, die die Arbeiter so schwer schädigen, die Wahrung der agrarischen Interessen, die Sicherung der teuren Preise, unter denen die Bevölkerung Deutschlands schwer leidet. Da muss es dem proletarischen Wähler klar werden, dass diese Parteien seine Interessen nicht zu wahren vermögen. Was Deutschlands Entwicklung fordert, was im Interesse des Proletariats liegt, das ist die Sicherung des Friedens, die Entfaltung aller Produktionsmöglichkeiten, gute, durch unübersteigliche Zölle nicht gehinderte Handelsbeziehungen mit dem Ausland, leichte Einfuhr von Nahrungsmitteln, Verbilligung ihrer Preise, Sicherung des Friedens, der nicht weiter gefährdet werden soll durch die Steigerung der Rüstungen zu Wasser und zu Land, Garantierung des Reichstagswahlrechtes, des freien Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechtes, die Sicherung gegen Ausnahmegesetze. Wer für diese im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, vor allem aber im Interesse der deutschen Arbeiterklasse gestellten Forderungen eintritt, der muss sich einsetzen für die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten.

Es herrscht vollkommene Uebereinstimmung bei allen Kennern der Stimmungen im deutschen Volk, dass die Sozialdemokratie einen starken Zuwachs an Stimmen zu verzeichnen haben wird. Welche Parteien die Zeche bezahlen werden, ist freilich schwer zu erraten. Alle bürgerlichen Parteien werden unter der Unzufriedenheit der Massen mit ihrer Politik schwer zu leiden haben. Auch die liberalen Parteien, die ihr Bündnis und ihr Zusammenarbeiten zum Schaden des Volkes mit den Konservativen gerne vergessen lassen möchten, werden das Misstrauen der Wählermassen schwer zu spüren haben. Aber damit ist noch lange nicht gesagt, dass die Sozialdemokraten auch im Parlament eine besonders starke Fraktion bilden werden. Schon das Ergebnis der letzten Wahlen zeigt, dass die Partei mit der höchsten Stimmenzahl, die Sozialdemokratie, mit der Anzahl ihrer Abgeordneten ausserordentlich weit zurückbleibt hinter Parteien, die erheblich weniger Stimmen hatten als sie. Das Zentrum hatte mehr als doppelt so viel Abgeordnete als die Sozialdemokraten, obgleich es reichlich ein Drittel weniger Stimmen hatte als unsere Partei. Das erklärt sich aus der Tatsache, dass das allgemeine und direkte Wahlrecht nur vor 40 Jahren ein zwar nicht vollkommenes, aber annähernd gleiches Wahlrecht war. Die Grenzen der Wahlkreise sind heute noch die gleichen in Norddeutschland, wie sie auf Grund des Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes festgesetzt wurden, und in den süddeutschen Staaten, wie in Elsass-Lothringen, gelten heute die Wahlkreisbegrenzungen, wie sie im Wahlgesetz nach der Reichsgründung festgelegt wurden. Die grossartige wirtschaftliche Entwicklung von mehr als vier Jahrzehnten äussert sich in einer gewaltigen Verschiebung der Bevölkerung, in einer Abwanderung aus den rein agrarischen Bezirken, in einer ungeheuren Entwicklung der Städte, in einer Zusammenballung der Bevölkerung in den Industriebezirken. Wohl hat man die Grenzen der Städte wie auch die der Verwaltungsbezirke vielfach geändert, aus Dörfern sind Grossstädte geworden, Städte sind ineinandergewachsen und ihre Grenzen haben sich völlig verwischt. Aber geblieben sind trotzdem die Umfriedungen der Reichstagswahlkreise, ländliche Wahlkreise besitzen deshalb Teile von Grossstädten, die ganze Einteilung der Reichstagswahlkreise widerspricht der wirtschaftlichen Geschichte, ja selbst der Entwicklung der Verwaltungseinheiten im Deutschen Reich. Neben ungeheuren Wahlkreisen, die mehr als eine halbe Million Einwohner zählen, gibt es Wahlkreise, die noch nicht 50.000 Einwohner einschliessen. Die Sozialdemokraten ernten ihre Erfolge dort, wo sich die gewaltigen Massen der industriellen Proletarier zusammendrängen. Die Sozialdemokraten leiden durch die Ungleichheit der Wahlkreise, die anderen Parteien oft zum grössten Vorteil werden. Von den zehn grössten Wahlkreisen waren 1907—1911 neun sozialdemokratisch vertreten. So war es möglich, dass die seit 1890 stärkste Partei in Deutschland niemals die stärkste Partei im Parlament war und bei den letzten Wahlen vom

Zentrum, den Deutschkonservativen, den Nationalliberalen und Freisinnigen an Vertreterzahl übertroffen wurde.

Wie die Zusammensetzung des kommenden Reichstages sein wird, vermag niemand vorauszusagen. Gerade dort, wo die Sozialdemokraten siegen werden, wird die Bevölkerung am meisten gewachsen sein. So müssen wir, so voll von Hoffnung wir sind, dass die Wahlschlacht der Sozialdemokratie einen gewaltigen Zuwachs an Stimmen, einen mächtigen, moralischen Erfolg bringen werde, doch vollkommen unsicher bleiben hinsichtlich der Wirkung des Wahlergebnisses auf die Zusammensetzung des Reichstages. Es gibt Gegner der Sozialdemokratie, die hundert und mehr Abgeordnete den Sozialdemokraten in sichere Aussicht stellen, es sind andere, die 80 bis 90 sozialdemokratische Abgeordnete als das geringste Ergebnis der kommenden Reichstagswahlen bestimmt erwarten.

Unsere Wünsche begleiten die Wahlvorbereitungen, die mit dem grössten Ernste, mit dem lebhaftesten Eifer, mit Opfermut und Begeisterung von unseren Parteigenossen betrieben werden. Wir wissen, dass der Sieg der deutschen Sozialdemokratie moralischer und faktischer Gewinn für die Sozialdemokratie aller Länder, für uns nicht in letzter Linie sein wird. Wir zweifeln nicht an dem glänzenden Ergebnis des Wahltages, wir wissen, er wird ein Ruhmestag sein für die internationale Sozialdemokratie. Wir hoffen, dass er ein Ausgangspunkt neuer glänzender Leistungen der deutschen Sozialdemokratie werde. Den Sieg vom 12. Jänner 1912 wird die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich mit der gleichen Lebhaftigkeit feiern, als wenn es sich um den eigenen Wahlsieg handeln würde.

Rudolf Müller:

Die Kehrseite des Eigenhauses

Die ungeheure Wohnungsnot, welche die enormen Mietpreise zeitigte, hat berufene und noch mehr unberufene Faktoren angespornt, sich mit den Ursachen und Wirkungen dieser kapitalistischen Erscheinungen zu beschäftigen und Anregungen und Ratschläge zu deren Beseitigung oder Milderung zu geben. Gereimtes und Ungereimtes wurde zutage gefördert und der Oeffentlichkeit übergeben. Phantastische Pläne wurden geschmiedet und unerfüllbare Hoffnungen in den breiten Schichten der Bevölkerung wachgerufen. Jeder fühlte sich berufen, die Wohnungsnot nach seiner Art zu beseitigen. Es entstand ein Gründungsfieber für Baugenossenschaften, das geradezu beängstigend wird. Der bürgerlichen Vereine und Parteien bemächtigte sich eine auffallende Rührigkeit; aber auch die Arbeiterschaft ging mit grossem Ernste an die Errichtung solcher Baugenossenschaften, von denen sie meinte, dass dadurch über kurz oder lang der Hydra Wohnungsnot der Kopf zertreten würde. Hervorragende bürgerliche Politiker und staatliche Funktionäre errichteten eine Zentralstelle für Wohnungsreform und unterhalten eine Zeitschrift, die diesem Zwecke dient. Nach Inkrafttreten des Wohnungsfürsorgefonds schossen die Neugründungen von Baugenossenschaften wie Pilze nach lauen Regentagen hervor. Die amtliche Statistik zählte am 31. Dezember 1910 bereits 299 Baugenossenschaften in Oesterreich. Das Genossenschaftsregister für das laufende Jahr 1911 registriert zirka 150 neue Baugenossenschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftung. Sieht man sich ein wenig die Proponenten und Leiter dieser Genossenschaften an und forscht nach den Motiven dieser vielfachen Gründungen, so überkommt den Eingeweihten ein berechtigtes Angstgefühl. Diese fragwürdigen Gründungen aufzuhalten oder zu vermeiden stand ausserhalb der Machtgrenzen unserer Partei. Nur insoweit konnte der Einfluss geltend gemacht werden, als die Gründer Parteigenossen waren oder die Gründungen von Parteiinstituten ausgingen. Die Partei für das Uebernehmen aller möglichen Genossenschaftsgebilde verantwortlich zu machen wäre aus vielerlei Gründen ganz verfehlt.

Diese 450 Baugenossenschaften, wovon auf Wien 45 entfallen, haben nach ihren statutarischen Bestimmungen zwei verschiedene Betätigungsrichtungen gewählt, um zur Lösung der Wohnungsnot und des Wohnungselends zu gelangen. Ein Teil dieser Genossenschaften will auf Grund des Gesetzes vom 8. Juli 1902 auf genossenschaftlicher Basis unter Heranziehung und Mitwirkung der Gemeinden etc. Arbeiterwohnungen erbauen und an die Genossenschafter zu einem billigen Mietpreis abgeben. Der Mietpreis soll nicht höher angesetzt werden, als es die Verzinsung des aufgewendeten Kapitals nebst einem halben Prozent Amortisation verlangt. Diese Art von Wohnungsfürsorge ist nach meiner Ueberzeugung die vernünftigste und auch für Arbeiterverhältnisse die zweckmässigste. Der andere Teil der Genossenschaften will das Ziel mit dem Bau von Eigenhäusern erreichen. Diese Genossenschaften sind bei Werbung von Mitgliedern die lautesten. Sie biedern sich in ihren Beitrittserklärungen, Prospekten, Flugblättern und Zeitschriften sowie in Versammlungen in einer phantastischen Sprache an, erwecken undurchführbare und übertriebene, oft fast sträfliche Hoffnungen. Ich konnte mich beim Durchsehen dieser Schriften des Gefühls nicht erwehren, dass sich solche Genossenschaften bei Durchsetzung ihrer Ziele die Methoden des unlauteren Wettbewerbes zu eigen machten und teilweise auch praktizieren. Mit unverantwortlicher Seichtigkeit lassen sie in den Prospekten märchenhafte Villen aufmarschieren, die von vielen und mächtigen Bäumen beschattet sind und in deren Gärten sich Rassengeflügel und Kaninchen tummeln, so dass dem Leser das Wasser im Munde zusammenläuft und er in den Stosseufzer ausbricht: „Ach, wenn ich nur ein solch glücklicher Besitzer wäre!“ In den Flugblättern wird den Arbeitern weiters auseinandergesetzt, wie spielend leicht er durch seinen Beitritt zur Genossenschaft zu solch hübschem Häuschen und ebenso hübschem Garten kommen kann, wo sich seine Kinder volle und rote Wangen holen könnten. Und in die Veranda setzen sie den Proletarier mit seinem Hauskappchen und langer Pfeife, der behäbig sein Nachmittagschläfchen hält. An den Wänden laufen Weinreben, welche schwere und süsse Trauben tragen und die am liebsten von selbst in den offenen Mund des Besitzers spazieren möchten. Sobald man jedoch die Beitrittserklärung unterschrieben hat und die wirklichen Bedingungen, Zahlungen und Verpflichtungen erfährt, löst sich der Sommertraum in einen schlechten Fastnachtscherz auf. Dieser Art der baugenossenschaftlichen Tätigkeit müssen wir uns aus vielerlei Gründen entgegenstellen und den Arbeitern offen und frei sagen, dass die Vorteile, die zweifellos ein eigenes Heim für sich hat, durch schwere Nachteile oftmals aufgewogen werden. Vor allem müssen wir die Phrase zerstören, die immer wieder und selbst in ernsthaften Zeitschriften wiederkehrt, dass man in Einfamilienhäusern billiger wohnt wie anderswo, und weiter, dass bei Erwerbung eines eigenen Heims der Sparsinn (???) der Arbeiter gehoben, was als grosse volkswirtschaftliche Tat gepriesen wird. Ich gestehe ohneweiters zu, dass ein eigenes Heim in gesunder Lage wertvolle hygienische und lebensfrohe Vorteile bietet, wenn man imstande ist, die Kosten zu bestreiten. In der Nähe von Wien und auch in den meisten Städten der Provinz kostet ein unterkellertes, feuerfest gebautes Häuschen mit Zimmer, Kabinett, Küche und Vorraum nebst einem Garten in der Grösse der bebauten Fläche im Durchschnitt 10.000 bis 12.000 K. Nehmen wir auf die beiden Sätze des Hauses eine durchschnittliche Verzinsung von nur 5 Prozent nebst einem halben Prozent Amortisation, so ergibt dies eine Verzinsung von rund 550 K. Dazu kommen noch die unvermeidliche Prämie für eine dem Hauswert entsprechende Lebensversicherung, die von den meisten Genossenschaften gefordert wird, die Steuern, die Feuerversicherung, der Rauchfangkehrer, Wasser, Beleuchtung und Reparaturen, die grundbücherlichen Uebertragungs- und Lösungsgebühren und noch vieles andere, was ein Haus erfordert.

Welcher Arbeiter kann sich, ohne seine Lebenshaltung noch weiter einzuschränken, derlei Auslagen leisten? Beschränkt er sich ganz auf die Kaffee- und Kartoffelnahrung und schränkt er sich bei den Ausgaben für die Kleider und sonstigen unerlässlichen Lebenserfordernisse noch weiter ein, welchen Gegenwert und Vorteil bietet ihm dann das Eigenhaus noch als Ersatz für die Herabsetzung seiner ohnehin schon tief gedrückten Lebenshaltung? Da man Einfamilienhäuser nur an der Peripherie und zumeist ausserhalb

der Verkehrszone der Stadt baut, so muss zu den Auslagen das Abonnement der Bahn oder Strassenbahn oder beides zusammen für sich und eventuell für die Angehörigen noch zugeschlagen werden. Da der Arbeiter infolge der Entfernung zu Mittag nicht zum Essen fahren kann oder wegen des auszulegenden Geldes nicht fahren will, so kommt die Mittagsverköstigung, wenn sie noch so primitiv für einen schwer arbeitenden Mann bemessen wird, für den Tag auf mindestens 60 Heller, das ist im Jahr auf 180 Kronen zu stehen. Schwer arbeitende Menschen, die keine Hauptmahlzeit einnehmen können und sich längere Zeit mit minderwertigen Wurstwaren etc. behelfen, kürzen ihr Leben um ein Bedeutendes und dürften kaum das Glück haben, in 30 Jahren Eigentümer des „eigenen Heims“ zu werden. Das Gegenteil wird eintreten: Der Besitzer wird das frühzeitige Opfer seines Heims werden. Statt der vermutlichen Freude, Erholung und des erhöhten Glückes, das er sich von seinem Heim (das in 30 Jahren ihm gehören soll) erhoffte, kommt Kummer auf Kummer, eine Sorge löst die andere ab, bis er ein Opfer des Eigentumsfanatismus geworden ist.

Krankheiten, Sterbefälle etc. will ich gar nicht anführen, die ihn mit einem Schlag dauernd zahlungsunfähig machen können. So sehen die Dinge im Lichte der Tatsachen aus. Der Wert von Eigenhäusern lässt sich nicht durch schöne Schlagworte, sondern nur mit dem Bleistift und der Existenzmöglichkeit des Arbeiters ermitteln und bestimmen.

Ein sonst recht vernünftiger Parteigenosse, mit dem ich über die Angelegenheit sprach, gab die Richtigkeit meiner Gegenargumente zu, wendete jedoch ein, dass dieses Heim einmal das Erbteil seiner Kinder, an dem ihm viel gelegen sei, werden wird, und nur aus diesem Grund wolle er ein Haus. Wie steht es denn, du lieber Gott, in Wirklichkeit mit der Beerbung des Arbeiters? Die Familie wohnt in Purkersdorf, der Sohn geht in Wien in die Lehre und arbeitet als Gehilfe in Berlin, heiratet in Köln und lässt sich dort auch nieder. Bei den Töchtern trifft ähnliches gleichfalls zu. Die Lebensmöglichkeiten des Arbeiters lassen sich an kein Häuschen binden!

Das wären so in kleinen Umrissen die Nachteile, die das Eigenhaus für jeden einzelnen enthält.

Das Eigenhaus birgt aber auch noch andere, und zwar sehr schwere Gefahren für die gesamte Arbeiterschaft, die nicht übersehen werden dürfen. Es untergräbt die Solidaritätsbestrebungen und Organisationsmöglichkeiten der Arbeiterschaft und hebt das Klasseninteresse der Arbeiter zum Teil auf oder vermindert es. Je mehr Arbeiter bodenständig und an das Haus gekettet werden, desto mehr werden dem Klassenkampf Kämpfer entzogen, desto geringer sind die Aussichten, erfolgreiche Lohnkämpfe zu führen und gute Sozialpolitik zu machen.

Der Kleinhäusler in der Provinz ist das typische Beispiel für das Gesagte. Ich machte in meiner eigenen Organisation, der der Eisenbahner, vielfach die Wahrnehmung, dass die Bediensteten, die sich ein Eigenhaus anschafften, allmählich der Organisation fernblieben. Die Furcht, wegen der Zugehörigkeit zur Organisation und wegen des tatkräftigen Mitwirkens in ihr versetzt zu werden, treibt sie aus der Organisation. Auch die erhöhten Geldopfer tragen hiezu das ihre mit bei. Der Besitzer eines solchen Häuschens muss sparen, sehr sparen und er beginnt damit in der Regel bei seiner Berufsorganisation. Er weicht den Solidaritätsbestrebungen seiner Genossen in weitem Bogen aus, damit er „oben“ ja keinen Anlass zur Unzufriedenheit gibt, die ihn von seinem Haus trennen könnte. Genossen, die einst gute Ortsgruppenfunktionäre, politische Vertrauensmänner, Krankenkassenausschüsse etc. waren, ziehen sich zurück oder können der Entfernung halber nicht mehr am Vereinsleben teilnehmen. Bleiben sie dennoch bei der Organisation, so sind sie nicht mehr Kämpfer für die proletarische Sache, sondern nur Mitglieder auf dem Papier, mit denen unserer Sache nicht gedient ist. Sie brauchen nur in Mauer oder in Kagan zu wohnen, so werden sie alsbald durch die geänderten Verhältnisse ihrer Berufsorganisation und deren Bestreben entrückt und entfremdet. Die bürgerlichen und kapitalistischen Kreise wissen sehr genau, was sie mit der stetigen Propagierung der Bodenständigkeit des Arbeiters bezwecken wollen. Neben den tausenden Mitteln, die sie gegen die Arbeiterklasse anwenden, erscheint ihnen dieses als ein sehr wichtiges, um ihren Profit zu mehren. Wenn wir den Eigentumsfanatismus unserer Klassengenossen fördern, so heisst das den

Klassenkampf und das Klasseninteresse aufheben oder zu vermindern suchen. Ich bin der Meinung, dass die Partei noch viel Dringenderes zu tun hat, als einzelnen ihrer Mitglieder Eigenhäuser zu bauen, um damit den Gesamtbestrebungen der Partei Abbruch zu tun. Bauen wir vorerst die vorhandenen Konsumgenossenschaften aus und machen wir sie stark, bauen wir auch Häuser für Kleinwohnungen, bauen wir, wenn die Bedürfnisse vorhanden sind und die Verhältnisse es gestatten, auch Einfamilienhäuser; unternehmen wir alles, um die Wohnungsnot und Wohnungsteuerung zu lindern, um die Klassenlage zu heben.

Bauen wir aber vor allem zu Mietzwecken!

Die Hauptaufgabe unserer Partei muss darin bestehen, die Vorbedingungen zu schaffen, mit denen es möglich wird, billige Arbeiterwohnungen zu bauen. Die Durchsetzung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für die Gemeinden wird ein wirksames Mittel zur Förderung dieser Sache sein. Schaffung eines Gesetzes für Erbbaurecht, eines Expropriationsgesetzes für Baugründe, einer hohen Wertzuwachssteuer, die die Bauspekulation eindämmt, Regelung der wahnsinnig hohen Hauszins- und Gebäudesteuer und der autonomen Zuschläge, Bauerleichterungen für kleine Wohnungsbauten und Einfamilienhäuser sind die wichtigsten Voraussetzungen für eine fortschreitende Wohnungspolitik und einer gesunden Genossenschaftsbewegung. Da wir jedoch nicht warten können, bis das bürgerliche Parlament durch die Gebote der wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen sein wird, eine oder mehrere dieser Vorbedingungen zu schaffen, und da andererseits auch die industrielle Entwicklung zu solchen Genossenschaften drängen wird, haben wir dieser Bewegung nicht nur das grösste Augenmerk zu schenken, sondern uns dieser auch anzunehmen und sie dann tatkräftigst zu fördern. Wir dürfen aber diese Art der Genossenschaftsbetätigung weder überschätzen noch unterschätzen. Stets aber müssen wir uns von dem Gedanken leiten lassen, durch Einrichtungen, die wir schon besitzen und zu denen wir noch durch die Entwicklung gelangen werden, den Klassenkampf nicht zu verwässern. Wie die Erfahrung lehrt und die Praxis bestätigt, haftet dem Besitz als hervorstechendes Merkmal an, das Klassenbewusstsein zu verwischen oder ganz aufzuheben.

Wer dem Klassenkampf durch seine Tätigkeit als Parteigenosse Abbruch tut und ihn abschwächt, kann als Sozialdemokrat nicht angesehen werden.

Heinrich Wisiak (Aussig):

Bildungsmittel für Arbeiter

Unser auf so viel kulturelle Errungenschaften stolzes Zeitalter lässt nicht das gesamte Volk, die ganze Nation gleichmässig an ihnen teilnehmen. Seit den Zeiten, da die wirtschaftliche Entwicklung eine soziale und wirtschaftliche Ungleichheit mit sich brachte, da sie die Gesellschaft in Herrschende und Beherrschte, Ausgebeutete und Ausbeuter schied, wurde auch eine Ungleichheit in der Möglichkeit des Erwerbens von Wissen und Bildung für die die Gesellschaft jeweilig bildenden Klassen stabilisiert. Wie in der Zeit des ursprünglichen Wirtschaftskommunismus die Scheidung in mehr oder minder Begüterte oder Enterbte fehlte, wie alle gleiche Arbeit traf, hatten alle auch gleichen Anteil am Genuss alles Vorhandenen, eben auch an jenem geringen Mass von Bildung, das ihrer Zeit eigen war. Soziale und politische Gleichheit ergänzten sich notwendig durch den gleichen Anteil am kulturellen Leben der Gemeinschaft. Das Mittelalter sieht eine Klassenherrschaft, das Volk gespalten in die Klasse der frönenden Bauern und der über sie herrschenden Ritter und Fürsten. Was jene Zeit an kulturellen Errungenschaften aufzuweisen hat, ist schon nicht mehr Besitztum des ganzen Volkes. Der Bauer hat nicht Teil an dem, was höfische Dichter für die Ritterschicht schaffen, er hat nicht Teil an deren Spielen. Wohl vermehrt jede soziale Umwälzung die Zahl derer, die dem kulturellen Leben der Nationen angegliedert werden: das Ende des Mittelalters sieht kulturelles Leben in den wachsenden Städten, sieht als deren Teilhaber einen

grossen Teil der Bevölkerung dieser Städte, als ihre Ausgeschlossenen aber doch wieder die sozial Tiefstehenden. Mehr Wissen und Bildung, als sie der mittelalterliche Proletarier sein Eigen nannte, mussten auch die im modernen kapitalistischen Staat Herrschenden dem sozial Tiefstehenden einräumen. Der Kapitalismus mit seiner vervollkommenen Technik braucht auch Arbeiter, die zu ihrer Arbeit ein genügendes Mass der verschiedensten Kenntnisse mitbringen; der moderne Staat braucht, sollen seine Anordnungen verstanden werden, eine mit entsprechendem Wissen ausgestattete Bevölkerung; die moderne Kriegstechnik erfordert gegebenenfalls von jedem Mann selbständige Tätigkeit, die nur möglich ist auf einer entsprechend hohen Bildungsstufe. Ein Aufsteigen auch des Proletariats zu höheren Bildungsgraden lag also selbst im Interesse der herrschenden Gewalten, so wie es in ihrem Interesse liegt, dass der Bauer des entlegensten Dörfchens den Inhalt der dem Gemeindeamte überreichten Kundmachung verstehe, deren Willen erkenne, die Tragweite aller Massnahmen abschätzen könne, wenn es darin heisst: in einem Gehöft wurde bei Schweinen Rotlauf konstatiert, das Gehöft ist gesperrt, laut § 16 und 17 des Tierseuchengesetzes obliegt allen die Anzeigepflicht verdächtiger Symptome bei ihren Schweinen, es wird eine Schutzimpfung empfohlen. Es ist also keine Frage, dass der Bauer in der weltvergessensten Gegend, dass der Proletarier von heute, dass sie kulturell ungleich höher stehen wie der Bauer des Mittelalters und der Handwerksgehilfe jener Zeit. Wie aber trotz der Lohnerhöhungen der Abstand zwischen der Lohnsumme der Arbeiter und dem Mehrwerteinkommen der Unternehmer immer grösser wird, so ist der Abstand zwischen dem, was das kulturelle Leben der herrschenden Klasse heute ausmacht und dem, was davon zum Proletariat herabrieselt, grösser als er je war.

Oesterreich hat heute ein demokratisches Wahlrecht zum Reichsparlament. Dieses demokratische Wahlrecht zwingt alle politischen Parteien dieses Staates, die ihr Leben erhalten wollen, sich um jeden Mann aus der Millionenwählerschar zu bemühen. Das kann persönliche Arbeit, Arbeit von Mann zu Mann, sein; dazu muss aber treten: die Bearbeitung durch Zeitungen, Broschüren und Flugblätter, durch den Agitator in der Volksversammlung. Durch diesen politischen Kampf um jeden Mann wird viel kulturelle Arbeit geleistet; wer könnte das bezweifeln? Ist aber bei allen, an die sich da die Agitation wendet, die gleiche Vorbedingung zum Verständnis der auf ihn einströmenden Argumente gegeben? Werden alle, kraft ihres Wissens, gleich richtig abschätzen können, was eines ehrlichen Mannes Rede oder eines Demagogen Phrasenreihe ist? Ja werden denn alle zu erwägen vermögen — und weniger zu verlangen sollte nicht denkbar sein — was unter den für sie gegebenen Verhältnissen ihr Interesse erheischt? Für viele Zehntausende, die erst unlängst wieder zur Wahlurne geschritten sind, müssen diese Fragen mit Nein beantwortet werden. Und ist dieses Resultat nicht eine notwendige Folge der Verhältnisse unseres Klassenstaates, der die Mehrheit in sozialer Knechtung hält und sie mit einem Brosamen der reichen Bildung abspeist, die ihre Beherrscher haben können, ihnen ein Kulturleben letzter Güte innerhalb der Nation anweist?

Aus tiefstem körperlichen Elend, härtester Ausbeutung, geistiger Rückständigkeit hat im besonderen die moderne Arbeiterbewegung die Arbeiterklasse emporgeführt zu jener Stellung, die ihr heute in allen kapitalistischen Staaten eignet, ohne die unermesslich grossen Leistungen der Organisationen der Arbeiterschaft, ohne die Kämpfe um Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung, das heisst auch um ein grösseres Stück Kulturleben; ohne das mächtige, schliesslich erfolgreiche Ringen auf politischem Gebiet als organisierte Arbeiterpartei befände sich die Arbeiterschaft in verzweiflungsvoller Abhängigkeit von ihren Ausbeutern, weil auch aller sozialen und politischen Einsicht bar. Wer vermag abzuschätzen, welche Riesensumme von Arbeit in Versammlungen, Vortragsabenden, Unterrichtskursen, durch die Presse und die sozialistische Literatur im Laufe der Jahrzehnte geleistet wurde? Diese Erziehungsarbeit befähigte auch erst die Arbeiterklasse zum politischen Kampf, in dessen Mittelpunkt, kann man wohl sagen, sie heute, da sie sich im politischen Kampf politische Rechte errang, steht. Und nun wird um jeden Mann dieser Klasse so oder eigentlich viel intensiver gerungen denn um die Angehörigen anderer Gesellschaftsklassen. Da hat uns die letzte Reichsratswahl belehrt,

dass nun erst recht die Bildungsarbeit der Organisationen der Arbeiterklasse einzusetzen, dass die primitivste Aufklärungsarbeit, die Hunderttausende in unsere Organisationen führte, an anderen Hunderttausenden zu verrichten ist.

In einer grossen Zahl von Wahlkreisen, in denen die Gegner unserer Bewegung im Ringen von Mann zu Mann besondere Anstrengungen machten und in der Wahl der Argumente besonders skrupellos waren, vor allem in den deutschen Gebieten der Sudetenländer, gelang es ihnen mit demagogischen Phrasenreihen über ehrlicher Männer Reden zu siegen, Tausende zu betören, dass sie das politische Harakiri an sich vollziehen, wider ihr ureigenstes Interesse handeln. Das war doch nur möglich, weil sie der Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, dessen was geschehen und werden soll, entbehrten, weil sie den Freund vom Feind nicht unterscheiden konnten, auf Grund des mangelnden Verständnisses für deren Wollen, Tun und Lassen. Da drängt sich denn von selbst die Frage auf: Welche Mittel sind zu ergreifen, um die fehlenden Massen der Arbeiterschaft der modernen Arbeiterbewegung zuzuführen, um aus Schwankenden in ihrer Ueberzeugung feste Genossen zu machen, wie ist die bisherige Erziehungsarbeit fortzusetzen an denen, die bisher daran teilgenommen? Es macht letzteres wohl keine Schwierigkeiten und bedarf keiner neuen Mittel. Es ist schwerer, die, die die Arbeiterbewegung nur wenig kennen, ganz mit ihrem Wesen, ihrem Wollen vertraut zu machen. Oft genug wurde die Erfahrung gemacht, dass grosse Massen nicht einmal zu verdauen vermögen, was ihnen die leicht geschriebenen Wahlbroschüren boten. Für diese Masse sind Vorträge meist von gleicher Wirkung. Sie sind mit allen Vorgängen vertraut zu machen im persönlichen Verkehr, auf sie wirkt leichter ein Flugblatt, je kürzer je besser, das ihnen zu erläutern noch wichtig scheint. Diese Art der Information von wichtigen Ereignissen und eine Erläuterung ihrer Bedeutung, eine kurze Besprechung, wer sich als Freund und wer als Feind der Arbeiter kundtat, scheint ein selten angewandtes Erziehungsmittel, ein fast stets zu spät angewandtes. Die Zeitung informiert und auch rasch; dringt aber ihr Wort zu jenen, die nicht schon fest und unerschütterlich in den Reihen der Arbeiterbewegung stehen? Dringt zu ihnen das Wort des Agitators? Nein! Dass zu ihnen dringe der Inhalt kurzer Flugschriften, liegt in unserer Hand. Geschieht es rasch nach dem Ereignis, kann die Wirkung nicht ausbleiben, die zweifelhaft wird, wenn von dem ehemaligen Ereignis nach mehreren Jahren die Rede ist. Und die Wirkung der kurzen Mitteilung der arbeiterfeindlichen Handlung dieser oder jener Partei nebst ihrer Bedeutung ist zweifellos auch von stärkerer Wirkung als die Besprechung der Frage in einem Leitartikel, selbst wenn er zu allen, auf die es ankommt, dringen würde. Das ist bei der grossen Zahl derer, die in den traurigsten sozialen Verhältnissen leben und damit geringere Bildungsgrade verzeichnen, keine unverständliche Erscheinung. Und sollte dem nicht auch der Vorteil zugute kommen, dass die in Betracht Kommenden sehen, dass, obwohl sie nicht Mitglieder der Partei sind, die Partei unablässig für sie wirkt, eben weil sie eine Arbeiterpartei ist? Dieser stete Aufklärungsdienst muss der Demagogie viel Raum nehmen, das Ringen um das Hirn jedes Mannes darf nicht jahrelang aussetzen, es muss stets vor sich gehen, soll es wirklich erfüllt werden mit den Ideen, die die Arbeiterbewegung propagiert. So werden diese Abseitsstehenden reif für die Organisation als Denkende, reif für den Vortrag, den Unterrichtskurs, das nutzbringende, verständnisvolle Lesen unserer Zeitungen und Broschüren. All diese Bildungsmittel mehr denn bisher angewendet von den Vertrauensmännern der Organisationen, wird diese im nötigen Umfange befähigen, die geschilderte primitive Erziehungsarbeit zu ergänzen durch die nicht minder wertvolle persönliche Erläuterung.

Weite Gebiete für die Arbeiterbewegung, die Erkenntnis ihres Wesens und ihres Wollens, des Verständnisses für ihre Taten, liegen noch brach. In die agrarischen Gegenden, in arme Gebirgsgegenden dringt das Verständnis für die sozialdemokratischen Lehren nicht ein, trotzdem es an dem aufnahmefähigen Boden nicht fehlt. Die Bevölkerung ist zu arm, als dass sie am kulturellen Leben der Nation selbst nur in jenem bescheidenen Masse teilnehmen könnte wie das städtische Proletariat. Ihr bleiben, da zu teuer, auch Zeitungen versagt. Es wurde im „Kampf“ die Schaffung eines sozialdemokratischen Kreuzerblattes, eines Wochenblattes, angeregt, sei es, dass die Reichsorganisation eines, sei es, dass die Landesorganisationen mehrere schaffen. Es hat inzwischen der Inns-

brucker Parteitag die Herausgabe des Zweihellerblattes „Das Volk“ beschlossen, seine Verbreitung ist bereits in die Wege geleitet. Mit dieser billigen Waffe ist ein Eindringen in wirtschaftlich rückständigste Gebiete, ein Erobern der Geister auch dort möglich, wo es bisher nicht möglich war.

Völlig gleiche Teilnahme aller Nationsangehörigen am nationalen kulturellen Leben ist erst möglich bei völliger sozialer Gleichheit, wird verwirklicht werden durch den Sozialismus. Die Arbeiterbewegung hat breiten Massen der sozial Tiefstehenden einen grösseren Anteil am kulturellen Leben ihrer Nation in jahrzehntelanger Arbeit erkämpft, als die Herrschenden aus eigenem Antrieb dieser Klasse vermittelt hätten. Die besitzende Klasse benützt nun, da die Demokratie allen politische Macht verleiht, den Umstand, dass sie dem Proletariat in Hinsicht auf kulturelles Leben eine Aschenbrödelrolle zuwies, um ihn durch skrupellose Demagogie auszunützen zur dauernden politischen Beherrschung des Proletariats. Aber selbst innerhalb des Proletariats einer Nation nehmen nicht alle gleichen Anteil am kulturellen Leben, stehen viele noch nicht auf jener Stufe, die das klassenbewusste Proletariat inne hat. Um diesen Massen höhere Bildungsgrade zu vermitteln, ist nun zu arbeiten. Mit Mitteln, wie sie hier genannt wurden, Mitteln primitivster Art vorerst. Dann ist die bewährte Reihe von Bildungsmitteln anzuwenden möglich, die zu unserem Rüstzeug stets gehörten, jetzt in vermehrtem Umfang auch für jene zu gebrauchen, die auf der Stufenleiter kulturellen Lebens schon höher geklommen sind.

Adolf Reitzner (Bodenbach): **Wie es einst war**

Genosse Franz Uhlik (Graupen) veröffentlichte „Rückblicke“ in Heft 1 des laufenden Jahrganges des „Kampf“, eine Schilderung über Vorkommnisse aus der Arbeiterbewegung der dortigen Gegend und bemerkte zum Schlusse: „Was in dieser Episode von der einen Gegend und von einzelnen Genossen erzählt ist, hat sich auch an zahlreichen anderen Orten und bei anderen Menschen zugetragen.“ Was Uhlik da sagt, trifft auch für den Bezirk Tetschen zu und es soll im nachstehenden ein kleiner Teil der Parteilgeschichte Nordwestböhmens der Vergessenheit entrissen werden und eine kurze Schilderung erfahren.

Die Arbeiterbewegung im Bezirke Tetschen hat bereits eine langjährige Geschichte, ihre Anfänge reichten bis in die Sechzigerjahre zurück und wechselvoll ist ihre Entwicklung. Schon die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereines und die Agitation Lassalles warfen ihre Wellen über die Grenzpfähle herüber. Waren es anfänglich auch nur Reichsdeutsche, die sich zu geheimen Besprechungen zusammenfanden, so erwachte das Interesse einer Anzahl von Arbeitern der hiesigen Gegend doch bald und das Wort Giskras: „Bei Bodenbach hört die soziale Frage auf“, hatte seine Richtigkeit verloren. Die Behörden blieben aber auch nicht untätig, die lästigen Ausländer wurden ausgewiesen und die Ruhe war wieder hergestellt. Im Jahre 1867 besuchte Hasenclever Tetschen und sprach in einer Versammlung, die zur Gründung eines Arbeiter-Fortbildungs- und Unterstützungsvereines auf Lassalleianischer Grundlage führte. Dieser Verein geriet aber bald in ein anderes Fahrwasser, und die statutarischen Bestimmungen, die Vorträge und Vorlesungen festsetzten, wurden beseitigt. Die etwas später in Ullgersdorf und in Tetschen gegründeten Bildungs- und Unterstützungsvereine wurden ebenfalls in kurzer Zeit in Krankenunterstützungs- und Beerdigungsvereine umgemodelt, als welche sie so wie der Bodenbacher heute noch bestehen.

Als am 13. Dezember 1869 in Wien die Arbeiter das Koalitionsrecht in einer machtvollen Demonstration forderten, blieb der Bezirk Tetschen von dieser Bewegung nicht unberührt. Im Parlament wurde am 18. Dezember 1869 eine Petition der Gemeinden des Haidaer Bezirkes um schleunige Einführung des Reichsratswahlrechtes überreicht. Am 20. Dezember überreichte Dr. Roser eine Petition der Gemeinde Franzenthal um Gewährung des Koalitionsrechtes und Einführung des direkten Reichs-

ratswahlrechtes sowie eine Petition von Arbeitern des Bezirkes Tetschen, in welcher auch noch die Aufhebung des Konkordats und der geistlichen Orden verlangt wurde.

Am 16. Juni 1880 wurden die Statuten des Fortbildungsvereines in Wernstadt nach mehrmaliger vergeblicher Vorlage endlich genehmigt. Das treibende Element zur Gründung dieses Vereines war Genosse Longin Gampe, der heute nicht mehr unter den Lebenden weilt. Ihm schlossen sich Josef Richter, Franz Militzky und andere an. Der Verein befand sich eine geraume Zeit im seichten Fahrwasser des Liberalismus und nur langsam vollzog sich der Umschwung zur sozialistischen Auffassung. Schiller-Seff hielt Vorträge im Verein, und trotz des Austrittes der zaghaften und schwankenden Elemente wuchs die Mitgliederzahl stetig. Bald wurde die aufkeimende Arbeiterbewegung den Fabrikanten und bürgerlichen Spiessern unangenehm. Die Tätigkeit Schiller-Seffs klärte die industrielle Arbeiterschaft des Polzentaales auf, es entstanden Streiks, die eine Ueberwachung und Verfolgung der führenden Genossen nach sich zogen. Die Zeit der Hausdurchsuchungen, Verfolgungen und aller möglichen Drangsalierungen begann, um die aufkeimende Saat des Sozialismus zu ersticken und niederzutampeln. Die Gendarmerie war mit fieberhaftem Eifer am Werke, um die Sozialisten zu verfolgen und einzuschüchtern. Es war eine wilde Jagd, die in Szene gesetzt wurde, um den Geist des Sozialismus auszurotten. Doch dieser liess sich nicht fesseln, er liess sich auch nicht mehr verbannen. In der Nacht oder am frühesten Morgen wurden die bekannten Genossen aus den Federn gejagt, Kisten und Kasten umgestürzt, alle Winkel durchstöbert, Bücher, Schriften, jeder Buchstabe Gedrucktes mit Beschlag belegt. Die Gendarmerie wurde durch die Schergendienste, die die Postämter und Fabriksangestellten bereitwilligst leisteten, kräftigst unterstützt. Aber auch unter den Arbeitern gab es ehrvergessene Charaktere, die ihre kämpfenden Mitarbeiter, ihre Brüder, gleich dem Judas Ischariot verrieten und ans Messer lieferten. Jeder Hausdurchsuchung folgte gerichtliche Einvernahme beim Bezirksgericht in Bensen oder Tetschen und es verging selten eine Woche, wo man nicht einen ganzen Trupp Sozialisten nach einem dieser Orte marschieren sah. Jedes Wort wurde belauscht und aufnotiert und unbedeutende Kleinigkeiten konnten zur Verfolgung führen. Im Jahre 1882 trug Genosse Hübner auf einem Balle in Steinsdorf einen Prolog, Genosse Reinisch ein Gedicht: „Der Zeitgeist“, das dem k. k. Finanzwachkalender entnommen war, vor, und auch diese Vorträge führten zu Hausdurchsuchungen und zu Einvernahmen beim Bezirksgericht Tetschen. Genosse Hübner besonders musste sich die Durchstöberung seiner Effekten mehrmals gefallen lassen, so am 22. Jänner 1882, 8. Mai und 9. Juli 1884, an welchem letzterem Tage er auch durch die weise Fürsorge des Staates in die liebevolle Verpflegung des Prager Landesgerichtes genommen wurde.

Die Post, die sich der Polizei zur Verfügung stellte, lieferte jedes Paket, das an Personen, die im Geruche des Sozialismus standen, kam, dem Gerichte aus. Schuhmacher Wolf in Königswald erhielt von Prag Stolataxordnungen. Bevor jedoch das Paket in seine Hände kam, erhielt er von der Bezirkshauptmannschaft in Tetschen eine Vorladung und musste sich der Schriften halber einem Verhör unterwerfen. Wolf wurde auch befragt, ob Gelder nach Franzenthal, wo ein Streik der Textilarbeiter ausgebrochen war, gesendet werden. Tatsächlich hatte Hübner durch Anton Wolf 8 fl. 25 kr. an Florian Möser in Franzenthal gesendet, welcher Betrag aber seinen Bestimmungsort nie erreichte. Unerschütterlich, mit grosser Opferwilligkeit, an der sich jeder Genosse ein Beispiel nehmen sollte, ertrugen die damaligen Genossen alle Strapazen und Verfolgungen, ihr Mut, ihre Energie waren nicht zu brechen. Im Jahre 1884 wurde endlich zum entscheidenden Schlage gegen die Sozialdemokratie, deren Zweck nach der Ansicht des Bürgermeisters Giskra mit den Institutionen des österreichischen Kaiserstaates unvereinbar sei, ausgeholt. Die Zeit der grimmigsten Verfolgung begann, Verhaftung auf Verhaftung erfolgte und namenloses Elend wurde über zahlreiche Familien von „Rechts wegen“ verhängt. Unmittelbaren Anlass zu dieser schärfsten Verfolgung bot wohl der im Frühjahr 1884 ausgebrochene Streik der Textilarbeiter im Polzentaale, an welchem nahezu 10.000 Arbeiter beteiligt waren. Im Streikgebiet war zur Sicherheit des bedrohten Staates massenhaft Militär angesammelt und es wurde, als man zur Verhaftung einiger bekannter Sozialisten schritt, zur Assistenz herangezogen. Am Morgen

des 27. März 1884 bemerkte der in Neuhäusel, der heutigen Arbeiterkolonie in Theresienfeld bei Bensen, wohnende Eduard Jaksch (heute Gastwirt in Franzenthal), dass sich 60 bis 80 Mann Infanterie gegen sein Wohnhaus zu bewegten und vor demselben Posto fassten. Eine Abteilung begab sich in die Wohnung Jaksch', der verhaftet und nach Bensen eingeliefert wurde. Vor Jaksch gingen zwei Infanteristen, einer zur rechten und einer zur linken Seite und im Rücken war Jaksch durch einen Gefreiten und einen Gendarmen vor einem feindlichen Ueberfall gesichert. In Bensen angekommen, erwartete eine Abteilung Infanterie unter Führung eines Leutnants den Verhafteten und es erfolgte das Kommando: „Bajonett auf! Scharf geladen!“ Dem Verhafteten wurde bedeutet, dass er bei dem leisesten Fluchtversuch unbarmherzig zusammengeschossen wird. Mit einem zweiten Genossen namens Hackl zusammengeschlossen, erfolgte die Eskortierung durch die Stadt. Beide Genossen wurden nach Prag eingeliefert und volle vier Monate in Untersuchungshaft gehalten. Unmittelbar nach diesen Verhaftungen wurde der Fabrikarbeiter Rustler aus Bensen eingezogen, zu sechs Wochen Arrest verurteilt und ausgewiesen. Tischlermeister Janich aus Wernstadt musste den Tag nach seiner Hochzeit eine Arreststrafe antreten. Von Bensen wurden weiter der Obmann eines tschechischen Vereines, Johann Mataushek, und Franz Militzky nach Prag geschafft. Nach vierwöchiger Untersuchungshaft erhielt ersterer sechs Wochen, letzterer vier Wochen Arrest. Die Verfolgungen erzeugten eine radikale Bewegung, die sich in der Sprengung eines Briefkastens mit Dynamit beim Postamt in Bensen äusserte. Ausser der Zertrümmerung einiger Fensterscheiben wurde weiter kein Schaden angerichtet. Als der Tat verdächtig wurde ein Rauchfangkehrergehilfe eingezogen. Da die Untersuchung ergebnislos blieb, wurde er entlassen und an seiner Stelle ein gewisser Daroba, bei welchem der Rauchfangkehrergehilfe am kritischen Abend übernachtet hatte, eingezogen. Doch auch dieser musste freigelassen werden.

In Tetschen wurde der Genosse Brabeč vom Gendarmeriewachtmeister Kaiser verdächtig, die in London erscheinende „Freiheit“ zu beziehen. Obzwar eine Hausdurchsuchung ergebnislos verlief, wurde Brabeč doch durch volle sechs Monate in Untersuchungshaft gehalten. Ein Freund, der das Geld von Brabeč in Aufbewahrung hatte, sendete es auf dessen Ansuchen nach Prag. Sofort hatte auch dieser Hausdurchsuchung. Genosse Franz Rösler aus Wernstadt, nun in Bodenbach als Beamter der Aussiger Allgemeinen Krankenkasse tätig, wurde im Frühjahr des Jahres 1884 ebenfalls verhaftet und von Bensen in Ketten geschlossen nach Prag geschafft. Nach dreieinhalbmonatiger Untersuchungshaft wurde er zu vierzehn Tagen Arrest verurteilt. Am 30. November wurde dieser Genosse neuerdings verhaftet und mit ihm die Genossen Josef Richter, Josef Heller, Vinzenz Schubert, Ferdinand Walter und Eduard Wedrich, sämtliche aus Wernstadt. Diesmal wurde Genosse Rösler freigesprochen, von den übrigen erhielt jeder einen Monat Kerker aufgebrannt.

Es dürfte von Interesse sein, einige Einzelepisoden aus der Fülle der Gesamtheit herauszugreifen, Episoden, die einen tiefen Einblick in das Wesen der damaligen Kämpfe und der Anschauungen, denen die Staatsanwälte, die Polizei und die Richter huldigten, gewähren. Es sei da eine Anklageschrift herausgegriffen und auszugsweise veröffentlicht:

Nr. E. 8928 Anklageschrift der k. k. Staatsanwaltschaft in Prag gegen Josef Hackel, Fabrikwächter in Franzenthal; Eduard Heller, Weber in Franzenthal; Eduard Jaksch, Weber in Franzenthal; Rudolf Wedlich, Schneidermeister in Falkenau, und Karl Hübner, Fabrikarbeiter in Königswald, wegen Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung durch Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft. Die Staatsanwaltschaft erhebt gegen die Genannten die Anklage, dieselben seien als Inländer Mitglieder einer Vereinigung mehrerer Personen zum Behufe der geheimen Organisation und Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, deren Dasein der Obrigkeit absichtlich verborgen gehalten wird, und haben sich hierdurch des in den §§ 285, 286 lit. a und 287 lit. c St.-G. bezeichneten, nach § 289 St.-G. strafbaren Vergehens der Teilnahme einer geheimen Gesellschaft schuldig gemacht.

Zur Hauptverhandlung wird beantragt, dass eine Menge Protokolle von Zeugen, Anzeigen der Gendarmerie, Beschlüsse der Gerichte, Noten der Bezirkshauptmannschaften, unter anderem auch eine der Bezirkshauptmannschaft Tetschen vom 29. Februar 1884, Z. 60, samt zwei aus Budapest an Franz Hackel und Eduard Jaksch ein-

gelangten Briefen, sowie die bei Haus- und Personsdurchsuchungen saisiierten Schriften und Druckwerke vorgelegt werden. Die Gründe lauten:

In der Nacht vom 8. zum 9. Dezember 1883 wurde in Bensen sowie in mehreren umliegenden Ortschaften die hochverräterische Flugschrift: „Ein Mahnruf an das Volk“ in zahlreichen Exemplaren ausgestreut vorgefunden und wurde der Verdacht der Weiterverbreitung auf den als eifrigen Sozialisten bekannten Fabrikwächter Josef Hackel in Franzenthal gelenkt, weil derselbe am 8. Dezember 1883 abends im Wirtshause des Wenzel Prautsch in Klein-Schorkau gewesen ist und am anderen Morgen darauf am Zaune des Wirtshausgartens auch ein Exemplar der obbezeichneten hochverräterischen Flugschrift an einem Faden aufgehängt vorgefunden wurde. Es wurde deshalb am 15. Jänner 1884 bei Hackel eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei zwar kein Exemplar der obbezeichneten hochverräterischen Flugschrift, jedoch zahlreiche andere sozialistische Druckwerke, wie die verbotenen Flugschriften: „Epistel an die Dummen“, „Die Lösung der sozialen Frage von Johann Most“, „Der Hochverratsprozess und die Affäre Merstallinger“, „Der Nationalitätsdünkel“, ferner eine ganze Reihe sozialistischer Zeitschriften, wie „Freiheit“, „Sozialpolitische Rundschau“, „Volksstimme“, „Freie Zeitung“, „Volksfreund“, „Gleichheit“, „Arbeiterfreund“, „Nemesis“, „Der Sozialist“, „Die Wahrheit“, „Zukunft“, sowie mehrere bedenkliche Korrespondenzen, namentlich das Konzept eines Schreibens de dato Franzenthal, 5. Jänner 1884 und Briefe des Rudolf Wedlich, Ignaz Hegenbart und Uhlich vorgefunden wurden. Weiters hat sich Hackel auch an dem letzten grossen Arbeiterstreik, welcher am 3. April 1884 in Bensen und Umgebung in 19 verschiedenen Etablissements ausgebrochen ist, beteiligt, und wurden aus Anlass dieses von der geheimen sozialistischen Propaganda inszenierten Arbeiterstreiks bei zahlreichen sozialistischer Umtriebe verdächtigen Personen des Bensener und Tetschener Gerichtsbezirkes eingehende Hausdurchsuchungen vorgenommen, bei welchen auch noch im Besitze des Eduard Heller, Eduard Jaksch, Rudolf Wedlich und Karl Hübner zahlreiche kompromittierende Druckwerke und Schriftstücke sozialistischer Tendenz vorgefunden wurden, wie bei Ed. Heller die genannten Zeitungen, verschiedene sozialistische Gedichte und Briefe vom bekannten sozialistischen Agitator Josef Schiller und dem nach Amerika ausgewanderten Sozialisten Anton Hegenbart; bei Eduard Jaksch zwei Postpakete, wovon das eine 46, das andere 26 Exemplare der Nummer 13 der Zeitschrift „Der Radikale“ enthielt, ein Notizbuch mit sozialistischen Notaten; bei Rudolf Wedlich die genannten sozialistischen Zeitschriften, die Broschüren „Betrachtungen über den Normalarbeitstag“ von Johann Most, „Die Frau und der Sozialismus“ von August Bebel, „Nieder mit den Sozialdemokraten“, „Die Reden Bebels“, geschriebene Notizen, sowie ein unter Glas eingerahmtes und aus einer Zeitung herausgeschnittenes Telegramm betreffend die im Dezember 1882 in Prag abgehaltene Sozialistenhauptverhandlung gegen Josef Schiller und Komplizen; bei Karl Hübner die sozialistischen Zeitschriften, die Statuten zahlreicher Arbeiter-Bildungsvereine, verschiedene Broschüren von Ferdinand Lassalle, ein „Wegweiser“ zur Gründung von Arbeitervereinen nebst verschiedenen sozialistischen Korrespondenzen.

Schon der Besitz dieser zahlreichen sozialistischen Druckwerke lässt den Verdacht gerechtfertigt erscheinen, dass sämtliche Angeklagte ebenfalls Mitglieder sind der Vereinigung mehrerer Personen zum Behufe der geheimen Organisation und Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, deren Dasein der Obrigkeit absichtlich verborgen gehalten wird und deren Existenz bereits durch zahlreiche strafgerichtliche Untersuchungen und Urteile sichergestellt worden ist. Dieser Verdacht stellt sich um so begründeter heraus, wenn erwogen wird, dass 1. Josef Hackel, wie aus einem bei ihm vorgefundenen Briefe eines gewissen Uhlich aus Magdeburg hervorgeht, sich schon seit Jahren mit der Weiterverbreitung und dem Verkaufe von sozialistischen Druckschriften befasst, dass derselbe in der Scharfensteiner Fabrik Gelder für die Familien der Inhaftierten gesammelt und an die Redaktion des „Radikalen“ in Reichenberg gesendet hat, dass unter der Adresse Franz Hackel am 19. Februar l. J. aus Budapest die Nummer 1 der anarchistischen Zeitschrift „Die Zukunft“ und ein aufreizendes Gedicht „An Seine Exzellenz den Minister Taaffe“ einlangten, dass Hackel nach den Noten der Bezirkshauptmannschaft Tetschen und der Polizeidirektion in Prag einer der hervorragendsten sozialistischen Agitatoren im nördlichen Böhmen ist, welcher, vertraulichen Mitteilungen zufolge, auch die hochverräterische Flugschrift „Ein Mahnruf an das Volk“ ausgestreut haben soll; 2. Eduard Heller die Organe der sozialrevolutionären Arbeiterpartei hielt, für die inhaftierten Sozialisten Geldsammlungen veranstaltete, dass derselbe nach den vorgefundenen Korrespondenzen in nahen Beziehungen zu Josef Schiller stand und als eifriger Sozialist bekannt ist; 3. Eduard Jaksch das Gedicht „An Seine Exzellenz“ im verschlossenen Kuvert erhielt, auf die radikalen Arbeiterblätter abonniert war, an den Geldsammlungen beteiligt war und sogar von dem mitangeklagten Josef Hackel als ein zur radikalen Partei hinneigender Sozialist bezeichnet wird; 4. Rudolf Wedlich als Gründer und Führer der sozialistischen Partei im Gerichtsbezirke Haida gilt, welcher seine Agitationen unter den Glasarbeitern ununterbrochen fortsetzt, sowie dass derselbe Obmann des Arbeitervereines in Falkenau ist, ferner eine Geldsammlung für die Streikenden veranstaltet hat, dass er demonstrativ das oben erwähnte Telegramm in Goldrahmen aufgehängt hatte; 5. Karl Hübner als notorischer Sozialist von jeher bekannt, dass derselbe für die streikenden Arbeiter Geldsammlungen veranstaltete, dass die vorgefundenen Statuten darauf hindeuten, dass er sich angelegentlich mit der Organisation von Arbeitervereinen befasst, dass derselbe mit dem wegen sozialistischer Umtriebe abgeurteilten Josef Michel aus Teplitz Beziehungen unterhalten hat, dass derselbe auch als Delegierter zu der am 28. Mai 1884 abgehaltenen Generalversammlung der Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse in Aussig gewählt wurde, bei welcher Versammlung die als hervorragend bekannten und abgestraften Sozialisten

Eduard Zeller und Josef Hortig den Vorsitz führten und der ebenfalls abgestrafte Sozialist Gustav Feix als Schriftführer fungierte. Prag, am 5. Juli 1884.

In nicht minder krausen Verschlingungen wie die Anklageschrift ist auch das Urteil abgefasst. Die Richter teilten die Ansicht des Staatsanwaltes und nahmen an, dass schon durch die strafgerichtlichen Untersuchungen allein das Dasein einer geheimen Verbindung erwiesen ist. Weil also vermutet wurde, dass eine geheime Verbindung bestehe und deswegen Untersuchungen gepflogen wurden, nahm man auch die Existenz dieser Verbindung als erwiesen an. Das Urteil, das unter dem Vorsitz des Landesgerichtsrates Lipavsky und unter Beisein des Landesgerichtsrates Fina, der Adjunkten Reichel und Retschek als Richter gefällt wurde, erkannte die Angeklagten der durch die Anklage bezeichneten Vergehen für schuldig und wurden Arreststrafen in der Dauer von einem bis drei Monaten verhängt und die Vernichtung der saisierten Druckschriften ausgesprochen. Die Strafen waren für Josef Hackel und Karl Hübner drei Wochen einfachen Arrests, für Eduard Heller, Eduard Jaksch und Rudolf Wedlich vier Wochen einfachen Arrests. Gründe:

Die Angeklagten leugnen, Mitglieder einer Vereinigung mehrerer Personen zum Behufe der geheimen Organisation und Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, deren Dasein der Obrigkeit absichtlich verborgen gehalten wird, zu sein. Dass eine solche Vereinigung bestehe, hat das Gericht aus den vorgefundenen Schriftstücken und Druckwerken sowie aus den zahlreichen strafgerichtlichen Untersuchungen erkannt und die Ueberzeugung gewonnen, dass alle Angeklagten hervorragende Sozialisten sind und ist demnach der objektive Tatbestand des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung sichergestellt. Als erschwerend wurde bei sämtlichen Angeklagten die Grösse der aus den erwähnten Vergehen vorherzusehenden Gefahr, dagegen als mildernd bei Josef Hackel und Karl Hübner deren bisheriges Wohlverhalten angenommen. In Würdigung dieser Gründe sowie mit Rücksicht darauf, dass durch eine Strafhaft der Angeklagten deren unschuldige Familien in Verfall geraten könnten, daher unter Anwendung des in dem § 260 lit. b St.-G.-B. erwähnten Umänderungsrechtes wurde den Angeklagten die erwähnte Arreststrafe zuerkannt.

Die vorgefundenen Druckwerke sozialistischen Inhalts, die Veranstaltung von Geldsammlungen für die Familien der Inhaftierten, der Empfang eines Briefes von einem Sozialdemokraten und die Meinung der Gendarmerie und der Bezirkshauptmannschaft, dass dieser oder jener ein Sozialist sei, genügte, um den Betreffenden in Ketten zu schliessen, ihn monatelang in Untersuchung zu halten und ihn schliesslich der Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft für schuldig zu finden und ihn zu verurteilen. Polizeigewalt ging vor Recht, denn Macht ist immer Recht. Aber alle Verfolgungen konnten den siegreich vorwärtsschreitenden sozialistischen Gedanken nicht aufhalten, der Sozialismus ergriff von immer mehr Köpfen Besitz und er wird weiter nach vorwärts dringen, trotz aller Anfeindungen und wütenden Verfolgungen.

Doch lassen wir einen alten Genossen selbst von jenen Zeiten, wo die Sozialdemokraten vogelfrei waren, erzählen. Genosse Franz Rösler schilderte uns die Verfolgungen, die ihn und seine Leidensgenossen trafen, folgendermassen: „Im Jahre 1884 erhielt ich vom Bezirksgericht Bensen eine Vorladung. Nichts Gutes ahnend, hielten wir die Nacht vorher noch eine Sitzung ab. Mein böses Ahnen betrog mich nicht, kaum hatte ich die Schwelle des Gerichtsgebäudes übertreten, als ich auch schon ins Gefängnis abgeführt wurde. Gegen 3 Uhr nachmittags wurde ich aus meinem mir angewiesenen Verlies herausgeholt, wie ein mehrfacher Raubmörder in Ketten geschlossen und unter Gendarmerieeskorte in das Landesgericht nach Prag befördert. In den gastlichen Räumen des Landesgerichtes erwarteten mich bereits die Genossen Josef Schiller und Anton Behr, die hier in sicherem Gewahrsam von der sündigen Aussenwelt abgeschlossen waren. Als ich zum erstenmal die heiligen Hallen des Landesgerichtes betrat, sah ich, wie die Sträflinge täglich im Hofe wie Göpelpferde herumgetrieben wurden, um frische Luft zu schnappen. Neben Schiller und Behr bemerkte ich noch eine grosse Anzahl anderer Leidensgefährten aus allen Gauen Böhmens, doch: „Wer zählt die Völker, nennt die Namen, die gastlich hier zusammenkamen.“ Aus einer ebenerdigen Zelle begrüsst mich Genosse Josef Hybesch und übermittelte mir bereitwilligst eine Tabakpfeife. Neun Monate hatte Hybesch zu brummen, der wegen seiner Güte und Zuvorkommenheit neben Genossen Schiller der Liebling aller Sträflinge war. Im Gefängnishofe pilgerte der Lumpenproletarier neben dem hochgeborenen Lebemann, es

gab keinen Streit und Hader um das böhmische Staatsrecht oder um die deutsche Staatssprache. Nur eine Hoffnung beseelt alle die bunt zusammengewürfelten Menschen, die Hoffnung auf jene Stunde, wo sich die Tore auftun und der von der Menschheit Abgeschiedene zurückkehren kann in die Freiheit, die so verlockend winkt und sich zum Schlusse als das Gegenteil des Erträumten und Ersehnten herausstellt.

Nach dreieinhalbmonatiger Untersuchungshaft wurde ich zu 14 Tagen, Josef Schiller, Franz König und Anton Behr zu 9 Monaten Kerker verurteilt. Ich hatte zu Hause drei kleine Kinder, eine alte Mutter, mein Weib war wegen meiner Tätigkeit als Sozialdemokrat in der Fabrik, wo sie beschäftigt war, unbarmherzig gemassregelt worden. Der Jammer und das Elend war gross: ich im Prager Landesgerichtsgefängnis, mein Weib in Franzenthal, die alte Mutter mit drei Kindern in Wernstadt. Ich beschäftigte zwei Gehilfen und einen Lehrling, verlor aber alle meine Kunden und war wirtschaftlich zugrunde gerichtet. Andere wurden in den Fabriken gemassregelt und wie flüchtiges Wild von Ort zu Ort gehetzt.

Ein Reichenberger Genosse kam einst mitten in der Nacht auf seiner Flucht nach Amerika zu uns, wir labten ihn und gegen 1 Uhr morgens gab ich ihm das Geleite bis zur Elbe. Mit falschem Pass und Bart ausgerüstet, gelang es ihm, das Land jenseits des grossen Wassers auch glücklich zu erreichen. Dort konnte er des schönen freien Oesterreich gedenken.

Am 30. November 1884 wurden die hiesigen Genossen Josef Richter, Josef Heller, Vinzenz Schubert, Ferdinand Walter, Eduard Wedrich und ich verhaftet und in Ketten geschlagen. Die Untersuchung wurde in Prag, und zwar wiederum wegen Geheimbündelei geführt, dauerte diesmal aber nur 14 Tage. Die genannten Genossen wurden zu einem Monat Kerkers verurteilt, ich aber freigesprochen.

Viele Genossen und Kämpfer der Achtzigerjahre sind nicht mehr unter den Lebenden, gar mancher ist aber auch vom Paulus zum Saulus, das heisst zum Verräter an seiner Ueberzeugung und der heiligen Sache der Arbeiter geworden. Heute ziehen diese Bilder vergangener schwerer Zeiten noch oft an meinem Geiste vorüber und mit freudiger Genugtuung gedenke ich oft jener bitteren Tage der harten Drangsal, wo Mut und Kampfeslust unsere Genossen beseelte und keine Verfolgung in stande war, unsere Begeisterung zu töten. Einer der wackersten und edelsten Kämpfer war der Reichenberger „Seff“. Ueberall hilfsbereit, kämpfend, agitierend — Schiller kannte keine Furcht. Je grösser die Verfolgung, desto energischer war er. Er wusste sich Respekt zu verschaffen, so sehr er von den Arbeitern geliebt wurde, so verhasst war er bei den Gegnern. Als er damals zu neun Monaten verurteilt wurde, war er bereits 25mal vorbestraft. Nun ruht er, ein müder Wanderer, fern von der Heimat, in der er litt und stritt, in fremder Erde. Die Genossen, die ihn kannten, denen er Lehrer und treuer Berater war, bewahren ihm, als einem der Besten, ein treues Angedenken.

Mit dem Abbüssen der Strafen waren die Leiden der Verfolgten noch nicht abgeschlossen. Nach der Entlassung aus dem Kerker, wo einzelne, wie zum Beispiel Hübner, mit einem Raubmörder, einem Kridatar und einem wegen Notzucht Verurteilten eine Zelle teilen mussten, wurden die Umstürzler der Polizeidirektion vorgeführt. Hier erfolgte Protokollaufnahme, dann Vorführung zu einem zweiten Polizeibeamten, wo man in einer grossen Rede zur Besserung aufgefordert wurde, von hier aus Führung mit Gendarmen und Polizisten über den Prager Polizeirayon hinaus.

Trotz der Verfolgungen wurde fleissig weitergearbeitet. Noch ganz kurz sei die weitere Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung im Bezirke Tetschen skizziert.

Am 7. November 1886 wurde in Altstadt unter dem Namen „Altdeutscher Gemütlichkeitsklub“ eine Zusammenkunftsstätte von Arbeitern geschaffen. Drei Jahre erfreute sich der Klub ungestörter Gemütlichkeit, bis die Nationalitätenfrage störend dazwischentrat und am 12. Oktober 1889 die Umwandlung in einen Leseklub mit der Einführung von Lesestunden und der Abhaltung von wissenschaftlichen und gewerblichen Vorträgen beschlossen wurde. Am 20. August 1892 vollzog sich dann die Umwandlung in einen Fortbildungsverein, der seine Aufgabe sehr ernst nahm und ein rühriges Leben entwickelte. Gendarmeriewachtmeister Vogel überwachte mit liebevoller Sorgfalt die bekannten Genossen, konnte aber nicht ver-

hindern, dass schon im Jahre 1891 in Bodenbach und Umgebung etwa 500 Maifestschriften verbreitet wurden. An dem am 28. bis 30. Juni 1891 in Wien tagenden zweiten Parteitag nahm Genosse Rudolf Wedlich aus Falkenau-Kittlitz teil. Begrüßungsschreiben hatten geschickt die Genossen aus Franzenthal, Wernstadt und Tetschen. Im November 1891 wurde die erste Bezirkskonferenz abgehalten, wenn eine öffentliche Versammlung so genannt werden darf. Die Majorität stellten die Knopfarbeiter, es wurde ein Komitee von elf Genossen gewählt, das sich aber über seine Arbeiten nicht im klaren war. Der Fortbildungsverein war im ganzen Bezirke tätig und verwendete eine grosse Anzahl von Rednern. Die „Tetschen-Bodenbacher Zeitung“, das Lokalblatt des liberalen Bürgertums von Tetschen, hetzte gegen den rührigen Fortbildungsverein in schamlosester Weise.

Im Jahre 1892 kamen die Genossen Schrammel und Metschl nach Bodenbach, um mit den Knopfarbeitern Besprechungen abzuhalten. Eine Versammlung in Ullgersdorf wurde von der Gendarmerie auseinandergesprengt. Der Fachverband der Knopfdrechsler trat doch bald darauf ins Leben. Eine rege Volksversammlungs-tätigkeit begann, es sprachen im Bezirke die Genossen Kiesewetter, Albrecht, Sponer, Ulbrich, Zeller, Schäfer, Roscher, Hannich, Liessner, Dietl, Bräuer, Beer, Berner, Beutel.

Heute nimmt der Bezirk Tetschen in der deutschböhmisches Arbeiterbewegung einen der ersten Plätze ein. Gute Vorarbeit wurde geleistet; mögen sich alle, die sich Sozialdemokraten nennen, daran ein Beispiel nehmen. Derer, die diese Vorarbeit leisteten, sei in dankbarer Erinnerung gedacht als Männer, die mit heiliger Begeisterung der Sache der leidenden Menschheit, der Sache des Proletariats dienten.

Josef Luitpold Stern: Arbeiter und Dichter

Von Zeit zu Zeit erscheinen schmale Gedichtbändchen, in denen schlichte Arbeiter, Schlosser und Hobler, Bergmann und Schriftsetzer, ihr dichterisches Wollen zeigen. Die zünftige Kritik nimmt von der ganzen Erscheinung kaum Notiz. Sie erkennt die äussere Unzulänglichkeit, ohne die innere Fülle zu ahnen. Aber diese künstlerischen Schrittversuche sind in Wahrheit voll Bedeutung und Verheissung. Freilich, für den gutbürgerlichen Kunstsinn ist aus den fünf Bändchen der deutschen Arbeiterdichtung*, die vor zwanzig Jahren erschienen, keine wägende Wortkunst, keine blendende Formsuche herauszuspüren. Wer sich mit den jüngeren Gedichtsammlungen von Kämpchen bis Zeffass vertraut macht, wird auch hier immer wieder bildschwache Wendungen, platte Nachempfindungen, haltlose Reimereien finden. Aber mit einemal klingt eine Strophe, klingt ein Lied auf, dass man tiefer horcht und das Leben fühlt, das sich zur Höhe müht, ein Leben, nachtverhängt und doch lichtbewusst, von tausend Tücken hinabgezerrt und am Ende doch erhaben und triumphierend.

Ein ergreifendes Symbol dieses trotzgewaltigen Künstlerdranges bedeutet das Schaffen Heinrich Kämpchens**. Durch Jahrzehnte erschien kaum eine Nummer der „Deutschen Bergarbeiterzeitung“ ohne ein einleitendes Gedicht dieses Bergarbeiters. Jede Lohnbewegung, jeder Streik, jedes Grubenunglück, jeder Bergarbeiterkongress, jede Reichstagswahl findet in seinen Versen pünktlichen Widerhall. Drei Bändchen hat er schon mit solchen treuherzigen Strophen gefüllt:

Im alten Wien, an der Donau Strand,
beraten und tagen die Knappen,
zu heben, zu fördern den Bergmannsstand,
zu glätten das rostige Wappen.
Sie wissen gar wohl, dass der Einheit Kraft
allein hier Aend'ring und Rettung schafft.

* Deutsche Arbeiterdichtung. Eine Auswahl Lieder und Gedichte deutscher Proletarier. Stuttgart 1893. Verlag von J. H. W. Dietz.

** Heinrich Kämpchen: Aus „Schacht und Hütte“, 1899, „Neue Lieder“, 1904, „Was die Ruhr mir sang“ 1910, Bochum. Druck und Verlag von H. Hausmann und Comp.

Der Kritiker liest die Zeilen und klappt das Büchlein zu. Das Urteil ist rasch zur Hand: der poetische Leitartikel, ein bekanntes Gewächs. Kämpchen ist erledigt. Aber blättere weiter und mit einemmal liest du das Gedicht:

Das Grubenpferd

Ein edles Ross, zu wild und ungeberdig
vor'm Tilbury des Direktors, ward deshalb
zum Grubenpferde degradiert und musste
die Kohlenwagen zieh'n im Kohlenschacht.
Das edle Tier, an Licht und Luft gewöhnt
vom Sonnentag, verkümmerte. Sein Fell,
sonst weich und glatt, ward zottelig, und wund
sein Kopf und Rücken vom Gestein der Decke,
zu niedrig für seinen hohen Wuchs.
Es musste ziehen und es zog. Die Geißel
des Treibers brach den Trotz ihm, aber mehr
das Dunkel und die Moderluft des Schachtes.
Ein Jammerdasein war's dem edlen Ross.
Die Schläge fielen hageldicht, sobald
der Wagenpark nicht schnell genug vom Schacht
zum Schachte flog. Ob schuldig oder nicht,
des Treibers Zorn zerfleischte ihm den Rücken.
Da — wieder traf den armen Kopf der Schlag
von roher Faust, wie's ihm so oft geschah —
zerriss die Stränge es und stürmte fort
durchs Streckendunkel sonder Halt und Ziel.
War's Wut, Verzweiflung, Freiheitsdrang, wer kündet's —
doch seiner Qualen Ende war's: man fand es,
den Kopf zerschellt, in einem Wassertümpel.

Ein Pferd nur, bah, ein Grubenpferd, und darum
so viele Worte — hör' ich Leser sprechen.
Ja, nur ein Pferd — ihr habt mich nicht verstanden.

Kämpchen ist 1847 geboren. Dieses Gedicht aber steht in einem Band, der erst 1910 erschien. Ein langes Leben voll Kümmernis und Schwere hat über ein Menschenherz stürmen müssen, ehe dieses Gedicht entstand, das allein den Namen Kämpchens durch die Zeiten tragen wird. Hunderte, tausende Zeilen musste dieser Bergmann formen, ehe ihm die dichterische Kraft zu schauen und auszusprechen so ins Grosse wuchs.

Dies aber ist das Schicksal und die Bestimmung der deutschen Arbeiterdichtung, dass sie nur dem heissesten Bemühen, nur dem innigsten Sehnen ihre Pforten öffnen kann. Das ganze Dasein der Arbeiterschaft stellt ein gigantisches Hemmnis aller künstlerischen Betätigung dar. Phantasie, Sprachgewalt und Musse sind die Voraussetzungen des dichterischen Schaffens. Aber die Freudlosigkeit und der Frühernst der Arbeiterjugend, die stete Sorge, die Ueberarbeit und die geringe Bildungsmöglichkeit sind die Erdrossler der Phantasie, der Sprachgewalt und der Musse.

Gib Herr, dass mich dein Blitzesstrahl vernichte!
Lass mich nicht länger am Gemeinsten kleben
und endige dies weihelose Leben
in tiefster Nacht bei höchstem Drang zum Lichte!

Das Hehrste stets, was ich auch sehne, dichte,
muss mit dem Kot der Gosse ich verweben,
und will der Geist auf heil'gen Flügeln schweben,
zieh'n ihn herab Begriffs- und Wortgerichte.

Was hiess, o Herr, dereinstens mich bereiten
zum Adler halb und halb zu einem Raben,
zu meiner Lust, doch mehr zu meinem Leiden?

Soll ich des Adlers Drang zum Aether haben
und wie der Rabe hinterm Pfluge schreiten,
nach altem, eckligem Gewürm zu graben?

So bitterstes Weh schreit nicht nur aus dem Herzen Karl Brögers, dem dieses Sonett gelang. Halb Rabe, halb Adler — ist das nicht das Wappenbild des sonnen-

kämpferischen Proletariats? Raben der Gegenwart! Adler der Zukunft! Das Wappenbild aller Grösse! Aber ist dein Gedicht nicht selber ein Gleichnis, du Karl Bröger? Das Sonett eines Tagelöhners — die Kronen der Niedegekrönten beginnen zu leuchten. Wahrlich wenn all diesem unentrinnbaren Druck zum Trotz der dichterische Wille lebendig bleibt und zutage ringt, dann ist das an sich ein Ereignis, das fast ehrfürchtig macht und vor dem die kalte Kritik in nichts versinkt. In nichts? Und das Schillerwort? :

Weil ein Vers dir gelingt in einer gebildeten Sprache,
Die für dich dichtet und denkt, glaubst du schon Dichter zu sein?

An jeden, nur nicht an den Arbeiter der Gegenwart ist Schillers Frage gerichtet. Denn für ihn dichtet und denkt die Sprache nicht. Er beherrscht sie nicht, man hat ihn in ihre Schönheiten nicht eingeführt. Was er zu sagen hat, das liegt ja doch noch kaum in der Denkart der Sprache. So wird der Kritiker zu einer neuen Betrachtungsart, zu einer Verfeinerung des Unterscheidungsvermögens geführt. Ein schlechtes Gedicht ist aber doch immer schlecht? Gewiss! Ein unzulängliches Gedicht aber kann Missmut oder Erwartung wecken. Wer alle äusseren Bedingungen des künstlerischen Schaffens hat und unzulänglich dichtet, weckt Missmut. Was er bietet, ist nichts als die ungehinderte Talentlosigkeit. Wer aber entgegen allen äusseren Hemmnissen künstlerisch schafft und unzulänglich schafft, vermag Erwartung zu wecken. Seine Unzulänglichkeit wurzelt vielleicht nur in den Hemmnissen seines Talents. Diese Bemerkungen bedeuten keine Verbeugung vor dem Proletariat, sie wollen keiner nachsichtigen Kritik das Wort reden, aber sie bahnen eine vorsichtige, eine fördernde Kritik an, eine Kritik, die wohl die Fehler, doch ebenso das neue lebendige Wollen merken mag.

Und ein neulebendiges Wollen regt sich in den ersten Klängen unserer deutschen Arbeiterlyrik, das grosse Wollen, den ganzen Gehalt der modernen Arbeiterbewegung dichterisch auszudrücken. Tastend und un gelenk beginnen Audorf und Scheu, Kegel und Lepp, Hasenclever und Frohme. Die aufgeblähte Worthohlheit des prahlerischen Liberalismus wird von ihnen zuerst aufgegriffen und zu Bundesliedern und Kongressbegrüssungen „sinnig“ verarbeitet. Der Natur erinnert man sich in echt kleinbürgerlicher Lebensart nur an den hohen Festtagen und macht Ostergedichte, Pfingstlieder und Weihnachtsstrophen, natürlich gut parteigenössisch. Daneben werden der Staat, die Polizei, die Gegner verulkt oder man schildert das Elend recht sentimental und mitleiderweckend. Aber die Arbeiterbewegung wird breiter und ergreift den einzelnen immer mehr und mehr. Die liberale Ideologie wird überwunden. Die Kongresse verlieren ihre dekorative Einschätzung. Der Arbeiter streift das Kleinbürgerliche ab, er beginnt, sich Seele zu erobern, er fängt an, sein eigenes Wesen zu festigen, er verulkt nicht mehr den Gegner, er bekämpft ihn, er will kein Mitleid, er setzt sein Recht durch, die kalendarische Festidee versinkt vor seiner erwachenden Naturfreudigkeit, Ideen, die bisher nur unbestimmt und allgemein gewertet wurden, lenkt er ins Bestimmte und Besondere, den Sozialismus gestaltet er zum Erlebnis, den Feiertagsgedanken der Demokratie führt er in den Werktag.

Sind das Theorien, Worte und Wünsche? Man vergleiche die Arbeiterdichtungen der jüngsten Jahre mit den älteren, man vergleiche Preczang mit Audorf, Petzold mit Scheu, Krille mit Kegel, und eine kräftige, ja überraschende Entwicklung proletarischer Sprachkultur, proletarischer Erlebniskraft, proletarischer Gefühlsweite wird offenbar. Ein paar Beispiele zur Klärung! Wie schildert Kegel (geboren 1850) den Arbeiter in der Wahlversammlung?

Er wahret dort des Volkes Recht,
er kämpft dort für sein Brot,
er schützt der Kinder Zukunft dort
vor Knechtschaft, Schmach und Not.

Er tritt allda in Reih und Glied,
hält für die Freiheit Wacht,
und was er einzeln nicht vermocht,
bewirkt vereinte Macht.

Das ist die Rhythmisierung des bekannten Vortrags über Zweck und Nutzen der Organisation. Und was guckt aus den Strophen? Beim Vormärz — die gute alte Veteranenpoesie und Feuerwehrlyrik. Man tritt in Reih und Glied und wahrt das Recht und kämpft und schützt und hält Wacht. Man lese darauf Otto Krilles (geboren 1878) „Wahlversammlung“, mit den Schlussworten:

Und wie der Redner lauten Wortes endet,
da braust ein Sturm durch den erhitzten Saal;
wie Meeresbrandung hallt ein Donnerruf!
Zukünftige Tage ziehen ihre Kreise.

Hier ist schon visionäre Kraft am Werke. Schliess das Auge und du siehst keine Wahlversammlung mehr, sondern ein Flutenland vor dem Gewitter und drüberhin flatternde Sturmvögel. Und nun wieder ein Gedicht von Jakob Audorf (geboren 1835):

Es werde Licht!

Es werde Licht! Sprach einst der Geist der Schöpfung
und licht ist's worden in den weiten Räumen,
von Gletschers Rand, dran sich die Sonne spiegelt,
bis tief ins Tal, wo still die Blüten träumen.

O göttlich Licht! Du hauchtest Lieb' und Leben
dem Weltall ein bis zu der fernsten Grenze;
erleuchte uns, durchglühe unser Streben,
dass allem Volk der Wahrheit Stern erglänze!

Es werde Licht! Schon lüften sich die Schleier
des finstern Wahns, schon ist es Licht geworden,
hoch pocht das Herz, die Seele atmet freier,
aufjauchzend laut in jubelnden Akkorden:
Es werde Licht!

Ein unsicherer Begeisterungsvergleich. Wenn man's mit Kraft liest, klingt es fast, als ob es was wäre. Es ist aber doch nichts als ein Schildern mit geschlossenen Augen. In der zehnten Zeile ist es doch bereits ganz licht geworden, aber die dreizehnte Zeile weiss noch nichts davon. Wie anders gibt sich schon Karl Petersson (geboren 1879). Man prüfe daraufhin das Gedicht „Der Sonne entgegen“; es wird im Grunde von demselben Willen getragen, ist aber ganz ins Bild, ins Erlebnis aufgelöst:

Durch die blühende Welt
bin ich dahingegangen,
als übers schlummernde Feld
Morgenglocken klangen.

In den schwingenden Klang
mischten sich frohe Lieder,
jubelnder Lerchensang
füllte die Lüfte wieder.

Und ein schimmernder Glanz
spann sich über die Heide,
die in rosigem Kranz
weithin glänzte wie Seide.

Höher und höher empor
wuchs der Glanz in die Weiten
und durch ein goldenes Tor
sah ich die Sonne schreiten.

Hellauf flammte ihr Strahl
durch das weite Gelände,
über Berge und Tal
glitten die Segenshände.

Sanft übers Angesicht
strich mir der Sonnensegen,
und umflossen vom Licht
ging ich ihr jubelnd entgegen.

Diese Gegenüberstellungen sind rechte Beweise für den Aufschwung des proletarischen Kunstgeistes. Kegel und Audorf denken und vergleichen, Krille und Petersson aber schauen bereits und deuten! Die Aelteren schöpfen aus der Idee, die Jüngeren aus der Welt. Die Aelteren reden von ihren Gefühlen, die Jüngeren zeigen sie. Die Aelteren sprechen vom Streik, die Jüngeren lassen die Streikenden sprechen. Das ist aber der Weg zur Verinnerlichung, der Weg, der zu den ewigen Quellen der Kunst führt. Diese Verinnerlichung, dieses Leben in der Idee ist noch lange kein voll errungenes Gut der Arbeiterdichtung. In dem Gedichtbändchen von Julius Zerfass (geboren 1886) finden sich noch Strophen, die sehr gut von Audorf sein könnten:

Erhebt die Wahrheit auf den Schild, pflanzt uns're Banner auf,
weil es für Menschenrechte gilt: wacht auf, wacht auf, wacht auf!

Wacht auf, wacht auf: zum Kampf bereit, das Schwert geschärft zur Hand,
zeigt einmal, dass ihr Männer seid, dass Einigkeit euch band!

Dieser wirklichkeitsfremde Appell! Man wache auf und nehme ein geschärftes Schwert zur Hand, um Männlichkeit und Einigkeit zu posieren. Der Kritiker, der nur die Unzulänglichkeit wittert, hat genug.

Im gleichen Büchlein steht aber dieses

Proletenlied

Ich bin ein Prolet und du ein Prolet,
wir lieben das Leben, wir sehen sonst nichts
als um uns die Erde, die ewig sich dreht
täglich voll Schatten und Sonnenlichts.

Und unseren Tag, der eintönig steht —
wir schaffen und sorgen und haben sonst nichts.
Die Woche geht um, der Sonntag verweht,
da suchen wir was und finden doch nichts.

Die Jahre geh'n um, wie die Jugend verweht,
wir haben gedarbt und haben doch nichts.
Ich bin ein Prolet und du ein Prolet,
wir bauen die Zukunft, sonst haben wir nichts.

Dieses Gedicht konnte keiner unserer Altvordern schaffen. Es geht nicht mehr vom Gedanken aus, es quillt aus dem Empfinden. Und so typisch das Bild ist, das wir sehen, es zeigt eigene Züge, die überraschen. Die Woche geht um, der Sonntag verweht, da suchen wir was und finden doch nichts. Das ist echte Dichtung. Wie Mythengestalten, auf denen ein Fluch liegt, gehen wir durch den Sonntag und suchen, suchen etwas, wonach unser Verlangen ruft, aber wir finden es nicht. Wir suchen die Zukunft. Wer hat schon so in zwei Zeilen, in fünfzehn Worten die Sonntagsstimmung des modernen Arbeiters erfasst? Hier ist dichterisches Neuland gewonnen, das keiner gewinnen kann als der Arbeiter allein, denn die Stimmung ist nur in ihm. Und in demselben Gedichtband klingt diese weiche Liedstrophe auf:

Deine rauhen Hände
tun mir wohl.
Lass' mir diese Hände,
wenn ich sterben soll.

Dasselbe Motiv und doch anders getönt schwingt durch ein Gedicht von Alfons Petzold (geboren 1882):

Deine Hände sind nicht fein und schlank, d'rauf schlug ja Tag und Nacht
das Leben, unser Hammerschmied, und hat sie hart gemacht.
Und dennoch, als ich einmal lag vor dir als weinend Kind,
da lagen sie auf meinem Haupt so seidenweich und lind.

Die Lyrik der harten Hände. Konnte Goethe solches erfüllen? Lag es überhaupt im Kreise seiner Erlebnismöglichkeiten? Man glaube aber nicht, diese Beispiele stellten besondere Höhepunkte dar. Sie sagen mehr. Sie zeigen, dass die Arbeiterschaft eine bestimmte Empfindungsfeinheit sich erobert hat. Wie könnte sonst das Gedicht begriffen werden, das Fritz Olk, einem neunzehnjährigen Bergmann in Gelsenkirchen gelang:

Nach dem Streik*

Der Vater ist in Träume dumpf versunken,
die Mutter hat die Augen rot geweint.
Den letzten Groschen hat er roh vertrunken,
„Die Wahrheit ist zu hart“, hart er gemeint.
Und als die grossen Brantweingläser klangen,
hat's ihn sogar durchströmt wie Heldenwein.
Dann trank er aus und still ist er gegangen,
Besiegt und Sklave sollt' er ewig sein.

Der Vater ist in Träume stumpf versunken,
die Mutter hat die Augen rot geweint.
Den letzten Halt, die letzte Kraft vertrunken
und höhrend triumphiert der Eisenfeind.
Das kleine Bübchen sieht der Eltern Bangen,
warum die Mutter weint, das weiss es nicht,
doch tröstet es und küsst brav ihre Wangen
und wischt der Mutter Tränen vom Gesicht.

Da klingt kein Ton mehr, der nach Mitleid ruft, da wirkt eine Kraft, die den Kreis in sich selbst schliesst. Der Streik war vergebens. Die Solidarität scheint besiegt. Aber in dem Büblein, das der Mutter die Tränen wegwäscht, kündet sich die Unbesiegbarkeit der Solidarität an. Diese Gedankenschwingung ist nicht erklügelt, sie ist der Instinkt dieses Neunzehnjährigen.

So steigt die Linie des proletarischen Kunstschaffens, sie leitet von der Idee zum Augenblick, vom Schlagwort zum Herzenschlag. Noch vor zehn Jahren gab es mit Ausnahme der Jargondichtungen des unvergleichlichen Morris Rosenfeld kaum ein Gedicht, das uns wirklich in das Arbeiterleben hätte hineinschauen lassen. Und nun klingen die Stimmen hier und dort auf. Verborgenes Leben streckt sich, neues Fühlen beginnt zu flüstern.

* Adolf Levenstein: „Arbeiter-Philosophen und -Dichter“. Verlag Eberhard Frowein, Berlin S. 12.

Marie Puckl, eine Wiener Arbeiterin, zeichnet eine

Arbeitspause

Arbeitspause. Transmissionen gleiten
schwer und langsam noch einmal herum.
Klappernde Maschinen in dem weiten
Raume halten an und werden stumm.
Regungslos aus allen Ecken lauschen
die Regale von der grauen Wand,
so, als hätte das verstummte Rauschen,
tausend Geisterchen darin gebannt.

Aber jetzt doch volle Menschenstimmen!
Mädchen plaudern bei dem kargen Mahl.
Blasse, müde, stumpfe Augen glimmen,
leise rötet sich der Wangen Fahl.
Eine spricht von dem, was sie gelesen:
Trotz der Fährnis wurden sie getraut;
Arbeitsmädel war auch sie gewesen
und sie wurde eines Grafen Braut.

Ein Roman von flitterndem Gepränge.
Jede malt für sich ein Gleiches aus —
Da stösst der Kolben jäh an das Gestänge
und der Roman des Alltags braust durchs Haus!

Das ist schon Kunst, die sich unbewusst bis hinein in die Wahl der Selbstlaute verästelt. (Man beachte die beiden Schlusszeilen.) Und dass es sich immer wieder um tiefstes Wollen handelt, bezeugen Marie Puckls Gedanken über soziale Lyrik*. Sie stellt die entscheidende Frage, ob das Volk die Fähigkeit besitzt, die künstlerischen Möglichkeiten der neuen Arbeitsinhalte liedmässig auszumünzen und bejaht sie mit der Ungeduld der Eroberungslust: „Es wäre traurig um die seelische Spannkraft des Menschen bestellt, wenn er zur Maschine in kein anderes Verhältnis zu treten befähigt wäre, als in das eines willenlosen Sklaven.“ Und: „Die Lyrik muss sich wieder das Leben erobern. Das Leben heisst aber Arbeit.“ Hier setzt ein völlig neuer Trieb an: Maschinenpoesie! Lyrik der Arbeit!

Anderes wieder — den Balladenton der Gegenwart — sucht Ernst Preczang in den Strophen „Auf dem Arbeitsnachweis“:

In sich verkrochen, stumpf und regungslos
wie im Erstarren,
die leeren Fäuste in dem Schoss,
die einen harren.

Die andern werfen Karten auf den Tisch:
„Trumpfass!“ Die dünnen Bretter krachen.
„He, Jungens, das Leben ist noch frisch!“
Und dröhnend halt ihr Lachen.

Mein Nachbar gräbt den Kopf in beide Hände.
Tief geht die breite Brust.
„Wird's heute nichts — verdammt — ich mach' ein Ende!“
Und all sein Jammer wird mir jäh bewusst.

Ein weicher Zug in wetterharter Miene,
ein tiefer Glanz, der aus den Augen fiel:
„Die Kinder sterben, seit ich nichts verdiene,
Und meine Frau liegt im Asyl.“

„He, Herr Verwalter! Ist noch was zu hoffen?“
Es klingt fast wie ein Hilfeschrei . . .
Der sieht ihn an, von solchem Ton betroffen,
und sagt kaum hörbar: „s sind noch hundertdrei.“

„Hahahaha!“ Ein fürchterliches Lachen.
Gebeugt schritt er zur Tür:
„Ein Ende machen, bloss ein Ende machen!
Noch hundertdrei — hundert und drei vor mir!“

Und wieder anderes — eine Lyrik der neuen Liebe — sucht Otto Krille:

Gefunden

Ich suchte dich in qualvoll bangen Nächten
auf steilen Höhen, in zerfall'nen Schächten,
auf breiten Strassen und vergess'nen Stegen
ging ich in Sturm und Regen dir entgegen.

Im Dämmerchein verträumter reicher Stunden
hab deines Geistes Nähe ich empfunden,
in tiefster Not kamst du, mit treuen Händen
mir göttergleich den höchsten Trost zu spenden.

* Marie Puckl: Soziale Lyrik (Lyrik der Arbeit). „Die Lese“. München, 11. November 1911. Seite 718 und 719.

Nun bist du mein, nun blüht der Frühling mir,
er weht mich an in jedem Hauch von dir,
nun schliessen wir, der neuen Zeit Verfechter,
den Bund des Glücks für fröhliche Geschlechter.

Sicher um eine Schwingung zu feierlich, um eine Nuance zu programmatisch. Aber wir kennen nun die Entwicklungslinie der proletarischen Dichtung. In zwanzig Jahren wird es noch anders klingen.

Oder vielmehr, es klingt heute schon anders. Nur dass es kaum einer bereits weiss. In unserer Mitte lebt der Arbeiter, der aus jammervollster Niederung sich hinaufgekämpft hat und der alles, was heute das Herz des deutschen Proletariats erfüllt, in voller künstlerischer Form ausdrückt. Es ist Alfons Petzold. In wenigen Jahren hat er eine staunenswerte Fülle prachtvollster Lieder und Gesänge geschaffen, Strophen, aus denen titanenmächtiger Hass sprüht, und Strophen, in denen zarteste Weltfrömmigkeit singt. Nur langsam wird die deutsche Arbeiterschaft den Weg zu diesem Preiser ihrer Grösse finden. Denn er kann euch nicht entgegenkommen, er eilt euch vielmehr voraus. Alle Breiten des proletarischen Empfindens haben in ihm ihren grossen Sänger. Und er rührt an Saiten, die, vom Proletariat gespannt, ins Ewige hineintönen. Sein „Lied“ sei der Ausklang dieser Zeilen:

Du bist aller Berge Saum, bist der Grund von jeder Tiefe,
aller Wege letztes Ende und zum höchsten Glück das Tor.
Alles wäre Nacht und Traum, wenn nicht deine Stimme rief:
„Hebt zum Schaffen eure Hände aus der Ruhe Nichts empor!

Alle werdet ihr mir gleich, die ihr seid im kleinsten Kreise
das, was ich das All umfassend über allen Welten bin:
Schöpfer, der sein Sonnenreich baut nach bester Art und Weise,
jeder Stunde Trägheit hassend, die ihm lähmt den starken Sinn.

So wie euch und jedes Ding, hat die Sehnsucht mich geboren
und der Sehnsucht starker Wille webte mir mein Gotteskleid.
Keine Kraft und Grösse ging diesem Leben je verloren,
wenn sie nur in aller Stille Ziele sah in Raum und Zeit.“

Also sprichst du und der Klang deiner Gottesworte zittert
in mir nach seit jener Stunde, wo ich ihren Sinn erfasst.
Und mein armes Herz, das bang sich von Schmerzen sah umgittert,
trägt seit dieser frohen Stunde still sein bisschen Erdenlast.

* * *

Bibliographie der Arbeiterlyrik:

- Jakob Audorf (1835 bis 1898, Schlosser, später Redakteur). Deutsche Arbeiterdichtung. Band II.
Wilhelm Hasenclever (geboren 1837, Lohgerber, Redakteur, Abgeordneter). Arbeiterdichtung. Band I.
Andreas Scheu (geboren 1844, Graveur, Redakteur, Kaufmann). Arbeiterdichtung. Band V.
Adolf Lepp (1847 bis 1906, Zigarrenmacher). Arbeiterdichtung. Band I.
Heinrich Kämpchen (geboren 1847, Bergmann, jetzt Berginvalid). Aus Hütte und Schacht, 1899. Neue Lieder, 1904. Was die Ruhr sang, 1900.
Max Kegel (1850 bis 1902, Schriftsetzer, später Redakteur). Arbeiterdichtung. Band IV.
Karl Egon Frohme (geboren 1850, Maschinenbauer, Abgeordneter, Redakteur). Arbeiterdichtung. Band I.
Morris Rosenfeld (geboren 1862, Diamantschleifer, Schneidergeselle). Lieder des Gettho. Verdeutsch von B. Feiwel. Seemann, Berlin. 3. Auflage. — Gedichte. In Nachdichtung von Fr. Thieberger. Prag, Verlag Richard Brandeis.
Ernst Preczang (geboren 1870, Schriftsetzer, später Schriftsteller). Im Strom der Zeit. 1908. Stuttgart. Dietz.
Otto Krille (geboren 1878, Fabrikarbeiter, später Redakteur). Aus engen Gassen, 1904. Aus Welt und Einsamkeit, 1906. Neue Fahrt, 1909. Berlin. Sassenbach.
Karl Petersson (geboren 1879, Maschinenbauer, später Redakteur). Sonnenblicke. Hamburg. Auer.
Alfons Petzold (geboren 1882, Metallschleifer, Kellner, Fensterputzer u. s. w., jetzt Invalide). Trotz alledem. 1910. Wien, Brand. Seltsame Musik. 1911. Wien, Daberkow.
Julius Zerfass (geboren 1886, Gärtner, jetzt Invalide). Ringen und Schwingen. Berlin. Borngrätz.
Karl Bröger (geboren 1886, Tagelöhner, später Schriftsteller). Gedichte. München. Hans Sächs-Verlag. Erscheinen 1912.

Bücherschau

Parteiliteratur

Auch in Deutschland wird im Wahlkampfe viel gesündigt, nicht wenig über die Forderungen der Arbeiter gelogen, rücksichtslos die Sozialdemokratie verleumdet. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist die höchste Leistung, die vollkommenste Organisation für die skrupellose Bekämpfung der Sozialdemokratie. Was früher einzelne Klopffechter des Bürgertums an Schmähschriften, Verdrehungen und Verleumdungen geleistet haben, wird nun in ein System gebracht, es wird vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie den mannigfachen Bedürfnissen angepasst in Büchern, Broschüren, Zeitungskorrespondenzen, Flugblattentwürfen. Mit einer von den Grosskapitalisten genährten, vollgefüllten Kasse kommt der Reichsverband nicht nur allen an ihn gestellten Bedürfnissen in überreichem Masse nach, er bietet sich dort, wo seine Mithilfe den bürgerlichen Kandidaten und Wahlkomitees nicht erwünscht ist, an. Ja, selbst bei der Ablehnung seiner Hilfe wirkt er oft durch Vermittlung von Unternehmerorganisationen. Seine verlogene Methode zwingt die Sozialdemokratie zur Abwehr. In zweiter verbesserter Auflage erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts ein Buch von 316 Seiten, dessen enggedrucktes zweispaltiges Register zehn Seiten füllt, Wahl-lügen der bürgerlichen Parteien, eine Sammlung und Widerlegung der von den bürgerlichen Parteien zur Verleumdung der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Vertreter verbreiteten Lügen. Trotz des grossen Umfanges des Buches bemerkt das Vorwort, dass das Buch nur die wesentlichsten der neuen Lügen berücksichtigt. Da man auch bei uns mit den meisten dieser Lügen gründlich zu tun hat, kann dieses mit Fleiss zusammengefasste Buch auch österreichischen Lesern warm empfohlen werden. Jedem bürgerlichen Verleumder, der dieses Buch lesen würde, wird, wenn er noch eine Spur von Gewissen hat, die Röte vor Scham aufsteigen. Durch die Widerlegung der Angriffe der Gegner wird dieses Buch zu einer bedeutungsvollen Agitationsschrift für die Sozialdemokratie.

Eine Ergänzung dieses Buches ist die Sozialdemokratie im Urteile ihrer Gegner, zusammengestellt von Genossen A. Erdmann. In diesem Buche wird gezeigt, dass sich zahlreiche Gegner, scharfe, selbst unversöhnliche Gegner der Sozialdemokratie zu anerkennenden Urteilen genötigt sehen. Wenn man weiss, wie schwer es unseren Gegnern fällt, uns gerecht zu werden, dass sie sich nur, durch die Tatsachen in die Enge getrieben, ein anerkennendes Wort abringen können, so erscheint dieses Buch mit anerkennenden Urteilen von Amerikanern, Franzosen, Deutschen, Oesterreichern und Polen, von Bismarck und Bethmann-Hollweg, von Ministern und Bürgermeistern, von Pastoren und Pfarrern, Staatssekretären und Professoren, von Männern und Zeitungen aller politischen Richtungen, als ein bedeutsames Dokument des Durchsetzens von Achtung und Würdigung selbst bei den schärfsten Gegnern der Sozialdemokratie.

Wer sich mit unseren Feinden herumschlagen muss, wer sich mit den Verleumdern als Parlamentarier, Journalist oder Agitator streiten muss, wird von diesem Buche Freude und Nutzen haben.

So interessant diese Schriften auch sind und so charakteristisch sie für die Führung des Wahlkampfes erscheinen, so werden sie doch an dauernder Bedeutung und an bezeichnender Wirkung weit überboten durch die spezielle Aufklärungsliteratur anlässlich der Wahlen. Wir können natürlich auf die lange Reihe von Broschüren, Kalendern, Spezialschriften, auf das besondere Agitationsmaterial für einzelne Wahlkreise hier nicht eingehen. Wir möchten nur darauf verweisen, dass so ziemlich alle Parteien umfangreiche Handbücher veröffentlichen, die die politischen Zustände, die Arbeit des Reichstages, die Abstimmung der eigenen und der fremden Parteien kritisch und informativ beleuchten. Die Sammlung dieser Handbücher gehört zum wertvollsten Material zur Erkenntnis des Wesens der reichsdeutschen Parteien, zur Feststellung und Begründung ihrer Stellung zu allen grossen politischen und wirtschaftlichen Streitfragen. Dem künftigen Historiker werden diese Handbücher, denen wir in Oesterreich nichts gleiches und nur sehr wenig ähnliches an die Seite zu setzen vermögen, eine der hervorragendsten Quellen für seine Forschung sein. Für unsere Leser kommt naturgemäss vor allem in Betracht das Handbuch der sozialdemokratischen Wähler, der Reichstag 1907—1911, herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei. Dieses im Verlag des „Vorwärts“ erschienene Werk erregt schon Aufmerksamkeit durch seinen Umfang von fast 800 Seiten. Aber dieser Umfang wird durch die ausgezeichnete stoffliche Gruppierung, durch die Teilung in zahlreiche Kapitel, die wieder in Unterkapitel zerfallen — sechs Seiten füllt das Inhaltsverzeichnis allein — und durch ein Sachregister von 26 Spalten ausserordentlich leicht benützlich gemacht. So wichtig dieses Buch für jeden in der Agitation und in der Polemik gegen die bürgerlichen Parteien wirkenden Genossen ist, so wird es über die Periode der Wahlbewegung, über den Kreis der heute in dem Vordergrund des Kampfes stehenden Wert und Bedeutung erhalten. Nicht nur wer sich über die deutsche Sozialdemokratie informieren will, auch der, der zu den Fragen des Tages auch ausserhalb Deutschlands Stellung nehmen will, wird nun und künftig zu diesem wichtigen Buche greifen. Wir sind überzeugt, dass Abgeordnete, Redakteure und Propagandisten der Sozialdemokratie, dass auch viele Bibliotheken die Anschaffung dieses Buches als eine wertvolle Bereicherung ihres Informationsmaterials betrachten werden.

Ueber 500 Seiten stark ist das Protokoll des internationalen Kongresses in Kopenhagen „Huitième Congrès socialiste international tenu à Copenhague du 28 août au 3 septembre 1910. Compte rendu analytique publié par le Secrétariat du Bureau socialiste international“, das soeben das Internationale sozialistische Bureau in französischer Sprache veröffentlicht. Es ist eine redaktionelle

Zusammenfassung der Berichte der grossen sozialistischen Tageszeitung über den Kongress, durch Protokolle der Schriftführer in mannigfacher Weise ergänzt. An die Spitze des Bandes ist das Verzeichnis aller bisherigen sozialistischen Kongresse, die Organisation des Kopenhagener Kongresses, die Liste aller Delegierten gesetzt. Das Protokoll des Kongresses enthält nicht bloss die Verhandlungen im Plenum, sondern auch die Reden bei der grossen Demonstration in Sondermarken wie die Verhandlungen in den Kommissionen. Auch über die Verhandlung der sozialistischen Journalisten und über die Beschlüsse der Frauenkonferenz wird berichtet. Die Resolutionen, die der Kongress beschlossen hat, werden am Schlusse des Berichtes zusammengestellt. Ein Namensregister erleichtert die Benützung dieser wichtigen Veröffentlichung.

Noch ein anderes französisches Buch muss in unserer Bücherschau erwähnt werden. Es ist der *Dictionnaire du Socialisme* par Charles Vérecque. (Paris, M. Giard & E. Brière.) Ein Wörterbuch des Sozialismus ist sicherlich ein starkes Bedürfnis. Seitdem C. Hugo (Dr. Lindemann) und Stegemann ihr „Handbuch des Sozialismus“ im Jahre 1897 herausgegeben haben, hat sich vieles in der Sozialdemokratie geändert. Unsere Partei wurde in allen Ländern zur Stellungnahme zu zahlreichen neuen Fragen gedrängt, die Männer, deren Wirken dieses Handbuch geschildert hat, haben zum Teil ihr Leben abgeschlossen, hatten aber zu ihren Taten neue hinzugesellt. Viele neue Männer sind hinzugewachsen, über die wir, über ihr Leben wie über ihr Wirken vieles wissen möchten, oft sucht man vergeblich nach Informationsquellen über sie. So greift man mit Interesse, ja mit Begierde nach dem neuen Buche, das wir oben angeführt haben. Aber mit Enttäuschung legt man es wieder aus der Hand. Es widerspricht seinem Titel. Ueber 500 Seiten stark, enthält es fast nur Nachweisungen über den französischen Sozialismus. So ist zum Beispiel kein einziger Oesterreicher in dem Buche mit Namen angeführt. Auch der deutsche Sozialismus muss sich mit einer mehr als armseligen Behandlung begnügen. Bebel sind sechzehn Zeilen, Bernstein vier Zeilen gewidmet, nach einem Mann wie Molkenbuhr sucht man vergeblich. Auch die Belgier kommen schlecht weg, Cäsar de Paepe und Camille Huysmans sind zum Beispiel nicht erwähnt, Anseele sind vier, Vanderelde zwölf Zeilen gewidmet, die Russen werden auch sehr stiefväterlich behandelt, Lawrow wird in acht Zeilen abgehandelt, Thomas Morus wird in anderthalb Zeilen abgetan. Dagegen werden uns — und das ist unzweifelhaft der Wert des Buches — eine grosse Anzahl französischer Genossen, auch halbvergessene verstorbene und wenig bekannte noch lebende Parteigenossen in Erinnerung gebracht, die wichtigsten biographischen Daten werden für sie zusammengetragen. Freilich fehlt es hierbei an einer Würdigung der betreffenden Personen, ihre historische Stellung wird in der Regel nicht einmal angedeutet, aber biographische Angaben und bibliographische Notizen entschädigen etwas für die freilich gründlichen Mängel dieser Anführungen. Neben diesen biographischen Angaben enthält das Buch französische Parteiprogramme, Kongressbeschlüsse

oder wenigstens die Daten der Kongresse und freilich sehr kurz geratene Abrisse der Geschichte der einzelnen sozialistischen Fraktionen Frankreichs, die sicherlich dankenswert sind, die man zwar auch in anderen Büchern findet, aber doch in diesem vor allem leicht nachzuschlagen sind. Das Buch will freilich noch mehr geben, es will über die sozialistische Theorie und über praktische wirtschaftliche und politische Fragen Auskunft erteilen. So dankenswert die Feststellungen des sozialistischen Standpunktes ist, so ungründlich — schon wegen der allzu grossen Kürze — sind die Auskünfte. Wenn über die Action directe knappe zwanzig Zeilen ohne irgend eine historische Angabe über ihre praktische Anwendung, wenn über die Agrargesetze ganze zwölf Zeilen, über die Arbeitsteilung drei Zeilen, über die industrielle Reservearmee eine Seite, über die öffentliche Wohltätigkeit zehn Zeilen zu finden sind, so kann sich der Referent wohl ersparen, in eine Kritik dieser Notizen einzugehen.

So enttäuscht dieses Buch, weil es nicht das enthält, was man von ihm erwartet. Es wäre weit besser gewesen, wenn sich der Verfasser auf ein biographisches Wörterbuch des französischen Sozialismus beschränkt hätte. Es hätte dann auch zwar nicht befriedigen können, aber es hätte doch keine so scharfe Kritik provoziert, es hätte die Anerkennung finden müssen, dass es bei allen seinen Mängeln eine Lücke in unserer Literatur ausfüllt. So aber wird selbst diese Anerkennung in hohem Masse erschwert. Wenn in einem Wörterbuch des Sozialismus das internationale sozialistische Bureau nicht erwähnt wird, wenn die wichtigsten Führer der internationalen Arbeiterbewegung in dem Buche fehlen, wenn über Vaillant weniger und über Jaurès erheblich weniger geschrieben wird als über den Herausgeber des Buches, über den Genossen Vérecque, so entwaflnet das fast die Kritik.

ad. br.

Geschichte

Anton Springer hat im Jahre 1885 die „Protokolle des Verfassungsausschusses im österreichischen Reichstag 1848—1849“ veröffentlicht. Diese Publikation hat die Entwicklung der politischen Ideen in Oesterreich stark beeinflusst; war doch in jenen Beratungen zum erstenmal die nationale Autonomie gefordert und sowohl dem deutschbürgerlichen Zentralismus als auch dem slawischfeudalen Kronländerföderalismus entgegengesetzt worden. Doch umfasste Springers Publikation nur die Beratungsprotokolle der Sitzungen vom 22. Jänner bis zum 4. März 1849. Die Protokolle der anderen Sitzungen waren bisher unbekannt. Alfred Fischel hat sie nun im Haus-, Hof- und Staatsarchiv gefunden und der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht*.

Die von Fischel veröffentlichten Protokolle geben uns ein anschauliches Bild der Beratungen des Verfassungsausschusses über die „Grundrechte“ der österreichischen Staatsbürger. Der Katalog der Grundrechte war das österreichische Abbild der „Menschen- und Bürgerrechte“ von

* Dr. Alfred Fischel, „Die Protokolle des Verfassungsausschusses über die Grundrechte“. Wien 1912, Gerlach u. Wiedling.

1789, der erste Vorläufer unseres „Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger“ von 1867. Der erste Entwurf der „Grundrechte“ wurde von Rieger verfasst; er ist leider nicht vollständig bekannt. Die erste Lesung dieses Entwurfes im Verfassungsausschuss erfolgte in der Zeit vom 2. August bis zum 2. Oktober 1848. Fischel veröffentlicht die Protokolle der Sitzungen bis zum 7. September 1848, in denen die ersten neun Paragraphen des Entwurfes verhandelt wurden. Die Protokolle der folgenden 15 Sitzungen, in denen die §§ 10 bis 32 des Entwurfes beraten wurden, sind in den stürmischen Oktobertagen verloren gegangen. Nach der Oktoberrevolution wurde der Entwurf zunächst in den neun Abteilungen des Reichstages beraten. Die Protokolle dieser Beratungen sind gleichfalls verloren; nur ein Teil der Beratungsprotokolle der sechsten Abteilung wurde gefunden. Fischel teilt einige ihrer Beschlüsse mit. (Seite XIX.) Sodann wurde der Entwurf im Verfassungsausschuss vom 28. November bis zum 19. Dezember 1848 der zweiten Lesung unterzogen. Die Protokolle über diese Verhandlungen werden von Fischel vollständig mitgeteilt.

Die erste Lesung des Entwurfes fiel in eine Zeit, in der die Kraft der Revolution noch nicht gebrochen schien. Hier triumphiert der Liberalismus. Rieger, der den Ausschuss bei der ersten Lesung führt, erscheint als ein deutscher Liberaler: seine Argumente greifen immer wieder auf die naturrechtliche Lehre vom Gesellschaftsvertrage zurück, das Rotteck-Welcker'sche Staatslexikon, die „Bibel des deutschen Liberalismus“, liefert ihm sein Rüstzeug. Die ganze liberale Staatsauffassung spricht sein Satz aus, „der Hauptzweck des Staates sei der Schutz der Rechte der einzelnen; es müsse daher Vorsorge getroffen werden, dass sich der Staat ein mehreres nicht anmasse“. (Seite 14.) Will doch Palacky selbst die Schulpflicht nicht anerkennen, da sie der Freiheit widerstreite! (Siehe Seite 132.) An Radikalismus mangelt es dem Ausschuss überhaupt nicht; stimmt doch der Baron Turco aus Tirol gegen radikale Vorschläge nur mit der Begründung, dass Oesterreich „erst eine konstitutionelle Monarchie“ sei. (Seite 15.) Und dieselben, Palacky und Rieger, die nach 1860 das tschechische Volk in die Gefolgschaft des Feudaladels führten, setzten sich 1848 mit aller Leidenschaft für die Abschaffung nicht nur aller Standesvorrechte des Adels, sondern selbst der Adelstitel ein. (Seite 38, 39.)

Mit den Verhandlungen der Frankfurter Nationalversammlung verglichen, erscheinen diese Debatten des Wiener Parlaments sehr dürftig. Aber hier wie dort besteht derselbe Widerspruch zwischen dem Luftgebäude der „Grundrechte“, das die debattierende Professorenweisheit aufrichtet, und der tatsächlichen Macht, die sich indessen gegen die parlamentarischen Debattierklubs zusammenballt. Während der Ausschuss das papierene Gebäude der „Grundrechte“ aufrichtet, hat Radetzky die italienische Revolution schon niedergeworfen, Jellacic rebelliert gegen Ungarn, Windischgrätz bereitet die Niederwerfung Wiens vor, Bach und Latour sorgen für die Wiederherstellung der „Ordnung“! Die Septemberdebatten über die „Grundrechte“ werden erst

dann in das rechte Licht gerückt, wenn man sich erinnert, dass in derselben Zeit die Erhebung vom 14. September in Wien niedergeworfen und die Deputation des ungarischen Reichstages, die Hilfe gegen die drohende Konterrevolution forderte, zurückgewiesen wurde! So erinnert man sich bei der Lektüre dieser Protokolle immer wieder der Kritik, die Marx und Engels an den Debatten der Frankfurter Nationalversammlung geübt haben. Nur ist die Tragikomödie der österreichischen „Grundrechte“ viel widerlicher als ihr Frankfurter Vorbild. Denn hier treten im Verfassungsausschuss dieselben Leute als Sachwalter der „Menschen- und Bürgerrechte“ auf, die ausserhalb des Parlaments schon mit der Konterrevolution konspiriert, die aus blindem nationalen Egoismus die Sache des internationalen Freiheitskampfes längst verraten hatten. Derselbe Rieger, der im Verfassungsausschuss die doktrinärsten Reden über das Prinzip der Souveränität des Volkes hielt, hat sich schon im Juni mit dem Grafen Nostitz nach Innsbruck schicken lassen, dem erschreckten Hofe zu versichern, dass die Tschechen die Wiener Mairevolution missbilligen!

Nach der Oktoberrevolution ändert sich das Bild der Debatten. Die Wortführer der Linken fordern zwar, der Ausschuss möge trotz der Niederlage der Revolution an den vor dem Oktober gefassten Beschlüssen festhalten. „Wenn sich auch seit der ersten Ausschussberatung über die Grundrechte gar manches geändert hat, müssen wir doch zeigen, dass die Männer, die hier sitzen, sich nicht geändert haben“ — dieser Gedanke beherrscht im Dezember die Reden Goldmarks und Violands. (Seite 75, 95.) Aber die Mehrheit denkt anders. „Seit den Oktobertagen sind wir die Besiegten. Machen wir uns keine Illusionen und suchen wir eine den Zuständen angemessene Konstitution zu geben“, sagt Pinkas. (Seite 83.) Er übersah, dass nach der Eroberung Wiens nur noch eine Verfassung „angemessen“, das heisst in den tatsächlichen Machtverhältnissen begründet war: die Verfassung des Belagerungszustandes, des Standrechtes, des Galgens! Eine solche Verfassung konnte der Ausschuss freilich nicht schaffen, so sehr er auch die Beschlüsse der ersten Lesung abzuschwächen, der Armee und dem Hofe schmackhaft zu machen, bemüht war. Darum musste seine Arbeit fruchtlos bleiben. Als der Ausschuss seine Beratungen abgeschlossen hatte, jagte die Regierung das Parlament mit Waffengewalt auseinander und die Beschlüsse des Ausschusses waren so gründlich abgetan, dass sie 62 Jahre lang nicht aufgefunden werden konnten!

So hat die zweite Lesung der „Grundrechte“ nur noch psychologisches Interesse. Nicht ohne Teilnahme wird man aus den Protokollen herauslesen, wie die Katastrophe des Oktober selbst die Gläubigsten der Linken in ihrem Glauben erschüttert hat. In der katzenjämmerlichsten Stimmung gibt der Ausschuss die eben noch mit so viel Pathos verkündeten Forderungen der Demokratie auf. He in spricht gegen die Volksbewaffnung: „Wären auf der Aula, welche nie hätte bewaffnet werden sollen, nicht Versammlungen unter Waffen gewesen, so wäre Wien nicht im Belagerungszustand, Kremsier nicht der Sitz des Reichstages und die Freiheit

in Oesterreich stände nicht am Gefrierpunkt.“ (Seite 112). Mayer spricht gegen die Pressfreiheit: „In Wien habe ich die literarischen Proletarier kennen gelernt. Diese politischen Proletarier mit dem zweischneidigen Schwert der Presse sind ebenso gefährlich wie die sozialen Proletarier mit dem Schwert, mit welchem sie im Monat Oktober in den Strassen Wiens auftraten.“ (Seite 143). Auch Fischhof klagt darüber, dass der Staatsanwalt vor dem Oktober der Wiener Presse zuviel Freiheit gewährt habe! (Seite 140.) Und gegen die „gefährlichen“ Maueranschläge, die das Volk aufreizen, wendet sich selbst Violand. (Seite 137.) So die Tscherewanins der österreichischen Revolution!

Am lehrreichsten aber ist, wie die seit dem Mai schon gereizten Klasseninstinkte der Bourgeoisie nach der Niederlage der Arbeiter im Oktober sich ganz unverhüllt hervorwagen. Vor allem fürchtet die Bourgeoisie den bewaffneten Arbeiter; in der Debatte über die Nationalgarde fordern Pinkas, Mayer, Hein, dass nur ja kein Arbeiter eine Waffe in die Hand bekomme. (Seite 168 bis 171.) Kajetan Mayer deckt das süsseste Geheimnis des Bourgeoisliberalismus offenherzig auf, indem er sagt: „Lauft man Gefahr, mit der Freiheit um den Besitz zu kommen, so kehrt man lieber zum Absolutismus zurück.“ (Seite 171.)

Aber alle Zugeständnisse an den Hof und die Armee, an den Adel und an die Bourgeoisie, die die von Lasser geführte Mehrheit in der zweiten Lesung der „Grundrechte“ beschlossen hat, sind vergebens gemacht worden. Die Verfassung, die nach der von der verräterischen Bourgeoisie verschuldeten Niederlage des Proletariats Oesterreich „angemessen“ war, haben die Windischgrätz und Schwarzenberg hergestellt, ohne sich um das Blatt Papier zu kümmern, auf das die bürgerlichen Freiheitshelden ihre Grundrechte geschrieben hatten. Der Besitz hatte die Freiheit verraten; der Absolutismus schirmte nun den Besitz.

Schliesslich noch ein Wort über die nationalen Fragen. Sie spielen in den Verhandlungen des Ausschusses eine sehr bescheidene Rolle. Die Beratung des § 21, der sich mit dem Artikel XIX des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger fast wörtlich deckt, beweist, wie wenig man sich damals der Bedeutung dieser Bestimmungen bewusst war. Interessanter als diese Verhandlung ist die über die Freizügigkeit. Die Tschechen erklärten es damals für ein „Naturrecht“ jeder Gemeinde, ihr unerwünschte Bewohner auszuschliessen; sie fürchteten damals eben noch die Germanisierung ihrer Städte durch einwandernde Deutsche. „Einwanderer müssen die Sprache sprechen, die man in der neuen Heimat spricht, und sich

den Gebräuchen fügen, die dort heimisch sind“, sagte damals Havlíček*. Die Tschechen forderten damals also die nationale Assimilation, ganz so, wie heute Ludo Hartmann sie fordert. Dagegen verteidigten damals die Deutschen das „Naturrecht“ der individuellen Freiheit der in fremde Gemeinden Einwandernden. So Mayer: „Die Untertänigkeit haben Sie aufgehoben, durch despotische Gemeinden haben Sie eine neue Hörigkeit geschaffen. Zum Beispiel eine Gemeinde bestimmt, nur böhmisch Redende dürfen Häuser kaufen; ist das Freiheit? Da wäre man mehr glebae adscriptus (an die Scholle gebunden), als es je ein Leibeigener war.“ So ähnlich sagt es heute der Genosse Tomášek auch. Nur haben die Parteien seither die Rolle gewechselt. Was damals die Tschechen wünschten, fordern heute die Deutschen; was damals die Deutschen forderten, wünschen heute die Tschechen! Und auf die „Zweckmässigkeit“ und das „Naturrecht“ der Gemeinde oder des Individuums berufen sich heute noch beide mit denselben Argumenten — nur gerade zu dem entgegengesetzten Zwecke! Das „Naturrecht“ ist eben nichts als die ideologische Verkleidung ökonomischer Interessen. Wer nicht solcher Verkleidungskünste Opfer werden will, darf soziale und nationale Fragen nicht nach den Thesen vermeintlichen „Naturrechtes“ oder angeblicher „Zweckmässigkeit“ entscheiden; er muss aus der Erkenntnis der wirtschaftlich bestimmten Entwicklungstendenzen seine Forderungen ableiten. Der Gegensatz zwischen Havlíček und Mayer warnt vor dem Irrtum Hartmanns wie vor dem Irrtum Tomášeks. O. B.

Erziehungskunst

Aus meinen vier Pfählen. Erlebnisse und Plauderstunden mit meinen Kindern. Für nachdenkliche Eltern und Kinderfreunde, erzählt von Ernst Almsloh. Dieses bei Kaden und Komp. in Dresden erschienene Buch enthält 23 kurze Skizzen, in welchen ein Vater mit seinen Kindern plaudert. Man findet auch feines Verständnis für die Psychologie der Kinder und zartes Eingehen auf ihre Fragen und Bemerkungen. All der gefürchtete Wissensdurst der Kinder nach Glauben, Religion und dem Herkommen der Kinder wird in sinnvoller Weise befriedigt. Möchte es nur allen Eltern gegönnt sein, sich der Erziehung ihrer Kinder mit dem gleichen Verständnis zu widmen wie Ernst Almsloh und möchten sie auch die Zeit zur Verfügung haben, die dazu erforderlich ist. Anregungen werden aber sicher alle Eltern aus dem lobenswerten Buch empfangen. Das schön ausgestattete Buch kostet K 1.50.

pp.

* Vergleiche Springer, „Protokolle des Verfassungsausschusses“. Leipzig 1885. Seite XLVIII.